

LINKE 2025

Unsere Zukunft
beginnt jetzt!

ZUKUNFTSKONFERENZ
FÜR DIE LINKE



Mit Beiträgen von Alice Bernard, Clara Bünger, Miriam Bürger, Mario Candeias, Katharina Dahme, Janis Ehling, Kathi Gebel, Thomas Goes, Martin Günther, Silvia Habekost, Inva Halili, Felicitas Heinisch, Jary Koch, Rhonda Koch, Kalle Kunkel, Jule Nagel, Tupac Orellana, Bernd Riexinger, Jana Seppelt, Jan Siebert, Margarita Tsomou, Moritz Warnke, Kerstin Wolter, Fanny Zeise, Christian Zeller

Inhalt

Katharina Dahme: Eure ganze Kraft und Kreativität.....	4
Rhonda Koch: Wenn die Nacht am tiefsten ist	6
Interview mit Mario Candeias: „Trotz alledem!“	10

Programmatisches

Miriam Bürger: Arbeit und Reichtum umverteilen: Eine neue Erzählung des guten Lebens für alle.....	12
Christian Zeller: Erderhitzung: Den Systembruch einleiten.....	14
Jan Siebert: Verteilungsfragen politisieren.....	16
Martin Günther: Die EU - ein ungeliebtes linkes Kampffeld.....	18
Interview mit Clara Bünger: Stoppt GEAS!	19
Janis Ehling: Paradigmenwechsel in der Außenpolitik?	20

Strategisches

Jana Seppelt: Für eine Schärfung der Praxis verbindender Klassenpolitik	22
Thomas Goes: Grüner Sozialismus: Da hat die Welt drauf gewartet! – Oder?.....	25
Jule Nagel: Antifa reloaded! – Was tun gegen das Erstarken der Rechten?	28
Tupac Orellana: Nichtwähler:innen – die große Unbekannte?	32
Interview mit Alice Bernard: „Dass die Arbeiter:innenklasse eine führende Rolle einnimmt.“	34

LINKE ab jetzt

Inva Halili: Plan to win. DIE LINKE zu einem Zuhause der Vielen machen.....	36
Fanny Zeise: Gewerkschaftlicher Aufbruch und die Rolle der LINKEN	39
Katharina Dahme & Moritz Warnke: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es	42
Kathi Gebel: Bruch mit den Geschlechterhierarchien	44
Kerstin Wolter: Warum Utopien einer gerechteren Welt unerlässlich sind.....	46

Rallye: Unsere LINKE 2025

Felicitas Heinisch: Aus der Ohnmacht zu Hoffnung kommen:.....	48
Bernd Riexinger: Thesen zur Zukunft der Partei DIE LINKE.....	51
Kalle Kunkel: Macht als Common Good der gesellschaftlichen Linken.....	53
Silvia Habekost: Von der Krankenhausbewegung lernen	55
Margarita Tsomou: Für eine feministische LINKE.....	58
Jary Koch: Meine LINKE 2025.....	61

Unsere Zukunft beginnt jetzt

Die Katze ist aus dem Sack. Nach Monaten von Andeutungen ist nun klar, dass sich mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht eine konkurrierende Partei bildet. Damit gehen Jahre der Demontage von innerhalb der Partei zu Ende. Hinterlassen wird ein großer Schaden, doch diese Trennung bedeutet auch eine Befreiung aus der Blockade. Wir haben nun die Chance, DIE LINKE besser zu machen als sie seit ihrer Gründung 2007 jemals war. Wir wollen aus Fehlern lernen, einiges anders machen und Gutes bewahren.

Über 50.000 Mitglieder glauben an diese Partei und haben Erwartungen an sie. Nach innen, das heißt in der Partei, gilt es ins Gespräch zu kommen und Verständigung zwischen verschiedenen Spektren zu organisieren. Wie soll DIE LINKE der Zukunft aussehen? Welche sind unsere programmatischen und strategischen Gemeinsamkeiten, die unser Parteiprojekt tragen und von uns nach vorn gestellt werden? Zu welchen Fragen müssen wir Entscheidungen treffen, an welchen Stellen halten wir Differenzen aus?

Diese „Selbstbeschäftigung“ ist notwendig, wenn wir uns als Partei weiterentwickeln wollen. Dabei darf es aber nicht bleiben. Wir müssen zugleich rausgehen und ins politisch-alltägliche Handgemenge eingreifen. Eine gute Gelegenheit bietet die Kampagne #wirfahrenzusammen von der Gewerkschaft ver.di und der Klimagerechtigkeitsbewegung, bei der vorbereitend für die zu Beginn 2024 anstehende Tarifrunde Nahverkehr Unterschriften für eine echte Verkehrswende und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gesammelt werden.

Darüber hinaus wollen wir drei ganz konkrete Vorschläge für die Arbeit vor Ort machen, sofern ihr das nicht ohnehin

schon tut – und bieten auch an, euch als Bewegungslinke dabei zu unterstützen, wenn ihr Support braucht:

Ladet zeitnah zu Kennenlernetreffen im Kreisverband ein: Für neue Mitglieder und alle, die darüber nachdenken, bei uns einzutreten.

Führt Gespräche mit Sympathisant:innen und Multiplikator:innen, ob sie sich angesichts der politischen Großwetterlage vorstellen können, sich zur LINKEN zu bekennen und mitzumachen.

Überlegt, welche Initiativen, Vereine, politische Gruppen es bei euch gibt, mit denen ihr euch im ersten Halbjahr 2024 treffen und sie fragen könnt, was sie sich eigentlich von der LINKEN nach Überwindung des Streits wünschen und wobei wir sie unterstützen können und unter welchen Voraussetzungen auch sie sich vorstellen können, mit uns gemeinsam aktiv zu werden. Im besten Fall entstehen darüber auch neue Kontakte zu künftigen Kandidat:innen auf unseren Kommunalwahllisten – ob mit oder ohne Parteibuch.

Ab sofort heißt es, nach vorne schauen. Wir müssen wieder mehr werden, um der LINKEN eine hörbare Stimmen zu geben und laden alle ein, die neugierig sind oder noch schwanken, oder mal enttäuscht wurden und der LINKEN eine neue Chance geben wollen. Also spricht mit euren Freund:innen, Nachbarn, Eltern: Heute ist ein guter Tag, in DIE LINKE einzutreten:

www.die-linke.de/mitmachen

Konzept und Redaktion: Katharina Dahme /// **Gestaltung:** Maik Brückner /// **Fotos:** Maik Brückner, Martin Heinlein, Bianca Theis, Julien Then

Impressum: BAG Bewegungslinke, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Eure ganze Kraft und Kreativität

KATHARINA DAHME

Auf der Suche nach einem neuen strategischen Zentrum war die Zukunftskonferenz im September 2023 erst der Anfang.

Ob kritische Begleiter:innen oder eng verbundene Seelen, oder beides in einem, langjährige Mitglieder oder gestern eingetreten, selbst ein paar Scheidungskinder blicken bang auf diese Partei und fragen sich, ob sie noch von einer erneuerten und wieder starken LINKEN träumen dürfen.

Meine Antwort ist: Das müssen wir sogar, weil es ohne die Hoffnung nicht die nötige Kraft geben wird, DIE LINKE zu der Partei zu machen, die diese Gesellschaft verdient hat.

Das Personaltableau für das Europäische Parlament stimmt dabei ebenso zuversichtlich wie die damit verbundene Einladung an Aktive aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, Teil dieses Erneuerungsprozesses zu werden. Es ist nun auch an uns, diesen Öffnungsprozess auf möglichst viele Bereiche der Gesellschaft zu übertragen, als Partei verlässlicher Partner bei betrieblichen Auseinandersetzungen zu sein, sowie in der Klimabewegung und für Menschenrechte hier, an Europas Grenzen, ja weltweit. Es muss uns gelingen, ein attraktiver Ort für Menschen unterschiedlichster – auch sozialer – Herkünfte zu sein, die

vielleicht aufgrund ihrer familiären oder gesundheitlichen Situation eingeschränkt sind oder denen ihre Lohnarbeit kaum Luft zum Atmen lässt.

Natürlich muss es uns auch gelingen, dass die hoffentlich vielen neuen Mitstreiter:innen wirklich und ernsthaft Raum für ihre Vorstellungen bekommen, langjährige Mitglieder und ihre Arbeit aber gesehen werden und Respekt erfahren. Es gibt viel Bewahrenswertes auch in unserer krisengeschüttelten Partei.

KULTUR DES LERNENS UND DER OFFENHEIT

Es gibt auch vieles, was sich ganz dringend ändern muss, angefangen bei einer Diskussionskultur, die dem Wortstamm -kultur auch gerecht wird. Das ist keine Kleinigkeit oder nur Kosmetik, sondern drückt die Bereitschaft aus, sich selbst infragezustellen und zu bewegen. Diese Haltung lässt sich auf unsere Partei übertragen: Eine Partei, die sich nicht ins Verhältnis setzt zu den Menschen und ihren Gedanken und Gefühlen, wird nicht bestehen können. Viele Mitglieder unserer Partei haben diese Erfahrungen schon häufiger gemacht und Krisen überwunden. Von ihnen können wir lernen.

Ja, es braucht eine tiefgehende „Sanierung“ unseres politischen Zuhauses, das aber ein gutes Fundament hat – mit tausenden vor Ort aktiven Mitgliedern, die verankert und anerkannt sind bei Vereinen und in Bewegungen oder in den kommunalen Parlamenten. Denn wie das mit Fundamenten so ist: die sieht man nicht, wenn alle Welt nur noch über das bröckelnde Gemäuer darüber spricht.

Nun haben in den letzten Monaten viele von Erneuerung gesprochen und unterschiedliches damit gemeint. Wie wir DIE LINKE wieder stärker machen können, wollen wir nicht allein unter Bewegungslinken diskutieren. Bei unserer Zukunftskonferenz hatten wir Referent:innen aus allen Spektren der Partei eingeladen, die trotz ihrer Differenzen wollen – und dafür Verantwortung übernehmen, dass es auch in Zukunft eine handlungsfähige linke Partei gibt. Wir haben außerdem externe Expert:innen, quasi „Freund:innen“ des Hauses, zu Gast gehabt – die uns die Leviten gelesen, aber eben auch konkrete Erwartungen mit auf den Weg gegeben haben.

Die Diskussionen sind nicht beendet, sondern haben erst begonnen. Was wir gemeinsam zu bearbeiten haben, ist nicht weniger als das:

1. Eine Bestandsaufnahme: Wie bewerten wir die gesellschaftlichen Verhältnisse und darin die Aufgaben der LINKEN?
2. Welche sind die programmatischen Kontroversen? Unsere Programme sind gut, aber eben auch Zeugen ihrer Zeit und die Welt dreht sich weiter. Neue Fragen und Herausforderungen benötigen neue Antworten. An welchen Stellen hat das Programm oder das Image der LINKEN ein Update nötig? Wir wollen das ohne Angst vor der von manchen angemahnten Verwässerung diskutieren und ohne den ständig um die Ecke guckenden Vorwurf des Verrats von Positionen. Mit dem Vertrauen in gute Argumente.
3. Welche sind die strategischen Kontroversen? Was ist denn nun eine Klassenpolitik, wie wir sie machen müssen und die dann auch erfolgreich ist, bzw. wie misst sich überhaupt Erfolg? Welchen Weg schlägt die Klimagerechtigkeitsbewegung ein, nachdem gefühlt ein Teil sich radikalisiert, der Großteil aber resigniert? Wie überzeugen wir Nicht-Wähler:innen, dass es doch einen Unterschied machen kann, wenn man sich organisiert – oder warum sollten sie ihre Hoffnungen ausgerechnet in unsere Partei setzen? Wie schlagen wir die Rechten, die europaweit auf dem Vormarsch sind und das Sagbare immer weiter nach rechts verschieben? Wie schützen wir Menschen vor Ausbeutung und Unterdrückung, vor Diskriminierung und Gewalt, vor Krieg und Tod?
4. Welche Konsequenzen ziehen wir daraus für das gemeinsame Handeln?

Ein Gespenst ging um in der LINKEN, und es war nicht das Gespenst des Kommunismus. Es war das Gespenst der drohenden Spaltung. Wir haben immer betont, dass wir uns um jene Genoss:innen bemühen werden, die derzeit unzufrieden mit der Partei sind und schwanken, ob sie gehen, aber ihren Platz letztlich in der LINKEN sehen und an ihrem Aufbau mitwirken wollen.

WENN DIE NACHT AM TIEFSTEN IST

Die gesellschaftliche Linke, nicht nur die Partei, ist in einer Krise und blickt auf viele Niederlagen zurück. Wir haben noch Tiefschläge vor uns und auch der Prozess der Erneuerung ist ein langwieriger. Auf DIE LINKE, die dieses Land verdient hat und die auch wir brauchen, wollen wir nicht länger warten. Wir brauchen alle, die wütend über die aktuelle Politik der Ampelregierung sind oder die nicht länger zusehen wollen, wie Rechte an Land gewinnen. Wir müssen mutig sein!

Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt und auch die LINKE ist, wie sie ist, es ist nur deine Schuld, wenn sie so bleibt.

Katharina Dahme ist Mitglied im Ko-Kreis der Bewegungslinken und aktiv im Kreisverband Göttingen. Nebenher ist sie ehrenamtliche Vorsitzende des Fußball-Regionalligisten SV Babelsberg 03.

Wenn die Nacht am tiefsten ist

RHONDA KOCH

Der Blick auf unsere Zeit muss insbesondere jetzt, wo wir um die Zukunft der LINKEN kämpfen, auf die Dynamiken in den Krisen gerichtet sein, in denen wir Ansatzpunkte für unsere Politik sehen. Wie wirken sich die Großwetterkrisen, die Klimakrise, die Krise der Weltordnung und die ökonomische Krise auf unser politisches Terrain aus?

Die Dramatik der **Klimakrise** ist hinlänglich bekannt. Der fossile Kapitalismus schafft es nicht mehr, das von ihm verursachte Leid zu verbergen, die Auswirkungen der Klimakrise sind im Alltag der Industrienationen angekommen. Der Humangeograf Jason Moore schreibt richtigerweise, dass die Klimakrise und ihre kaum zu kalkulierende dramatische Entwicklung „den Kapitalismus in einen Zustand (treibt), in dem das Verhältnis von Produktivität und Plünderung in Selbsterstörung umschlägt. Kostensenkung und Externalisierung werden verunmöglicht, stattdessen stehen die Zeichen auf Kostenmaximierung und Profit-Verknappung“. Wir leben im Zeitalter des Endes der billigen Natur.

Das Ende der billigen Natur ist auch das Zeitalter der neuen alten Blockkonfrontation: Die Auswirkungen des Ukraine-Konfliktes auf die deutschen Energiepreise durch die anhaltende Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, aber auch der globale Wettbewerb um Rohstoffe wie seltene Erden, die für vorgeblich „grüne“ Zukunftsbranchen wie E-Autos unersetzlich sind, geben einen Vorgeschmack darauf, wie Klimakrise und geopolitische Konflikte sich gegenseitig verstärken.

Neu und alt ist sie deswegen, weil einerseits die großen Akteure des Kalten Kriegs wieder mit ihren bekannten Bündnissen in Erscheinung treten: Russland/China und USA/der Westen, andererseits aber die Gemengelage weitaus komplizierter ist als damals. Denn die neue Blockkonfrontation findet dieses Mal vor dem Hintergrund statt, dass die „alten“ Blöcke des Kalten Krieges sich nach 1990

wirtschaftlich eng miteinander verwoben haben, sei es durch Gaslieferungen von Russland nach Europa oder die komplexen Handelsbeziehungen und Produktionsketten zwischen China und dem Westen, insbesondere den USA. Mit anderen Worten: Apple, das weltgrößte Unternehmen, ist ohne seinen Absatzmarkt und ohne Foxconn-Fabriken in China, die 70 Prozent seiner iPhones bauen, im Eimer. Während Rüstungskonzerne derzeit von der Blockbildung profitieren, geht diese zulasten anderer Unternehmen. Wie und vor allem wie schnell sich die weltpolitische Landkarte neu zusammensetzen wird, ist also nicht ganz so eindeutig.

Zumal mit der dritten, der ökonomischen Krise, das Chaos komplett wird. Die infolge von Corona und Krieg und der anschließenden Profit-Preis-Spirale entstandene Inflation bedeutet weltweit mehr Hunger und Armut, und in der Folge Zunahme von Flucht und Migration. Die Inflation geht einher mit weltweit sinkenden Wachstumsraten, einem fragmentierten Welthandel und einem äußerst verunsicherten Markt, der sich auf lange Sicht nicht mal eben erholen wird. Vielmehr ist davon auszugehen, dass der globale Markt in fünf Jahren nicht mehr derselbe sein wird wie heute.

Alle drei Krisen produzieren nicht nur eine Zeit großer Verunsicherung und fehlender Planbarkeit. Sie können zudem schnelle Wendungen und Brüche mit sich bringen.

WIE WIRKEN SICH DIE GROSSWETTERKRISEN AUF UNSER POLITISCHES TERRAIN AUS?

Während der Corona-Pandemie war angesichts von Kurzarbeit, Staatsinterventionen und dem Aussetzen der Schuldenbremse bereits vom Ende des Neoliberalismus die Rede. Doch die Politik der Ampel scheint aus heutiger Sicht eher pragmatisch-neoliberal und klassisch technokratisch auf die Krisen zu reagieren. Mit dem Haushaltsentwurf



für 2024 hat sie erst wieder bestätigt, dass sie weiter das Sozialeigentum ausplündern wird.

Ihr Staatsinterventionismus ist pragmatisch. Die Ampel interveniert, wenn sie muss. Weit weg davon, sich als wirtschaftspolitischer Akteur im Markt zu behaupten, um damit an der ein oder anderen Stelle andere Weichen zu stellen, hilft sie Konzernen wieder auf die Beine zu kommen, ohne Bedingungen im Sinne des Gemeinwohls zu stellen. Und sie regiert technokratisch: So wird die Schuldenbremse, gegen jeden öffentlichen Druck, als wissenschaftlich fundiert und alternativlos verteidigt, auf Kosten von allgemeinwohl- und verteilungspolitisch sinnvollen Investitionen.

Am Ende haben wir mehr Ungleichheit, weniger Demokratie. Mehr Militär und weniger Klimaschutz. Dieses Krisenmanagement wird tieferliegende Widersprüche des liberalen Kapitalismus verschärfen. Ein gewisses Grummeln macht sich breit, das tatsächlich in Ansätzen systemkritisch ist, aber progressive wie regressive Potentiale hat.

Ausgangssituation ist eine nach wie vor demobilisierte Klassengesellschaft. Es fehlt an einer starken Organisation der sozialen und politischen Interessen der Klasse. Gleichwohl haben die Inflation, die Reallohnverluste und die unzureichende Abfederung der Ampel für fast alle Klassenfraktionen spürbar gemacht, dass das Leistungsprinzip nicht mehr trägt und für manche noch nie getragen hat. Dieses vormalige Versprechen, eine der zentralen Säulen des liberalen Kapitalismus, ist ins Wanken geraten.

Die Konsequenzen daraus sind je nach Klassenlage unterschiedlich. Während für die Beschäftigten im Niedriglohnsektor der Kampf gegen die Armut und Erschöpfung

im Vordergrund stehen, konnten die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, aber auch bei der Post oder Bahn als „verkannte Leistungsträger:innen“ ihre Enttäuschung in kollektive Stärke übersetzen. Die Streikwelle Anfang des Jahres 2023, als bspw. Bahnen, Busse und Flugzeuge stillstanden, hat nicht nur gezeigt, dass für die Kolleg:innen im Dienstleistungsbereich eine Grenze erreicht ist, sondern auch, dass hier ein Potential an neuer gewerkschaftlicher und betrieblicher Stärke beginnt zu wachsen, das in der kommenden Zeit entscheidend im Kampf gegen das neo-liberale Krisenmanagement werden kann. In den letzten Monaten sind 130.000 Kollegen bei ver.di eingetreten.

Aber auch die gut organisierte Industriearbeiter:innen-schaft, die sich lange auf den impliziten Gesellschaftsvertrag – Leistung erhält Anerkennung – verlassen hat, steht mit der ökologischen Modernisierung wie sie die Ampel derzeit vorantreibt vor einem Erschütterungsprozess. Diverse Studien prognostizieren einen Verlust von mehr als einem Viertel der Arbeitsplätze bei Autoherstellern und Zulieferern. Ein Transformationskonflikt, wie wir ihn in der Kohleindustrie bereits gesehen haben, droht sich auf erhöhter Stufenleiter zu wiederholen. Für die Kolleg:innen, deren Arbeit bis vor wenigen Jahren als zentrale Bank des gesellschaftlichen Wohlstands galt, geht das mit großem Anerkennungsverlust einher, der, weil die Perspektiven von einer gerechten Transformation oder Konversion zu weit entfernt sind und weil die Ampel nichts anzubieten hat, nicht nur in Frust und Angst, sondern auch in Klimakrisenabwehr und -leugnung enden kann.

Politisch sind diese Erschütterungsprozesse eine Chance für ein linkes Bündnis zwischen den unteren und mittleren Schichten. Eine gute Klassenpolitik müsste dabei die

verschiedenen Anliegen der Klasse wahrnehmen, sie aber nicht paternalistisch alle unter einen Hut zwingen, sondern ihr Zusammenkommen in der gemeinsamen Gegnerschaft herstellen. Wie Thomas Goes aber ebenso betont, ist "materiell und ideologisch derzeit ebenso das Gegenteil denkbar, ein verfestigtes Mitte-rechts-Bündnis zwischen oberen und mittleren Schichten, ein ausgrenzendes Verteilungsbündnis, das auf sozialchauvinistischer Wettbewerbsideologie und der materiellen Beteiligung an den Ergebnissen neoliberaler Modernisierung beruht."

Es wäre kein Zufall: Das Krisenmanagement der Ampel ist Wasser auf die Mühlen eines Widerspruchs, der ohnehin die liberalen Demokratien begleitet. In keiner anderen Gesellschaftsform geht das Versprechen universeller Teilhabe so sehr mit der wirklichen Teilhabe auseinander. Die kritische Theorie verweist schon lange auf das darin angelegte Ressentimentpotential.

Das jüngste Regierungshandeln war so gesehen ein Bären-dienst: Während die Gesundheitssysteme total überlastet waren, schützte der Staat die Konzerne. In Nullkommanix wurde ein Sondervermögen für die Bundeswehr ermöglicht, während das Geld für Kindergrundsicherung auf 2 Mrd. Euro schrumpft. Das schürt Misstrauen und Gefühle von Missachtung und Kränkung. Vor allem aber wächst die Erkenntnis, dass man trotz Demokratie wenig zu melden hat. Manche wenden das bereits und meinen, dass man gar wegen der Demokratie nichts zu melden hat. Hier setzt der Aufstieg von rechts an.

LINKES ODER RECHTES GRUMMELN?

Wir müssen als Linke dieses Grummeln nicht nur aus antifaschistischer Perspektive ernst nehmen. Wir müssen gleichzeitig selbst für eine Demokratiebewegung kämpfen, in der die Defizite und Teilhabeversprechen angesprochen werden, ohne die Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie zu vergessen.

Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey haben auf etwas hingewiesen, was man als Boomerang-Effekt der liberalen Gesellschaft beschreiben könnte: die Verbrüderung des Liberalismus mit dem Autoritarismus. Jene Querdenker-szene also, die gegen die spätmoderne Gesellschaft rebelliert, "aber das im Namen ihrer zentralen Werte: der Selbstbestimmung und Souveränität" tut. Sie empfinden gesellschaftliche Übereinkünfte, staatliches Handeln als Beschränkung ihrer Freiheit. Sie fordern individuelle Freiheit und Selbstverwirklichung, und entwickeln aus der Ablehnung Kränkung und Aggression. Die beiden Autoren schließen ihre Diagnose mit einer Prognose, die uns herausfordert: So scheint zwar die erste Welle dieses neuen Autoritarismus zunächst auf ein spezifisches Milieu

beschränkt, und mit dem Abflachen der Coronakrise hat es zunächst auch seinen vorläufigen Peak überschritten, aber was passiert, wenn mehr Krisen mehr neoliberale Staatsinterventionen mit sich bringen, wenn an die Individuen noch mehr Verantwortung übertragen wird, wo sie doch jetzt schon mit dem Rücken zur Wand stehen?

Diese Entwicklung ist kein Automatismus. Aber mehr soziale Ungleichheit, mehr Ohnmacht, mehr Klimaangst, und all die Effekte und Gefühle in dieser Zeit der großen Unbekannten, nagen nicht nur vehement an der "Selbstentfaltungsprogrammatik" der Spätmoderne, sondern – wenn man der Einschätzung des Soziologen Phillip Staab folgt, führen sie auch zu einer Erosion der Selbst- und Zeitverhältnisse. Er geht davon aus, dass auf die Selbstentfaltungsprogrammatik die Selbsterhaltung notwendigerweise folgen muss.

Wenn sich Selbstverhältnisse zur Selbsterhaltung modifizieren, in einer Welt, die auf Konkurrenz und nicht auf Solidarität und Gemeinschaft beruht; wenn sich die Zeitverhältnisse oder Wahrnehmungen in Richtung Anpassung einpendeln und damit zu Defätismus und Fatalismus führen, dann lässt sich nur schwer eine politische Kraft generieren, die sich ernsthaft mit den Eliten anlegt. Die Zeit der großen Unbekannten wäre damit auch eine Zeit, in der wir um eine linke Weltanschauung kämpfen müssen, in der sich unsere Politik ökonomisch, politisch und moralisch legitimieren kann. Die, weil sie systemkritisch und visionär ist, Hoffnung gibt; die alle verstehen, weil sie nicht im Jargon spricht; die Solidarität in ihrem Herzen trägt und vorlebt, und die Werte hat, auf die sie stolz ist. Dass zum Beispiel Freiheit ein hohes Gut für uns ist, das wir verteidigen wollen, aber unter dem wir schon immer verstanden haben, dass es eine soziale Freiheit ist, eine, die nur mit, nicht gegen den Anderen entstehen kann.

Eine Weltanschauung etabliert sich aber nicht von allein, sondern hat praktische Bringschuld. In den letzten 20 Jahren hat die gesellschaftliche Linke nur selten unter Beweis stellen können, dass sie mehr sein kann als ein linkes Korrektiv (oder „Kommentativ“) am Seitenrand. Wir müssen mit neuem Selbstbewusstsein beweisen, dass neben Selbsterhaltung und Anpassung, neben Autoritarismus und Klimaleugnung, ein moderner Sozialismus der Weg raus aus der Zeit der Krisen sein kann.

Rhonda Koch ist Mitglied der Bewegungslinken und studiert Philosophie. Sie ist Mitglied im Bezirksverband Berlin-Neukölln.



„Trotz alledem!“

INTERVIEW MIT MARIO CANDEIAS

Im August 2023 hat Mario Candeias, Leiter des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, „Thesen zum Ende des Interregnums und warum es gerade jetzt einen Neustart der LINKEN braucht“ veröffentlicht, um die es viel Aufregung gab.

MARIO, DU HAST MIT DEINEN THESEN EINIGE REAKTIONEN PROVOZIERT. VIELE MEINTEN, DU ZEICHNEST DIE LAGE ZU DÜSTER, DIE PERSPEKTIVEN FÜR DIE LINKE ZU DEFENSIV. WIE SIEHST DU DAS HEUTE?

Ich fürchte, die Heftigkeit der Transformationskonflikte wird noch zunehmen. Die ein oder andere strukturelle Veränderungen, ist noch gar nicht angekommen. Zum Beispiel ist es nicht unwahrscheinlich, dass wir bereits am Beginn einer langsamen Erosion des deutschen Exportmodells stehen, mit ökonomischen und sozialen Folgen, die an die gesellschaftlichen Grundlagen gehen.

Beide Seiten der neuen politischen Konstellation, die rechte Opposition wie die Regierung, operieren mit Kürzungspolitik und Schuldenbremse. Man könnte sagen die einen als Erben eines autoritären Neoliberalismus, die anderen als Erben des „progressiven Neoliberalismus“, durchaus mit der Neigung, auch dem Staat eine andere Rolle bei Regulierung und Investitionen zuzubilligen – aber blockiert, weil keine der Seiten eine Mehrheit zu Stande bringt. Was sich in der aktuellen Regierungskoalition zeigt.

Ohne die nötigen Finanzmittel wird einerseits die Finanzierung des Umbaus der Wirtschaft blockiert. Andererseits wird auch in die wichtigen sozialen Infrastrukturen und die Daseinsvorsorge, von Gesundheit bis Bildung, zu wenig investiert. Dazu kommen schwindende Sozialabgaben und Steuereinnahmen durch Erosion des Exportmodells.

DIE DARAUS FOLGENDEN VERTEILUNGSKONFLIKTE KÖNNTEN DOCH ABER AUCH EINE CHANCE FÜR DIE GESELLSCHAFTLICHE LINKE SEIN, IHRE ROLLE WIEDERZUFINDEN?

Aber es gibt wenig zu erkämpfen. Die Mittel zur Konsensproduktion werden dermaßen eingeschränkt sein, dass Krisenfolgen häufig nicht oder autoritär bearbeitet werden. Das angehende Hegemonieprojekt wie sein rechter Gegenspieler treffen sich also sowohl bei Austerität als auch beim zunehmenden Autoritarismus. Jüngst wieder in der Verschärfung des Asylrechts zu beobachten.

Schauen wir mal zurück: Zu Beginn des Interregnums mit der großen Krise seit 2008/09 war der Neoliberalismus erschöpft, konnte weder neue Akkumulationsdynamiken beflügeln noch einen aktiven gesellschaftlichen Konsens re-etablieren. Die radikale Rechte war bereits auf der Bühne, noch nicht auf dem Niveau der Gegenwart. Entsprechend konnten auch Alternativen neue Kraft schöpfen. Es mangelte nicht an Bewegungen und Erfahrungen der Selbstermächtigung, hier wie international, auch wenn sie zumeist an den soliden Institutionen der Herrschaft scheiterten oder nur zäh vorankamen.

ABER WEIL DIE LINKE NICHT GELIEFERT HAT, SIND NUN RECHTE ALTERNATIVEN AUF DEM VORMARSCH?

Sie haben sich jedenfalls als Pol gegen das sich erst formierende Hegemonieprojekt einer grün-liberalen Modernisierung festgesetzt. Diese Polarisierung erschwert das Agieren von Bewegungen für eine solidarische und demokratische Lebensweise. Nichtsdestotrotz sind die Brüche des Neuen so stark, dass es immer wieder zu gesellschaftlichen Mobilisierungen kommen wird. Es ist also nicht die Zeit, den Kopf in den Sand zu stecken. Das insgesamt höhere Niveau von Krisen und Katastrophen bildet vielmehr die Grundlage dafür, dass aus kleinen Krisen schnell größere werden können, Kämpfe sich verdichten. Insofern gilt mit Rosa: Trotz alledem!



SEIT VERÖFFENTLICHUNG DEINER THESEN IST WIEDER VIEL PASSIERT. EINE NEUE MIGRATIONSDEBATTE UND RECHTSVERSCHIEBUNG, DIE DURCH DEN NAHOST-KONFLIKT NOCHMAL ANGEFACHT WURDE, EIN VON DER AMPEL VORGELEGTER KÜRZUNGSHAUSHALT...

Was die düsteren Aussichten ja leider eher bestätigt. In Deutschland gelingt nicht einmal der Übergang zu einem grünen Kapitalismus, weil die Gegenkräfte zu stark sind. Und international deuten die Zeichen immer stärker Richtung Konfrontation, undifferenziertes Schwarz-Weiß-Denken, Gewalt als normales Mittel zur „Lösung“ politischer Probleme, ein Modus, an den man sich „gewöhnen müsse“, wie der deutsche Verteidigungsminister sagt. Da wird es immer schwerer, mit differenzierenden Ansichten oder gar linken Alternativen durchzudringen. Umso mehr sollten wir genau das versuchen, denn es gibt genügend Menschen, die sich das wünschen.

UM SICH AUS DER BLOCKADE ZU BEFREIEN, MÜSSE DIE LINKE EINE „DISRUPTIVE NEUGRÜNDUNG“ ANSTREBEN. WAS HAST DU DAMIT GEMEINT?

Da wurde alles Mögliche reininterpretiert: Die Spaltung der Partei, eine „Säuberung“, die Anpassung an den transatlantischen Mainstream, das Herausdrängen der alten West- wie Ost-Traditionen der LINKEN, die Abwendung vom Marxismus... Natürlich habe ich mich gefreut, dass meine Thesen so lebhaft diskutiert wurden, bin aber schon auch betroffen, wie viele Dinge da reingelesen wurden, auch von Menschen aus meinem engeren Umfeld, die mich besser kennen müssten. Insofern zur Klarstellung: „disruptiv“ meint einen Aufbruch im Sinne eines erkennbaren und wirkungsvollen Bruchs mit dem „Weiter-so“. Es braucht

einen gemeinsamen Korridor, der trotz Differenzen von allen vertreten wird. Minderheiten müssen dabei geachtet werden, aber eben auch Mehrheitsbeschlüsse. Schon weniger öffentlich Vorwürfe auszutragen wäre ein Anfang, reicht aber längst nicht mehr.

WAS SÄHE EINE SOLCHER BRUCH MIT DEM WEITER-SO AUS?

Der Beginn einer neuen gesellschaftlichen Entwicklungsperiode macht auch die Neugründung der Partei zur Notwendigkeit, gedacht als ein Signal nach innen und außen: Das ist jetzt eine erneuerte LINKE! Selbstverständlich braucht es beides: Erneuerung und Bruch, aber auch Weiterentwicklung und Zusammenhalten. Es ist ein schwieriger Balanceakt. Vieles ist schon gut und sinnvoll, anderes müsste weitergedacht und mit Leben gefüllt werden. Die Aktiven sollte es nicht demotivieren, sondern wir uns gemeinsam anzuspornen.

Es existiert jetzt ein wenig mehr Klarheit in der Partei. Das ist ein wichtiger Moment für die LINKE, um den Ring der Isolierung zu durchbrechen. Dazu müssen die Debatten nun fortgesetzt werden, aber in einem zweckgerichteten Zusammenhang, der über die Analyse hinaus diskutiert, welche konkreten Ansatzpunkte für sozialistische Transformation es gibt und welche Rolle die Partei in den nächsten zehn Jahren ausfüllen könnte. Weg von einer zu sehr reaktiven Politik von Tag zu Tag, hin zu einer Orientierung auf mittelfristige Zukunftsperspektiven. Mich ermutigt, dass viele Reaktionen bereits in diese Richtung gingen, die Lust an einer offenen Debatte jenseits der alten Grabenkämpfe ist spürbar. Um an den Anfang zurückzukommen: Handlungsfähigkeit findet sich jenseits von Fatalismus und Voluntarismus. Die Weltlage mag düster sein, die Lage der LINKEN unsicher, aber so wie es ist, bleibt es nicht. Ein guter Moment auch, in die Partei einzutreten und mitzugestalten.



Arbeit und Reichtum umverteilen:

Eine neue Erzählung des guten Lebens für alle.

MIRIAM BÜRGER

• • • • •
• Diskussion bei der Zukunftskonferenz mit Janine Wissler,
• Hans-Jürgen Urban und Ulrich Schneider. Protokoll und
• Kommentar.
• • • • •

nichts zu verteilen“) beantwortet werden. Gleichzeitig er-
starkt ein neuer Faschismus, der innerhalb des neoliberalen
Dogmenkatalogs mit der Verteilungssparole „Deutsche
zuerst“ punkten kann.

In den Tarifrunden der vergangenen Monate wurden deutlich überdurchschnittliche Tarifabschlüsse durchgesetzt, die jedoch bereits absehbar den Reallohnverlust auf Grund der gestiegenen Preise nicht ausgleichen können. Die Politik der Bundesregierung trägt außerdem dazu bei, dass sich die Wohlstandsschere immer weiter öffnet. In den aktuellen Krisen wurden diejenigen am stärksten entlastet, die bereits am meisten haben. Mit dem aktuellen Haushaltsentwurf untermauert die Ampel ihren politischen Umverteilungskurs von unten nach oben, indem sie gravierende Kürzungen im sozialen Bereich vornimmt.

VERTEILUNGSPOLITISCHE GEGENOFFENSIVE VON LINKS ORGANISIEREN

Kriege, Naturkatastrophen und die notwendige ökologische Transformation der Wertschöpfung werfen darüber hinausgehende Verteilungsfragen auf, die von den regierenden Parteien mit den Dogmen des Neoliberalismus („Es gibt

Hans-Jürgen Urban unterstrich, dass Gewerkschaften bemüht sind, mit ihren Mitteln für Umverteilung zu sorgen. Sie führen betriebliche und tarifliche Auseinandersetzungen – durchaus mit Erfolg. Dennoch können sie die kontinuierliche Umverteilung von unten nach oben maximal abfedern, aber nicht aufhalten. Es fehlt eine umfassende Mobilisierung und Gegenoffensive von links. Hierfür hält er auch eine Neubelebung des politischen Mandats der Gewerkschaften für notwendig.

Dabei gilt es, so Urban weiter, einzelne Politiken in den Kontext einer neuen linken Erzählung als Schritte in die richtige Richtung einzuordnen (z.B. Arbeitszeitverkürzung, „Demokratiezeit“). Die Benachteiligten und Ausgegrenzten, so Ulrich Schneider, müssen in der linken Bewegung einen Akteur finden, der für sie bei der Bewältigung von Alltagsproblemen durch Solidarität und Unterstützung erfahrbar wird (z.B. in Form von Sozialberatungen) und sich als kämpferische Interessenvertretung nach oben positioniert.

niert. Linke Aufgabe ist auch, Hoffnung auf Veränderung auszustrahlen, so Janine Wissler.

Die gemeinsame Verantwortung der gesellschaftlichen Linken sei es, Widerstand zu organisieren: Politischen Widerstand gegen eine falsche Verteilungspolitik und gesellschaftlichen Widerstand gegen den Faschismus als alternatives politisches Macht- und Deutungsangebot, der die Verteilungsfrage als Neiddiskurs innerhalb der Klasse instrumentalisiert. Die gesellschaftliche Linke muss ein „Solidarisierungsangebot machen“, „Aufklärungsarbeit betreiben“ und schließlich die „Konturen der besseren Zukunft aufzeigen“ (Hans-Jürgen Urban).

ELEMENTE EINER NEUEN ERZÄHLUNG

Hans-Jürgen Urban benennt vier Elemente einer neuen Erzählung: Die Ökologisierung der Ökonomie, die radikale Demokratisierung des Staates, solidarische Sozialverhältnisse und eine globale Dimension von Produktion und Lebensweise. Janine Wissler konkretisierte das: In der neuen Erzählung gehe es erstens um sichere Beschäftigungsverhältnisse (Abschaffung von Befristung, Leiharbeit und Werkverträge) und soziale Sicherheit (gute Löhne, Tarifbindung, Sicherheit im Arbeitskampf), zweitens um eine gerechte Verteilung von Arbeit (keine Unter- und Überbeschäftigung, 4-Tage-Woche und Arbeitszeitreduzierung) und drittens um die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft (Mitbestimmung, Transformationsbeiräte, Internationalisierung der Kämpfe). Und Ulrich Schneider wies zurecht darauf hin, dass Verteilungskämpfe nicht innerhalb der Klasse ausgetragen werden dürfen. Eine neue Erzählung muss die „Gleichwürdigkeit“ der Menschen konsequent beachten und darf keine Hierarchien zwischen Menschen zulassen.

Ein umfassender Gegenentwurf zu den aktuellen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen, der über Konturen einer postkapitalistischen Ökonomie und Arbeitswelt hinausgeht, entstand in der Diskussion zunächst leider nicht. Unbeleuchtet blieben auch die Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in einer postpatriarchalen und radikaldemokratischen Gesellschaft, die sich der Gleichheit der Menschen uneingeschränkt verpflichtet und Machtverhältnisse auf Grund konstruierter Ungleichheit überwunden hat.

CHOOSE A SIDE! - KOMMENTAR ZUM DEBATTENSTAND

DIE LINKE muss sich konsequent auf die Seite der Unterprivilegierten stellen, also auf die Seite derjenigen, die brutal ausgegrenzt werden. Angesichts der massiven

Diskursverschiebung nach rechts werden diese Grundsätze auch in der gesellschaftlichen Linken immer wieder in Frage gestellt, verschwiegen oder nur sehr vorsichtig benannt, vor allem weil die verteilungspolitischen Alternativen der neuen Faschisten immer mehr Anklang finden bei den Ausgegrenzten und Unterprivilegierten selbst. Der Versuch im linken Spektrum, gleichzeitig einerseits offen zu bleiben für diejenigen, die den Rechten bereits zustimmen und andererseits mit konkreten linken Politiken Mitstreiter:innen und Wähler:innen zu gewinnen, muss aber – spätestens nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen, mit dramatischen Stimmgewinnen für Rechte und Faschisten – als gescheitert angesehen werden. Die Polarisierung von rechts braucht einen erkennbaren Gegenpol, der genauso unzweifelhaft für die Gleichheit der Menschen eintritt, wie die Faschisten diese ablehnen. Die Entscheidungsfrage – auf welcher Seite willst du stehen? – muss gestellt und sie muss von jedem und jeder Einzelnen beantwortet werden.

Für diejenigen, die sich gegen den Faschismus entscheiden, braucht es eine neue Erzählung, die über die Verhinderung des Faschismus hinausgeht. Diese muss neben der ökonomischen und sozialen Dimension unbedingt auch eine Gesellschaft beschreiben, in der Menschen die bestehenden Machtverhältnisse überwunden und gelernt haben, friedlich, fair und solidarisch miteinander zu leben. Sie ist auf das Gleichheitsverständnis der Menschen und die Vision einer Gesellschaft, die diesen Anspruch radikal erfüllt, zugespielt. Diese Erzählung kann angesichts der eingetretenen Polarisierung nicht alle – und leider auch nicht alle Ausgegrenzten – mitnehmen. Manche, vielleicht auch viele, werden sich entscheiden, in der Verteilungsfrage mit den Faschisten zu gehen. Aber auf die dürfen wir nicht länger warten. Wir brauchen unsere Ressourcen für eine linke Gegenoffensive, die den Widerstand gegen den Faschismus organisiert und diejenigen verteidigt, die der Faschismus bereits jetzt massiv bedroht und bekämpft und bei seiner Machtübernahme erbarmungslos verfolgen würde. Die politische Strategie der neuen Erzählung muss sich zügig ausrichten auf die Konstituierung einer neuen antifaschistischen Widerstandsbewegung. Die LINKE als Partei steht in der Verantwortung, ihre verbleibenden Organisationsressourcen (Strukturen, Erfahrung, Vernetzung etc.) in den Dienst der Organisation dieses Widerstands zu stellen.

Miriam Bürger ist Kreisvorsitzende in Mainz/Mainz-Bingen und Mitglied im Bundesausschuss. Sie arbeitet als IG Metall-Gewerkschaftssekretärin im Bereich Textilindustrie.

Erderhitzung: Den Systembruch einleiten

CHRISTIAN ZELLER

- Bei der Zukunftskonferenz widmeten sich Christine Schickert vom Kollegforscher:innengruppe Postwachstumsgesellschaften der Uni Jena, der Autor Raul Zelik und Wirtschaftsgeograf Christian Zeller programmatischen Kontroversen beim sozial-ökologischen Umbau.

Auch in linken Parteien wird die Tragweite der Erderhitzung unterschätzt. Die Politik der Regierungen wird dazu führen, dass in wenigen Jahrzehnten mindestens drei Milliarden Menschen aus der verträglichen Klimanische verdrängt werden. Die am stärksten betroffenen Regionen zählen zu den ärmsten der Welt. Ein großer Teil der armen Weltbevölkerung wird seine Lebensgrundlagen verlieren.

Das weltweit verbleibende „Kohlenstoffbudget“ für eine 50-prozentige Chance, die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, halbierte sich von 2020 bis 2022 von 500 auf 250 Gigatonnen CO₂. Dieses globale Budget wird in weniger als sechs Jahren erschöpft sein. Die Temperaturen steigen zudem schneller als erwartet. Länder wie Deutschland, Österreich und die Schweiz haben, bezogen auf die Emissionen pro Kopf, ihr Emissionsbudget bereits verbraucht. Unter Berücksichtigung der historisch kumulierten Emissionen sind die reichen Länder Europas längst im Minus. Sie müssten ihre fossilen Anlagen sofort dicht machen und den Ländern des globalen Südens umfangreiche Reparationen bezahlen. Oft wird vergessen, dass der Umbau des Energiesystems und der Aufbau einer riesigen

Infrastruktur für erneuerbare Energien ebenfalls enorme Treibhausgasemissionen verursacht. Unter Berücksichtigung von 195 Gt CO₂-Emissionen für den Umbau ist das Budget auch im Weltmaßstab nahezu aufgebraucht.

In dieser sich zuspitzenden Situation erleben wir eine massive Gegenoffensive des fossilen Kapitals. Die Investitionen in erneuerbare Energien steigen zwar weltweit und in vielen Ländern an. Sie führen allerdings nicht zum Ersatz der fossilen Energieträger, sondern steigern die Energieerzeugung. Das fossile Kapital investiert nach einigen Jahren der Zurückhaltung wieder verstärkt in die fossile Infrastruktur. Gestützt durch die Regierungen in den großen kapitalistischen Staaten erleben wir einen fossilen Backlash. Die Hypothese eines grünen Kapitalismus oder eines „grünen Akkumulationsregimes“ verliert jede Grundlage. Viele Indizien deuten darauf hin, dass die kapitalistische Produktionsweise auch in den kommenden Jahrzehnten zwingend auf fossilen Energieträgern beruhen wird.

Die eigene Erfolglosigkeit, die zunehmend härtere Repression gegen die Klimabewegung und der Aufstieg national-konservativer und faschistischer Parteien führen dazu, dass Teile der klassischen Linken ihre Ansprüche an den industriellen Umbau zurückschrauben. In Verkennung der abrupten Veränderungen des Erdsystems und geblendet durch ein schematisches Verständnis der „Klassenfrage“ stellen sie die „sozialen Anliegen“ vor die Notwendigkeit des industriellen Um- und Rückbaus. Der fossile Backlash vollzieht sich also auch in linken Organisationen.





Kohle, Öl und Gas müssen unter dem Boden bleiben. Das wäre gleichbedeutend mit einer massiven Entwertung des Kapitals dieser Konzerne. Nur wenn es gelingt, die Energiekonzerne gesellschaftlich anzueignen, wird es möglich sein, diese Entwertung gegen die Vermögenden und im Sinne der breiten lohnabhängigen Mehrheit durchzusetzen, ohne massenhafte Arbeitslosigkeit und Verarmung.

Die Herausforderung der politischen und gesellschaftlichen Macht ist offensiv anzupacken. Doch wie lässt sich das erforderliche gesellschaftliche Kräfteverhältnis aufbauen? Ich unterbreite fünf Vorschläge zur Diskussion:

- ◆ Die von Teilen der Klimabewegung und der Gewerkschaft ver.di durchgeführte Kampagne „wir fahren zusammen“ zur Stärkung der Lohnabhängigen bei den Tarifeinsetzungen und für die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs ist ein wichtiger Schritt. Doch zugleich sollten die Gewerkschaften zu einer konsequenten Klimapolitik verpflichtet werden. Das heißt, ver.di und die Gewerkschaften sollten ihre gesamten Aktivitäten darauf ausrichten, Maßnahmen durchzusetzen, die wirklich dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Gute Arbeitsbedingungen und ein guter ÖPNV sind unabdingbar, aber sie reduzieren die Treibhausgasemissionen nicht, solange der Autoverkehr nicht massiv reduziert und die Automobilindustrie zurückgebaut wird.
- ◆ Weitergehende Kampagnen, Netzwerke und Formen der Selbstorganisation von Beschäftigten – inspiriert durch #wirfahrenzusammen – können dazu beitragen, die Gewerkschaften ökologisch zu erneuern und die Klimabewegung gesellschaftlich zu verankern. Die Klimabewegung sollte sich die Anliegen der Lohnabhängigen an ihrem Arbeitsplatz, am Wohnort und im Alltagsleben zu eigen machen, allerdings in einer

Weise, die auf einen ökologisch verträglichen gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur zielt. Zugleich sind die Gewerkschaften zu wichtigen Protagonistinnen eines ökologischen Umbaus der Arbeitsprozesse und ganzer Industrien zu verwandeln. Hierfür sind neue gemeinsame Organisationsformen auszuprobieren.

- ◆ Die Grundversorgung mit Energie muss Teil einer gesellschaftlichen Infrastruktur sein, die den Menschen günstig zur Verfügung steht. Auf lokaler und regionaler Ebene können vielfältige Bündnisse für dieses Ziel aufgebaut werden.
- ◆ Ein sozial-ökologischer Umbau im nationalen Maßstab bleibt eine Illusion. Wir müssen eine sozial-ökologische Umbaustrategie für ganz Europa entwickeln. Wir stehen vor der Frage, wie wir kontinental die erforderliche Entmachtung des fossilen Kapitals, den Um- und Rückbau der Industrien sowie den Aufbau einer ökologisch verträglichen und gesellschaftlich gerechten Energieinfrastruktur in die Wege leiten können. Ein Schritt in diese Richtung könnte im Aufbau eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses bestehen, um eine europäische Kampagne für die gesellschaftliche Aneignung des Energiesektors zu starten. Die Partei DIE LINKE sollte hierfür wichtige Impulse setzen.

Die Erderhitzung und die durch sie ausgelösten Brüche im Erd- und Klimasystem lassen sich nur durch einen anti-kapitalistischen Bruch – einen ökosozialistischen Aufbruch – auf ein Maß beschränken, das es erlaubt, nicht in die globale Barbarei und die Zerstörung ganzer Gesellschaften abzugleiten.

Christian Zeller ist Wirtschaftsgeograph und Autor u.a. von „Revolution für das Klima: Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen.“

Verteilungsfragen politisieren

JAN SIEBERT



- DIE LINKE muss einen denkbaren Plan zur Überwindung der aktuellen Europäischen Verfassung präsentieren.
- Eine Blaupause dafür könnte das „Manifest für die Demokratisierung Europas“ von u.a. Thomas Piketty sein.

Die meisten Forderungen der Partei für ein solidarisches, ökologisches und gerechtes Europa haben eine Gemeinsamkeit: Sie lassen sich unter Einhaltung der aktuellen Europäischen Verträge nicht umsetzen.

In die Europäischen Verträge ist eine wirksame Barriere gegen eine gemeinsame Sozial- und Steuerpolitik eingewebt. Sie müsste einstimmig im Ministerrat entschieden werden. Unabhängig von der Einwohnerzahl reicht so die Stimme eines Mitgliedlandes, um das zu verhindern. Die Steuerparadiese Irland oder Luxemburg könnten ein koordiniertes Vorgehen gegen Steuerdumping auch dann verhindern, wenn alle anderen 26 Mitgliedsländer geschlossen dafür wären. In der Konsequenz hat eine gemeinsame Sozial- und Steuerpolitik auf europäischer Ebene nie eine Rolle gespielt.

Wo jedoch über Sozial- und Steuerpolitik nicht diskutiert werden kann, weil jeder Fortschritt unmöglich erscheint, entzünden sich andere Diskussionen. Wo vor Jahren noch zwischen „mehr Gerechtigkeit“ auf der einen und „mehr Freiheit“ auf der anderen Seite diskutiert wurde, spannt sich die Debatte heute zwischen den Polen Liberalkonservativ und Nationalkonservativ. Linke, sozialistische Positionen kommen nur noch am Rande vor.

DIE LINKE darf vor dieser Situation nicht kapitulieren, indem sie sich einer der dominanten Pole anschließt. Stattdessen muss sie klar sagen, welchen Weg sie gehen will und gehen muss, wenn sie am Ziel des demokratischen Sozialismus festhalten will. Dieser Weg führt an einer Überwindung der aktuellen Europäischen Verträge nicht vorbei. Gleichzeitig gilt: Nur wenn ein anderes Europa möglich und vorstellbar ist, macht es Sinn, wählen zu gehen und sich bei Protesten zu engagieren.

Die Verhältnisse in der Europäischen Union sind nicht in Stein gemeißelt. Eurokrise, Coronakrise, Klimakrise und zuletzt während der Energiekrise: Wenn der Druck groß ist, wandelt sich die EU und verstößt auch gegen ihre eigenen – vorher für sakrosankt gehaltenen – Regeln. Es spricht also nichts dagegen, einen hoffnungsvollen Plan zur Überwindung der aktuellen Europäischen Union zu präsentieren, auch wenn zu dessen Erfüllung noch viel passieren müsste. Bislang präsentiert der Entwurf für das LINKE Wahlprogramm lediglich die Forderung nach Einberufung eines neuen Verfassungskonvents. Wie der zustande kommen soll, ist unklar.

Hoffnungsvoller ist das „Manifest zur Demokratisierung Europas“ von Thomas Piketty und anderen Wissenschaftler:innen. Es kann als Blaupause für den Aufbau eines demokratischen, gerechten Europas dienen. Obwohl schon in die Jahre gekommen und als Antwort auf den Brexit gedacht, ist es nach wie vor der klügste Plan zur Überwindung der aktuellen, undemokratischen Verfassung der EU. Er sieht vor, dass eine Gruppe williger Staaten vorangeht



und eine Parlamentarische Europäische Union gründet. Indem eine neue Union innerhalb der alten Europäischen Union gegründet wird, wird das Prozedere der Einstimmigkeit umgangen. Dort sollen dann etwa Steuerfragen nicht mehr vom Ministerrat, sondern von einer zweiten, europäischen Kammer entschieden werden.

Eine breite, europäische Öffentlichkeit soll darüber streiten und entscheiden (!), wie eine gerechte Verteilungspolitik aussehen kann.

Diese Europäische Versammlung würde aus den Mitgliedern des Europäischen Parlamentes und den Mitgliedern der nationalen Parlamente bestehen. Das Konzept gleicht in etwa dem der Bundesversammlung. Die Wissenschaftler:innen lassen die Frage nach dem konkreten Verhältnis bei der Zusammensetzung offen. Sie weisen lediglich darauf hin, dass der Anteil der Mitglieder des Europäischen Parlaments den Anteil der nationalen Parlamentarier nicht übersteigen sollte, um der historisch gewachsenen nationalen Struktur der Steuer- und Sozialpolitik gerecht zu werden. In dieser neuen Versammlung würde dann gemeinsam darüber beraten und entschieden werden, welche Maßnahmen national geregelt sein sollen und für welche Situationen eine europäische Lösung Sinn ergibt.

So könnten etwa als wirksame Mittel gegen die steigende Ungleichheit eine europäische Einkommenssteuer für große Einkommen, eine europäische Vermögenssteuer und ein europäisches Finanztransaktionsregister eingeführt werden. Der zermürbende Steuerwettkampf zwischen den Nationalstaaten könnte so beendet werden.

Der Entwurf für das LINKE Wahlprogramm spricht sich immerhin dafür aus, die Einstimmigkeitsregel zu streichen. Das reicht jedoch nicht aus, denn noch immer wären dann die jeweiligen Minister:innen in der Verantwortung, die ihre nationalen Interessen vertreten. Eine breite öffentliche Debatte gäbe es nicht.

Die Staaten, die bereit wären, diesen Weg zu gehen, müssten zum Äußersten bereit sein: zum Bruch mit der alten EU. Es könnte aber auch ganz anders laufen. Wenn die Gruppe der Staaten groß genug ist, müssten die anderen mitziehen. Wenn dann kleine Steueroasen vor den Europäischen Gerichtshof ziehen, ist unklar, wie dieser entscheidet. In der Vergangenheit hat sich das Gericht oft sehr pragmatisch im Umgang mit Krisen gezeigt.

Ob das „Manifest für die Demokratisierung Europas“ nun die Abschaffung der alten EU oder eine grundlegende Reform der EU bedeutet: Entscheidend ist, dass es eine Idee zur Überwindung der aktuellen Verhältnisse in der EU bietet. DIE LINKE sollte sich den Forderungen des Manifests daher anschließen oder diese zumindest aufgreifen und weiterdiskutieren.

Jan Siebert ist Mitglied im Ko-Kreis der Bewegungslinken und aktiv im Kreisverband Dortmund. Der Volkswirt arbeitet in der Kommunalstatistik.

Die EU - ein ungeliebtes linkes Kampffeld

MARTIN GÜNTHER

Die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) sind die nächsten bundesweiten Wahlen und somit entscheidender Meilenstein vor den Bundestagswahlen. Nicht wenige allerdings stehen schulterzuckend davor und verweisen lieber auf die Bedeutung der anstehenden Kommunalwahlen und Landtagswahlen im Osten. Ein Paradebeispiel dafür war ein hochkarätig besetztes Panel auf der Zukunftskonferenz. Meine Frage an das Podium, was wir aus ihren Wahlerfolgen für die anstehenden Europawahlen lernen könnten, wurde erst ignoriert. Bei nochmaliger Nachfrage antwortete Alice Bernard, die Vorsitzende unserer belgischen Schwesterpartei PTB, dass sie auch keine Idee hätte: Die EU sei halt für die meisten sehr weit weg.

Auch in den Haustürbefragungen, die wir vor Ort durchgeführt hatten, zeigte sich dies sehr deutlich: Was man ändern müsste in der EU? Sehr allgemeine Antworten, meist hatten diese wenig mit der konkreten EU-Politik zu tun und adressierten die Politik im Allgemeinen. Das Panel auf der Zukunftskonferenz, welches sich explizit mit dem Zustand der EU und den anstehenden Wahlen beschäftigte, versprach eine Mischung aus konkreter Veränderungsperspektive und fundamentaler Kritik zu werden. Neben Martin Schirdewan, Daphne Weber und Carola Rackete nahm auch Andreas Fisahn teil, welcher einigen als Vordenker eines Lexit (Left exit – einer linken Perspektive eines EU-Ausstiegs) gilt. Die Debatte konzentrierte sich dann auf sehr konkrete Veränderungsperspektiven.

Die EU-Verträge atmen noch einen neoliberalen Geist, jedoch zeigt die konkrete Entwicklung der EU, dass die Verträge gedehnt und teils sogar gegen den expliziten Wortlaut Politik gemacht wird. Der Brexit aber auch die Klimakatastrophe, die Pandemie, die Finanzkrise sowie die Veränderung der geopolitischen Lage haben dazu geführt, dass die Politik der EU stärkerer Aushandlungsprozesse unterliegt – im Guten, wie im Schlechten. Beispielhaft sei die Säule der sozialen Rechte genannte, die Einführung einer Mindestlohnrichtlinie, die faktische Aussetzung des Fiskalpaktes sowie Kreditaufnahme durch die EU. Das alles war vor einigen Jahren noch undenkbar. Aber auch die

eigentlich verbotene Finanzierung von Aufrüstung durch die EU. Diese Entwicklungen müssen als Suche nach einem neuen Akkumulationsmodell verstanden werden, welches auch auf Stabilität nach innen und außen angewiesen ist. Es ermöglicht einerseits das Erringen sozialer und ökologischer Zugeständnisse. Es birgt andererseits die Gefahr der beschleunigten autoritären Entwicklung mittels der EU. Um nicht weniger geht es bei den nächsten Europawahlen: Wie wird sich die EU in Zukunft entwickeln?

Es mag eine Binse sein, dass die EU-Politik unser aller Leben massiv beeinflusst. Als Internationalist:innen sollten wir nicht vergessen, dass die EU auch das Leben von Millionen Menschen weltweit durch ihre Außenhandelspolitik etc. beeinflusst. Die Rechten haben den Kampf um die Ausgestaltung der EU aufgenommen. Die Aufgabe für uns ist spätestens damit klar: den Kampf um die EU von links entschlossen aufnehmen. Das ist und bleibt ein hartes Stück Arbeit. Bedeutet es doch zuallererst mehr als die Einsicht in die Notwendigkeit dafür bei den eigenen Leuten zu wecken, sondern möglichst auch einen Hauch von Begeisterung.

In den Ländern, in denen parallel zu den Europawahlen Kommunalwahlen stattfinden, sollte dies konsequent zusammen vorbereitet werden. Dazu braucht es viele vor Ort handhabbare Hilfestellungen. Einiges ist dazu schon auf den Weg gebracht worden. Vor allem aber brauchen wir eine parteiinterne Vorwahlkampagne. Viele in unserer Partei wissen nichts über unsere Erfolge im Europäischen Parlament, also auch nicht über die Potenziale linker Politik auf dieser Ebene. Viele wissen auch (noch) nichts über den Zustand der EU, womit die Rufe, dass diese Wahl entscheidend für die Entwicklung der EU ist, verhallen werden. Dies zu ändern, ist ein Erfolgsfaktor, den wir selbst in der Hand haben.

Martin Günther ist Ökonom und Mitglied des Bundesausschuss-Präsidiums. Er ist aktiv im Kreisverband Bernau in Brandenburg.

Stoppt GEAS!

INTERVIEW MIT CLARA BÜNGER

MIT DER AKTUELLEN MIGRATIONSDEBATTE VOLLZIEHT SICH ERNEUT EINE HEFTIGE GESELLSCHAFTLICHE RECHTSVERSCHIEBUNG. WAS IST DA DIE AUFGABE DER LINKEN?

Bei der Reform des Europäischen Asylsystems wird derzeit von fast allen Parteien das individuelle Grundrecht auf Asyl nicht etwa verteidigt, sondern infrage gestellt. DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die sich konsequent gegen die Entrechtung von Geflüchteten einsetzt und fundierte Kritik an Gesetzesverschärfungen übt. Dieses Feedback erhalte ich auch von NGOs, Bündnispartnern, Wohlfahrtsverbänden und kirchlichen Trägern, die mit geflüchteten Menschen zusammenarbeiten. Für sie sind wir ein – wenn nicht sogar der einzige – verlässliche Ansprechpartner in der Debatte geworden.

WELCHE FORDERUNGEN ERGEBEN DARAUS, DIE WIR IM EUROPAWAHLKAMPF MIT NACH VORN STELLEN MÜSSEN?

Wir müssen die Debatte vor allem ehrlich führen. Es ist nicht absehbar, dass Kriege und Krisen enden und Menschen nicht mehr fliehen müssen. Eine mögliche Stellschraube ist, dass sie dabei nicht mehr auf dem Mittelmeer sterben müssen, sondern sichere Fluchtrouten nutzen können. Statt Frontex brauchen wir eine europäische Rettungsmission. Und sobald die Menschen bei uns ankommen, müssen wir ihnen zur Seite stehen –

ungeachtet dessen, welchen Status sie haben. Langfristige Investitionen in öffentliche Infrastruktur in Schulen, Kitas, sozialen Wohnungsbau und natürlich auch Beratungs- und Behandlungsangebote für Geflüchtete sind notwendig und sinnvoll. Nur so kann verhindert werden, dass Gruppen in der Konkurrenz um knappe Güter gegeneinander ausgespielt werden.

SIEHST DU KLÄRUNGSBEDARF FÜR DIE SICH NEU AUFSTELLENDEN LINKE IN DIESEM THEMENBEREICH?

DIE LINKE hat eine klare Positionierung. Wir wollen ein Bleiberecht für alle und Abschiebungen stoppen. Ein linkes Einwanderungsgesetz könnte unsere Vorstellungen aber bündeln: Dass etwa Geflüchtete nicht mehr in Lagern, sondern dezentral untergebracht werden. Dass Menschen, die schon lange mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, eine Perspektive bekommen und bleiben dürfen. Die unbürokratische Aufnahme von Millionen Geflüchteten aus der Ukraine in der EU hat gezeigt, dass eine solidarische Asylpolitik, die die Rechte und Würde von Schutzsuchenden wahrt, grundsätzlich möglich ist.

Clara Bünger ist flucht- und rechtspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag.

Paradigmenwechsel in der Außenpolitik?

JANIS EHLING

Es führt kein Weg dran vorbei: Wir müssen über die strategischen Dilemmata und Probleme linker Außenpolitik reden. Dazu müssen wir die Veränderung der Weltlage, ebenso wie Widersprüche linker Antworten offen diskutieren. Letzteres geschieht zu selten. Im Rahmen der Zukunftskonferenz stellten sich dieser Herausforderung René Jokisch, ehemaliger Referent für Außenpolitik der Bundestagsfraktion, Paul Schäfer, ehemaliger verteidigungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion und Katja Maurer als langjährige Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit von Medico.

Das Erfurter Programm der LINKEN ist zu einer spezifischen Zeit entstanden, nach den Angriffskriegen der NATO gegen Afghanistan und den Irak. Das Ziel der gesellschaftlichen und linken Mobilisierungen war entsprechend die Kritik an der US-Hegemonie und der NATO-Einsätze.

Das Programm betont darüber hinaus die Basics linker Außenpolitik: Deeskalation, Abrüstung und die Bedeutung internationaler Organisationen wie der UN und internationalen Abkommen. Nicht erst durch den Ukraine-Krieg stellen aber darüber hinausgehende Fragen – wie etwa mit der imperialistischen Aggression (noch) nicht hegemonialer Staaten umzugehen ist.

Die US-Hegemonie ist noch nicht vorbei, aber herausgefordert, analysierte Paul Schäfer. Der unilaterale Machtanspruch der USA bekommt durch den Aufstieg der BRICS-Staaten und insbesondere Chinas ernsthafte Risse. Die Folge ist eine weltweite Aufrüstungsspirale. In

diesem Kontext verschiebt sich die Bedeutung alter und neuer imperialer Mächte und die Konflikte nehmen, wie in der Ukraine zu sehen, zu. Einen „neuen Kalten Krieg“ sieht Paul Schäfer nicht aufziehen, weil sich die Bedingungen verändert haben. Den USA fehlt heute der große militärische Gegenpol, da China bei weitem nicht die Stärke der Sowjetunion hat und bislang kaum als Exporteur seines Politikmodells auftritt. Durch den Krieg in der Ukraine hat die NATO dagegen zu alter Stärke zurückgefunden. Noch bis weit in die 2010er Jahre und insbesondere durch die Präsidentschaft Trumps hatte sie einen starken Bedeutungsverlust erfahren. Trotzdem, so Schäfer, sei der Ukraine-Krieg nur ein Nebenkrieg für die Vereinigten Staaten, deren Strategie spätestens seit der Trump-Administration darin bestünde, Chinas wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg aufzuhalten.

Daraus abgeleitet wies Schäfer auf die Notwendigkeit eigener Ideen und Antworten für eine eigenständige europäische Politik hin, jenseits der Konfrontation von USA und Russland/China (ohne den Unterschied zwischen liberalen Demokratien und Autokratien zu verwischen). Insbesondere zu China würde der LINKEN eine Positionierung fehlen.

Katja Maurer kritisierte das Herangehen weiter Teile der LINKEN grundsätzlich. Statt abstrakt über den Krieg zu reden, verwies sie energisch auf eine empathische Position an der Seite der betroffenen Menschen in den Kriegsgebieten und der Geflohenen. Sie selbst hatte die Ukraine besucht und insbesondere vom Schicksal der Frauen



berichtet, auch derer, die fliehen mussten. Die Konfliktlinien in der Ukraine seien weit weniger eindeutig als es die innerlinken Debatten abbilden. Sowohl die Nähe LINKER zu Russland als auch die Waffenlieferungen in Konfliktgebieten fände sie falsch. Beide Tendenzen würden an den vom Krieg Betroffenen in der Ukraine wie dem Donbass vorbeigehen. Die Perspektive der Menschen vor Ort müsse aber die Grundlage für eine linke Perspektive sein. Mit ihrem Beitrag stiftete sie eine wohltuende Unsicherheit in einem Feld der Gewissheiten und brachte auch das Publikum zum Nachdenken, weil es quer zu den üblichen „Frontlinien“ in der Partei verlief.

Zuletzt sprach René Jokisch über Alternativen zur derzeitigen Sicherheitspolitik und wies dabei insbesondere auf das Fehlen kollektiver Sicherheitssysteme hin. Die UN sei in den letzten Jahren schwächer geworden, die Bedeutung der OSZE habe abgenommen. Viele internationale Abrüstungsverträge sind ausgelaufen und die gemeinsame europäische Außenpolitik der EU steckt noch in den Kinderschuhen. Insofern sei weitere Konfrontation und Eskalation nicht unwahrscheinlich. Während der Westen auf einen Sturz Putins in Russland hoffe, sieht die russische Führung folgerichtig den Westen als Hauptbedrohung. Eine geteilte Sicherheitspolitik ist so kaum denkbar. In einem anderen, pragmatischen Szenario würde Putins Russland trotz deutlicher Kritik als faktische Macht in Europa anerkannt und zumindest ein pragmatischer Umgang gesucht werden. Wahrscheinlich wäre dafür die Einrichtung von Pufferzonen bei gleichzeitiger Aufrüstung aller Beteiligten. Eine gemein-

same Sicherheitspolitik gäbe es jenseits der Kompromisse auch in diesem Falle nicht.

Das dritte und am ehesten linke Szenario wäre die allmähliche Abrüstung und die Schaffung eines gemeinsamen Sicherheitssystems – wie im Erfurter Programm vorgesehen: durch Einbeziehung Russlands unter allmählicher Auflösung der alten Sicherheitssysteme. Das könnte sogar eine vorläufige Akzeptanz einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine oder gar Russlands und ähnliches bislang kaum Denkbare beinhalten. In diesem Fall müssten aber auch russische Interessen berücksichtigt werden und die Perspektive für gemeinsame Sicherheit glaubhaft gemacht werden. Diese Option wäre zwar richtig, so Jokisch, sei aber gerade alles andere als populär.

In der anschließenden Debatte wurde kritisiert, dass eine Perspektive von unten fehlen würde, beispielsweise durch Stimmen von Betroffenen aus Russland und der Ukraine. Auch müsse stärker über den Aufbau der Friedensbewegung nachgedacht werden. Zudem offenbarten die Fragen ein Dilemma: Außenpolitik ist und bleibt eine Domäne der Staaten – auf die Linke nur im Ausnahmefall Einfluss haben. So bleibt die linke Aufgabe im Regelfall die (reagierende und defensive) Kritik an den Herrschenden.

Janis Ehling ist Mitglied des Parteivorstands und in der Strukturkommission. Er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg.

Von wegen „weg damit“

– für eine Schärfung der Praxis verbindender Klassenpolitik

JANA SEPPELT

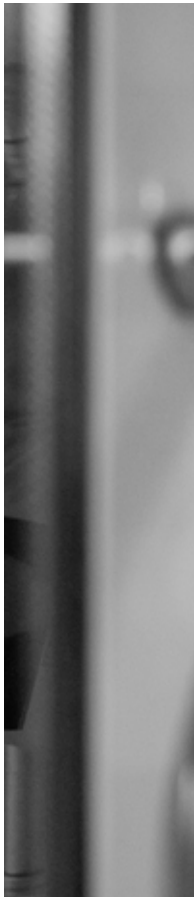
Die verbindende Klassenpolitik ist in den letzten Jahren immer stärkerer Bezugspunkt für große Teile der Partei geworden, andere lehnen das Konzept ab. Dazwischen gibt es ganz viele Grautöne, die auch Thema eines Panels mit Ines Schwerdtner, Simin Jawabreh und mir bei der Zukunftskonferenz waren.

Beide in den letzten Jahren unter Linken vorherrschende Konzepte – Mosaiklinke wie verbindende Klassenpolitik – rekurrieren analytisch auf die Notwendigkeit der Bildung eines neuen politischen Blocks, der in der Lage ist, an den durch kapitalistische Produktionsweise produzierten Widersprüchen anzusetzen und eine Praxis zu entwickeln, die kapitalistische Landnahme (Dörre) zurückdrängt, also beispielsweise die Ökonomisierung und Schleifung der Daseinsvorsorge (Gesundheit, Bildung, öffentliche Mobilität, Sozialsysteme und andere Gemeingüter).

Das Ziel einer Mosaiklinke war, einen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Akteuren wie Gewerkschaften, Klimabewegung oder antirassistischen Bewegungen

herzustellen, in denen sich Betroffene dieser Schleifungen organisieren (Mitte-Unten Bündnis) – unter wechselseitiger Toleranz und der Akzeptanz der spezifischen Bewegungs- und Organisationskulturen der Organisationen. Hauptkritik an der Praxis war, dass erstens meist nur ein Nebeneinander, manchmal auch eine Verbindung der aktiven Teile – aber eben nur der politisch aktiven Teile – gelang und dass zweitens der Mosaiklinken das „Unten“ im „Mitte-Unten-Bündnis“ fehlte. Zwar konnte die Linke über einen längeren Zeitraum die von Hartz IV Betroffenen einbinden und repräsentieren, allerdings ist diese Fähigkeit durch die Verfestigung der Auswirkungen neoliberaler Politik und damit Verschlechterungen für große Teile der Bevölkerung zurückgegangen. Teils auch durch eigene Fehler – ich sage hier für Berlin nur Privatisierung der Wohnungsgesellschaften unter linker Beteiligung. Wichtig ist, dass es anderen Organisationen wie auch Gewerkschaften ähnlich erging, – durch teils äußere Faktoren, aber auch eigene Fehler.

Daraus lernend wurde das Konzept der verbindenden Klassenpolitik entwickelt, mit dem Ziel der Entwicklung





der Partei hin zu einer organisierenden Partei, die im Alltag präsent ist, Debatten und Verständigungsräume schafft und zur Ermächtigung ermutigt, um Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Dabei hat sie in Bezug auf Bewegungen, Initiativen oder Gewerkschaften eine spezifische Rolle durch a) die konkrete Rolle in der bürgerlichen Gesellschaft und b) eine Verstetigung der Bewegungszusammenarbeit durch ihre feste Organisationsform. Gewerkschaften sind eine besondere Bewegung, da sie eine spezifische Macht entwickeln können über ihre Stellung im Produktionsprozess. Bei der Betrachtung ihrer Doppelaufgabe, zum einen tagtägliche widerständige Interessenpolitik und zum anderen systemüberwindende Transformation zu befördern, hat sie – mit Hansi Urban gesprochen – durchaus aber Schlagseite zum Ersteren.

Wichtigste Bestandteile verbindender Klassenpolitik sind vor dem Hintergrund der bereits genannten Bemühungen um die Bildung eines hegemonialen Blocks zur Wiedereroberung der Common Goods und Zurückdrängung der Prekarisierung (Candeias):

- ◆ Vielfalt der Klasse sichtbar machen, ohne ihren Zusammenhang aufzulösen
- ◆ Einen klaren Gegnerbezug zu formulieren, zu den führenden Klassen „oben“ und gegen die radikale Rechte

- ◆ Die soziale Frage schärfer, eben klassenorientiert von der allgemeinen (sozialdemokratischen) Rede von sozialer Gerechtigkeit scheiden und zuspitzen
- ◆ Den falschen Gegensatz zwischen sozialer Frage und (vermeintlicher) Identitätspolitik überwinden: Feminismus und Ökologie sind nicht nur für die Elite – sie sind auch Klassenfragen
- ◆ Und jetzt der Lackmustest: Die Entwicklung von Projekten und Praxen, die über die üblichen Verdächtigen hinausreichen und gerade auch das „Unten“ – mit oder ohne migrantischem Hintergrund – erfassen bzw. von diesen Gruppen selbst getragen werden

Für die Partei (wie auch die Gewerkschaft) gilt, dass sich verbindende Klassenpolitik in der Gesamtorganisation gar nicht richtig entfaltet hat. Zwar wurden Elemente des Ansprechens der Gruppen „Unten“ eingeführt (Haustürwahlkampf), aber weder wird das in größerem Ausmaß und häufig, noch mit dem Ziel einer längerfristigen Organisierung im Kreisverband gemacht. Die wenigen Kreisverbände, die das systematisch tun, sind an einer Hand abzuzählen.

Gründe für die Nicht-Entfaltung sind zum einen eigene strategische wie handwerkliche Defizite und Differenzen um den Ressourceneinsatz in der Partei, zum anderen heftige machtpolitische Auseinandersetzungen um diesen Kurs.

Auseinandersetzungen, die in Bezug auf Klassenpolitik teils absurde Züge annahm, weil sich einige lautstarke Verfechter der Repräsentation der Klasse weder mit den existierenden organisatorischen Pflänzchen kritisch-solidarisch auseinandergesetzt haben, noch eigene überzeugende Organisationsansätze vorweisen konnten.

Ich plädiere dafür, an der Praxis der verbindenden Klassenpolitik zu arbeiten, statt das Konzept über den Haufen zu schmeißen. Wir haben gar keine andere Wahl, als dieses Praxisproblem zu lösen. Nachhaltig wird kein reiner Wahlverein sein, der (im besten Fall) immer das Richtige sagt, aber nie einlösen kann, weil er den Parteaufbau vernachlässigt. Programmdebatten ohne Überlegungen zur Durchsetzungsfähigkeit und damit ohne strategische Einbindung von Anderen ausserhalb der Partei, mit dem Ziel, eine gemeinsame Partei zu werden, sind nicht nachhaltig und angesichts unserer eigenen Schwäche absurd. Die finanzielle Lage der Partei nach dem letzten Wahlergebnis schränkt dabei Handlungsmöglichkeiten von Partei, Fraktion und Stiftung perspektivisch ein – was den Zeitdruck deutlich macht.

Wichtige Elemente der Entwicklung dieser Praxis könnten sein:

- ◆ Konkrete *strategische* Verzahnung mit sozialen Bewegungen und Ausdiskutieren trennender Punkte mit dem Ziel, eine glaubwürdige gemeinsame Praxis zu entwickeln (übrigens eine Aufgabe für beide: Partei UND Bewegungen). Dabei sollten wir uns insbesondere auf soziale Bewegungen entlang der oben genannten Felder der Common Goods beziehen, allerdings mit dem Ziel, strategische Austauschräume, bei denen auch die trennenden Punkte fruchtbar nach vorne gewendet werden, zu nutzen. Die Konzentration auf das Zurückdrängen der Landnahme ist zwar programmatisch vorhanden, anders als andere behaupten, aber es gibt kaum glaubwürdige wirkliche Blockbildung.
- ◆ In Bezug auf das Gewerkschaftslager: Es braucht eine verstetigte Absprache zwischen Partei, Fraktion und Stiftung im Bereich der Gewerkschaftsarbeit und eine konsequente Umsetzung bestehender Konzepte wie dem Gewerkschaftsrat, aber auch Ratschlägen mit Beschäftigten verschiedener Branchen. Es ist unabdingbar, dass der Parteivorstand den Gewerkschaftsrat viel systematischer zur Diskussion eigener Positionen auch über das Kerngeschäft der Tarifpolitik hinaus und zur Entwicklung der Parteipraxis befragt. Darüber hinaus sollten Formate des Parteaufbaus – wie Gewerkschaftsaktiv, Linksaktiv und der organisierte Austausch zwischen Kreisverbänden und Landesarbeitsgemeinschaften zur Verankerung in Belegschaften und

Gewerkschaften – gestärkt und mit mehr Ressourcen hinterlegt werden. Die Erfahrungen in der Partei, von der BAG Betrieb und Gewerkschaft über erfolgreiche Kreisverbände oder Landesarbeitsgemeinschaften wie auch Teile der Bundes- und Landtagsfraktionen sollten dabei strategisch eingebunden werden. Und nicht zuletzt: Wir brauchen eine organisierte Ansprache derjenigen in Betrieben und Gewerkschaften und Branchen, die uns nahestehen, die teils Mitglieder sind, aber aus unterschiedlichen Gründen beobachtend an der Seitenlinie stehen.

Die Botschaft liegt auf der Hand: Wenn ihr weiter eine linke Partei wollt und braucht, ist jetzt der Zeitpunkt, sie zu stärken und in eurem Sinne mitzugestalten.

Jana Seppelt ist stellvertretende Parteivorsitzende und Bundessprecherin der BAG Betrieb & Gewerkschaft. Seit 2010 arbeitet sie bei ver.di, seit 2022 als Landesfachbereichsleitung Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft.



Grüner Sozialismus:

Da hat die Welt drauf gewartet! – Oder?

THOMAS GOES

„Die Welt brennt – was tun?“ hieß das Panel, bei dem ich gemeinsam mit Franziska Heinisch als Vertreterin der Kampagne „Wir fahren zusammen“ und Sarah-Lee Heinrich, der damaligen Bundessprecherin der Grünen Jugend, diskutieren durfte. Eine gute Frage angesichts der sich verschärfenden Klimakrise, der liberalen Klimapolitik „Hand in Hand mit dem Kapital“, und der „Klimaschutzangst“, die radikale Konservative der Union und die Post-Faschisten der AfD erfolgreich schüren.

Ich war als empirisch forschender Soziologe und aktives Parteimitglied eingeladen, über meine Studie zu berichten.

Von welchen gesellschaftlichen Bedingungen müssen wir ausgehen, und welche (strategischen) Schlussfolgerungen legen sie für unsere Klimapolitik?

DIE PREKÄRE ZWEIDRITTELGESELLSCHAFT ALS GESELLSCHAFT DER KLIMAKRISE

Die Klimakrise entfaltet sich in einer Klassengesellschaft, die durch starke Ungleichheiten geprägt ist. Es handelt sich um eine „prekäre Zweidrittelgesellschaft“, in der unsichere sowie schlecht bezahlte Arbeit und Armut weit

verbreitet sind, ohne gewöhnlich oder normal zu sein. Das untere Viertel (zwischen 20 und 30 Prozent) der Bevölkerung ist von Armut, Prekarität und sozialem Abstiegsdruck betroffen oder akut bedroht, während das mittlere Drittel einen respektablen, wenngleich verunsicherten „normalen Wohlstand“ bewahren konnte.

Gleichzeitig hat sich das „Gesicht“ der Arbeiter:innenklasse in den vergangenen 30 Jahren stark verändert. Sie ist in unterschiedlichem Maße vom fossilen Kern des deutschen Kapitalismus abhängig. Dieser Kern besteht aus der für Wachstum und „Wohlstand“ wichtigen Automobil- und Elektroindustrie, dem Werkzeug- und Maschinenbau, der Chemischen Industrie, dem hiermit verbundenen Bankenkapital, Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen und Logistikunternehmen.

Heute verdient zwar ein deutlich geringerer Teil der Arbeiter:innenklasse sein Geld in diesen Industrien als in den 1970er und 1980er Jahren – aber gerade hier sind Belegschaften gewerkschaftlich am besten organisiert und Tariflöhne am weitesten verbreitet. Mehr Menschen arbeiten heute dagegen in einem sog. Dienstleistungsjob. Zwar gibt es auch in Industrieunternehmen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und niedrige Löhne, insbesondere Leiharbeit – im Einzel- und Großhandel, in Post- und Logistikunternehmen beispielsweise sind sie aber deutlich weiter verbreitet.

Gerade in den Industriebranchen, die besonders stark vom „ökologischen Strukturwandel“ betroffen sind, haben wiederum Beschäftigte relativ viel zu verlieren.

Letztlich wird das untere Viertel der Klassengesellschaft besonders hart von Veränderungen getroffen, die zu einer Verteuerung von Lebensmitteln, Energie und Wohnen führen. Die LINKE muss insofern eine Art soziale Schutzpolitik machen, die dazu beiträgt, dass diese Teile der Arbeiter:innenklasse den „grünen Weg“ mitgehen können und wollen.

VERBREITETE EINSTELLUNGEN UND DEUTUNGSMUSTER

Wie steht es auf dem Feld der Einstellungen und Anschauungen, die in der Bevölkerung verbreitet sind? Welche Hindernisse, Herausforderungen, aber auch „Potenziale“ gibt es? M.E. sind sechs grundlegende Trends besonders wichtig.

Erstens hat sich ein robustes Unbehagen an sozialer Ungleichheit herausgebildet. Mehrheiten haben den Eindruck, dass es sozial ungerecht im Land zugeht und die Kluft zwischen Arm und Reich größer wird.

Zweitens sind Mehrheiten verdrossen über den politischen Betrieb. Eine Art Riss zwischen Parteien und Politikern auf der einen Seite und Bevölkerung deutet sich an – ein Riss, der gerade bei Beschäftigten, die einfachen Industrie- und Dienstleistungsarbeiten nachgehen, zur Wahlenthaltung führt. Die Leute glauben, dass bekannte Politiker:innen in einer eigenen Welt leben – und die Wirtschaft einen zu großen Einfluss auf die Politik hat.

Drittens ist mittelfristig das „Klimabewusstsein“ gewachsen. Mehrheiten machen sich Sorgen um die Entwicklung des Klimas, ob nun Gut- oder Schlechtverdiener:innen gefragt werden. Allerdings spielen die Sorgen für die Gut- und Spitzenverdiener:innen eine größere Rolle.

Viertens hat ein größerer Teil der Bevölkerung rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen.

Ein fünfter Trend ist die große Beliebtheit des deutschen Sozialstaats – insbesondere der Schutz vor Altersarmut, gute Infrastruktur für Bildung und Kinderbetreuung sind beliebt, umkämpfter (aber immer noch sehr knapp mehrheitsfähig) ist die bessere Unterstützung für Erwerbslose.

Kurz: Innerhalb der Bevölkerung gibt es viele Anknüpfungspunkte für linke Politik. Allerdings sagt das noch wenig darüber, in welche Formen des Alltagsbewusstseins solche Zustimmungswerte (etwa zur Aussage „Die Ungleichheit ist zu groß“ oder „Ich mache mir große Sorgen um das Klima“) eingebettet sind.

In einer empirischen Studie, in der ich Interviews mit Beschäftigten aus der Industrie (Automobil- und Werkzeug-/Maschinenbau), aus Krankenhäusern und den Lagern des Handels geführt habe, habe ich verschiedene Deutungsmuster herausgearbeitet. Deutungsmuster sind eine Art Wahrnehmungsraster, in deren Zusammenhang einzelne Aussagen überhaupt erst Sinn ergeben. Diese Deutungsmuster bieten unterschiedliche Potenziale/Chancen für linke Politik. Ich kann sie hier lediglich andeuten und an drei Beispielen verdeutlichen.

Eine Verarbeitungsweise, die für die LINKE viele Anknüpfungspunkte bietet, habe ich die „Sozialen Gemeinwohldemokrat:innen“ genannt. Diese Deutungsweise von Betrieb und Gesellschaft ist unter allen genannten Beschäftigten verbreitet. Der Betrieb wurde als Ort der Auseinandersetzung und Aushandlung gesehen, in dem man sich gegenüber dem Management durchsetzen muss – und kann. Die Gesellschaft erscheint als in Oben und Unten gespalten, Ungleichheit nimmt demnach zu, die Mitte schwindet – aber auch politische Macht ballt sich, insbesondere wird die Lobbymacht der Konzerne beklagt. Klimaschutz stehen Gemeinwohldemokrat:innen durchaus offen gegenüber,

aber nicht in der Form, wie sie heute betrieben wird. Eine Art „Klimaschutzinteresse von unten“ zeichnet sich ab, für das wichtig ist, das die einfachen Leute nicht auf der Strecke bleiben. Deutlich scheint ein – wenn auch widersprüchliches und zum Teil diffuses – Wissen um das Funktionieren des Kapitalismus auf.

Komplizierter anzudocken ist es bei den Deutungsmustern „Leistungsorientierte Sozialkonservative“ und „(Enttäuschte) Sozialliberale“. Beide fanden sich auch bei Beschäftigten aus Krankenhäusern und dem Handel, insbesondere aber bei Industriebeschäftigten. Alle Beschäftigten kritisieren die Ungleichheit im Land, sie sind auch unzufrieden mit den Politiker:innen, auf ambivalente Art und Weise sind sie auch offen für Klimaschutz. Aber für sozialistische Politik offen sind sie keineswegs automatisch. Im Gegenteil. „Leistungsorientierte Sozialkonservative“ kritisieren beispielsweise abgehobene Politiker, wünschen sich aber eine Politik nach den Regeln des Spiels. Diese Kritik und diesen Wunsch teilen sie mit den (Enttäuschten) Sozialliberalen, die zu große Radikalität abstößt. Gleichzeitig sind beide Gruppen auch von den Parteien enttäuscht, gerade weil sie sich an die Spielregeln im Politikbetrieb halten und eben nicht die soziale Politik liefern, die sich eigentlich wünschen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Klimaschutz: der ist zwar wichtig, muss aber moderat sein, darf Arbeitsplätze nicht gefährden. Hinter den ausgedrückten Sorgen verbirgt sich kein verfestigtes und tieferliegendes Nein – sehr wohl aber die Notwendigkeit, diese Beschäftigten davon zu überzeugen, dass sie trotz Klimaschutz ein gutes Leben führen könnten. Eine besondere Herausforderung ist dabei, wie gesagt, dass radikale Vorschläge abschrecken können – und „große“ Reformvorschläge nicht sehr glaubwürdig erscheinen. Zum einen, weil die Parteien und Politiker:innen es nicht sind, zum anderen, weil gerade in der eigenen betrieblichen Welt erlebt wird, wie schwer selbst kleine Errungenschaften zu verteidigen sind.

WAS HEISST DAS FÜR UNS?

Die strategischen Schlussfolgerungen lassen sich hier lediglich unvollständig andeuten.

Erstens: Angesichts der Ungleichheiten innerhalb der Zweidrittelgesellschaft müsste linke Politik für die unteren 20-30 Prozent eine Art sozialen Fahrstuhl nach oben schaffen. Für die mittleren 30-40 Prozent ist dagegen eine Reformpolitik nötig, die einer sozialen Entspannungs- und Schutzpolitik gleichkäme. Beides setzt die Bekämpfung von prekären Arbeitsverhältnissen voraus – aber erschöpft sich darin nicht.

Zweitens: Um das zu leisten, muss ein gesellschaftliches Bündnis aus Teilen der Klassen geschaffen werden, die sicherlich auch gemeinsame Interessen und Anliegen haben, allerdings auch sehr unterschiedliche Probleme und Ängste.

Drittens: Wir brauchen überzeugende Antworten auf die Probleme innerhalb der großen Exportindustrien, die unter dem Stichwort soziale und ökologische Industriepolitik diskutiert werden können.

Viertens: Wir brauchen eine Politik der Hoffnung, weil sich viele Menschen nur wenig vorstellen können – dazu gehören in jedem Fall Initiativen wie „Wir fahren zusammen“, aber auch „linkes Regieren“. Gemeinwohldemokraten, Sozialliberale und Sozialkonservative werden sich eher durch greifbare Ziele, die auch umsetzbar erscheinen, überzeugen lassen. Dass aber gerade große Erwartungen durch Koalitionen mit den real existierenden SPD und Grünen kaum erfüllt werden können, gehört zur Wahrheit und zum Problem dazu.

Fünftens: Eine politische Erzählung der LINKEN muss sagen, was wir wie, mit wem und gegen wen durchsetzen wollen. Das ist unser „Plan to win“. Sie muss radikal genug sein, um das Unbehagen an der Ungleichheit und an der Politik aufzugreifen und Menschen, die wie „soziale Gemeinwohldemokraten“ denken anzusprechen, zu gewinnen und mit ihnen gemeinsam Politik zu machen. Sie muss aber auch pragmatisch genug sein, um die Brücken zu Sozialliberalen und Sozialkonservativen nicht abubrechen.

Thomas Goes ist Kreissprecher in Göttingen/Osterode. Er arbeitet am Sozialforschungsinstitut (SOFI Göttingen) und ist Autor u.a. von „Grüner Sozialismus? Über das politische Bewusstsein von Arbeiter:innen in Zeiten des Umbruchs“.

Antifa reloaded! – Was tun gegen das Erstarken der Rechten?

JULE NAGEL

Auf der Zukunftskonferenz diskutierten David Begrich (Experte für die extreme Rechte und Mitarbeiter des Miteinander e.V. Sachsen-Anhalt), Elif Eralp (Abgeordnete in Berlin) und Jule Nagel (Abgeordnete in Sachsen).

Es gibt deutliche Unterschiede im Umgang mit dem Erstarken der Rechten in Ost und West. Wir brauchen mehr Räume, um diese Unterschiede zu überwinden, und die Kontexte, in denen Faschismus und Reaktion derzeit im Aufwind sind, erst einmal zu verstehen – erst darauf können gemeinsame Strategien aufgebaut werden.

Auch wenn die Zustimmungswerte für die faschistische AfD in den West-Bundesländern steigen, zeigen sowohl Wahlumfragen als auch Einstellungsstudien, dass die Zustimmung zu Ideologien der Ungleichwertigkeit und zu autoritären Konzepten im Osten ungleich höher sind. Es ist die AfD, die es derzeit schafft, der extremen Rechten massenwirksame Repräsentation, Organisationsstrukturen und inhaltlichen Ausdruck zu verschaffen. Sie ist längst keine Eintagsfliege mehr, sondern bundesweit etabliert. Im Landkreis Sonneberg (Thüringen) konnte sich zum ersten Mal ein AfD-Politiker als Landrat und im Städtchen Raguhn-Jessnitz (Sachsen-Anhalt) als Bürgermeister

durchsetzen. In den drei ostdeutschen Bundesländern, in denen Landtagswahlen anstehen – Brandenburg, Sachsen und Thüringen – wird die AfD in diversen Wahlumfragen als stärkste Partei gesehen.

Bei diesen Wahlen wird es ganz zuvorderst um die Verteidigung der Demokratie gehen müssen, so der Tenor des Inputs von David Begrich. Dafür ist es wichtig zu analysieren, wie die Strategie der AfD funktioniert. Die Mobilisierung von Demokratieskepsis und Veränderungsangst und -ablehnung hilft ihr, weite Teile der ostdeutschen Gesellschaft hinter sich zu versammeln. Dabei greift sie auf das Narrativ einer Normalität zurück, die es nie gab – ohne Migration, Klimawandel, globale Konflikte und Veränderungen der Erwerbsarbeits-sphäre. Sie spitzt die Widersprüche und ungelösten Versprechen der liberalen Demokratie zu, um gegen dieselbe mobil zu machen. Die etablierten Parteien stärken die AfD und damit die extreme Rechte, indem sie diese Widersprüche vernebeln und mehr noch, wenn sie die rechten Stichworte aufnehmen und politisch umsetzen. Am deutlichsten ist dies derzeit im Bereich der Migrations- und Klimapolitik zu beobachten.

Es reicht nicht, diese Gemengelage mit bloßen Slogans über eine standhafte Linke zu kontern. Es braucht eine



klare antifaschistische Haltung und Praxis, die deutlich aufzeigt, dass unsere Positionen unabhängig vom Ausmaß der Faschisierung der Mehrheitsgesellschaft nicht verhandelbar sind. Es braucht aber auch konkrete Strategien und glaubwürdige inhaltliche Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, inklusive Optionen auf tatsächlich umsetzbare Veränderungen.

Elif Eralp zeigte am Beispiel Berlin, wie wichtig es ist, unterschiedliche Strategien in verschiedenen Bezugsräumen anzuwenden: Außerparlamentarische Initiativen, beispielsweise migrantisierter Menschen, sind wichtige Partnerinnen im Kampf gegen den enthemmten Rassismus von AfD, CDU und Co., und können Druck gegen auch nur kleinste Anzeichen von Kooperation mit der AfD im parlamentarischen Raum machen. Aber DIE LINKE versucht auch jene Menschen zu erreichen, die anfällig für die Agitation der Faschisten sind, seien es am Existenzminimum lebende Erwerbslose oder prekär Beschäftigte.

Zuletzt etwa 40 Prozent der Arbeiter:innen wählten bei ostdeutschen Landtagswahlen die AfD. Der Grund dafür ist nicht, dass die LINKE die Arbeiter:innenklasse verraten hätte. Konkurrenz, Vereinzelung und Abstiegsängste als Folgen der Neoliberalisierung sowie Statusverlust auch im

Kontext der Umwälzung der Produktion sind entscheidende Gründe für die rechte Mobilisierbarkeit im Osten.

Hier wird es im nächsten Jahr darum gehen, die Faschisten aus Regierungen herauszuhalten. Gerade bei rechten Landesverbänden der CDU wie in Sachsen ist das Gerede von der „Brandmauer“ mehr als unglaublich, in Thüringen praktizieren sowohl CDU als auch FDP anlassbezogene Kooperationen mit der AfD, die sich vor allem gegen die linksgeführte Landesregierung richten. Die gesellschaftliche Stimmung wird derzeit in der gesamten Bundesrepublik durch rassistische Diskurse angeheizt, wobei die AfD sich fast zurücklehnen kann, während sich die Parteien der vermeintlichen Mitte in Vorschlägen zur Aushebelung von menschenrechtlichen Garantien überbieten. Im Endeffekt aber erntet sie die Früchte dieser rechten Landnahme.

Dass es im Osten vor allem in den Räumen außerhalb der Großstädte um die Weiterexistenz demokratischer und solidarischer Strukturen geht, dass es Antworten auf Konstellationen, in denen die AfD auch elektoral als stärkste parlamentarische Kraft hervorgeht, braucht – dieses Verständnis muss auch in der gesamten LINKEN wachsen.

So entspinnen sich hier und da schon kleine Gespräche über gemeinsame Interventionen zu den kommenden Landtagswahlen. Eine wahrnehmbare antifaschistische Flanke gehört zu dieser Oststrategie: Wir sind das Bollwerk gegen rechts und die solidarische Stütze für die Einzelkämpfer:innen und oft marginalisierten Strukturen vor Ort! Das müssen wir deutlicher kommunizieren und dieses Versprechen auch wirklich einlösen.

Ansonsten braucht es hier wie da starke und langfristig angelegte Basisarbeit. Gut gemeinte Aufklärung, wofür die AfD „wirklich steht“, dürfte kaum fruchtbar sein, wird sie doch vielerorts genau dafür gewählt. Wichtiger sind Erfahrungen konkreter Solidarität zum Beispiel im Kontext von Arbeitskämpfen oder in der Unterstützung von Deklassierten in prekären Wohnvierteln. Stellvertretend hierfür stehen die Kampagne „Wir fahren zusammen“ ebenso wie gemeinsame Kämpfe von migrantisierten und „biodeutschen“ Arbeiter:innen. Sie markieren konkrete Beispiele dafür, dass Geflüchtete schnell Teil der hiesigen Gesellschaft werden können und es gemeinsame Interessen im Kampf für gute Infrastruktur, bezahlbare Mieten und gut entlohnte Jobs gibt.

Statt Ökologie und soziale Gerechtigkeit gegeneinander auszuspielen, gilt es linke, antikapitalistische Ideen für eine sozial-ökologische Wende in Produktion, Verkehr und Energieerzeugung zu forcieren und deren Praxistauglichkeit zu beweisen, auch im Kleinen. Hier sind wir vor allem in ehemaligen Braunkohleregionen gefragt, wo die AfD im Osten Wahlerfolge mit dem Wegfall von Einkommensquellen aber auch Statusverlust von Kohlearbeiter:innen und ganzer Regionen generieren kann. Auf der anderen Seite entstehen beispielsweise in der Lausitz neue Wirtschaftsakteure, die sich in regenerativer Baustoffforschung und in Sachen Kreislaufwirtschaft erproben. Es ist an uns, selbstbewusst klarzustellen, dass es so wie es nie war, nie werden kann, besser aber in jedem Fall.

Jule Nagel ist Mitglied des sächsischen Landtags und Stadträtin in Leipzig, wo sie zusammen mit anderen das offene Büro LinXXnet betreibt.







Nichtwähler:innen – die große Unbekannte?

TUPAC ORELLANA

Bei den Sendungen an Wahlabenden fehlt bei den Hochrechnungen auf den Bildschirmen immer einer der größte Balken: die Nichtwähler:innen. Zuletzt gingen in Hessen 36 Prozent, in Bayern 27 Prozent der Wahlberechtigten gar nicht erst an die Wahlurne und überließen den Wahlausgang anderen. Bei Einbezug derjenigen, die der Wahl fernblieben, bleiben von den vielbeachteten 18,4 Prozent Zweitstimmen für die AfD „nur“ noch etwa 12 Prozent übrig. Dementsprechend entschieden sich von allen Wahlberechtigten in Hessen nur etwa 2 Prozent für DIE LINKE. An keine andere Partei oder Gruppe verlor DIE LINKE dabei so stark an Zweitstimmen wie an die Nichtwähler:innen. 28.000 Menschen, die vor 5 Jahren noch DIE LINKE in Hessen wählten, blieben 2023 zu Hause. Diese Zahl ist vor dem Hintergrund, dass DIE LINKE insgesamt etwa 87.000 Stimmen holte, beachtlich und bedarf einer näheren Betrachtung.

Immer wieder, besonders aber seitdem die Wahlergebnisse nach unten gehen, wird heraufbeschworen, dass es eine „Nichtwählerstrategie“ brauche, um DIE LINKE aus der Krise zu holen. Der Block der Nichtwählenden wird oftmals als großer Pool an potenziellen Wähler:innen betrachtet, der einfach nur durch die richtige Ansprache abgeschöpft werden könne. Doch die Realität ist komplizierter. Eine der Herausforderungen bei der Analyse der Nichtwähler:innen ist, dass es keine einheitliche Erklärung für ihre Entscheidung gibt. Einige Nichtwähler:innen fühlen sich von der politischen Landschaft entfremdet und glauben, dass ihre Stimme keinen wirklichen Einfluss haben würde.

Andere wiederum sehen keinen signifikanten Unterschied zwischen den politischen Parteien oder sind generell unzufrieden mit dem Angebot. Ein verbreitetes Argument unter Nichtwähler:innen ist, dass Politik zu weit von ihrem täglichen Leben entfernt ist. Ein wichtiger Unterschied kann auch in der Erfassung derer liegen, die aus Enttäuschung, Frust oder Ärger nicht MEHR wählen gehen und derjenigen, die NOCH NIE gewählt haben. Bei Letzteren spielt das Phänomen der politischen Apathie eine Rolle. Einige Nichtwähler:innen empfinden Politik als kompliziert, undurchsichtig und fern von ihren eigenen Interessen. Die Kommunikation von politischen Inhalten erreicht diese Gruppe oft nicht oder kann sie nicht überzeugen, dass ihre Teilnahme einen relevanten Unterschied machen würde. Auch wenn in der Frage der Nichtwählenden viel im Dunkeln getappt wird, ist deutlich zu erkennen, dass diese Gruppe zu relevanten Teilen aus jungen Menschen, Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status und Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen besteht.

Einen Versuch, eine aktuelle Analyse zur Mobilisierungsfähigkeit von Nichtwähler:innen vorzulegen, unternahm der Soziologie Carsten Braband. In seinem Artikel „Wo liegt das Potenzial einer Wagenknecht-Partei?“ im Magazin Jacobin und auf der Zukunftskonferenz der Bewegungslinken wies er darauf hin, dass eine Wagenknecht-Partei unter Nichtwähler:innen auf überdurchschnittlichen Zuspruch stoßen könnte. Er vermutet, dass unter den Nichtwähler:innen ein erheblicher Anteil von Menschen zu finden ist, die sich in einem Sammelbegriff des „Linkskonservatismus“ ein-

ordnen können und durch eine neue politische Formation mobilisierbar wären. Weil sie politisch unzufrieden sind und sich in den bestehenden politischen Parteien nicht ausreichend repräsentiert sehen. Sie könnten durch eine Partei angezogen werden, die sowohl ökonomisch linke als auch kulturell konservative Standpunkte vertritt oder vorgibt, diese zu vertreten.

Aufgrund der Heterogenität und Fluidität der Nichtwähler:innen wäre eine gezielte Mobilisierungspraxis für die Gesamtheit dieser Gruppe jedoch schwierig und eine fokussierte politische Praxis für gesellschaftliche Schichten, die nicht in erster Linie ihr Wahlverhalten im Blick hat, könnte mehr Erfolg haben.

Womöglich lohnt sich ein Blick nach Belgien. Dort schert die Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/Parti du travail de Belgique) aus dem Trend der strauchelnden europäischen Linksparteien aus und verzeichnet eine starke Mitgliederentwicklung sowie gute Umfrage- und Wahlergebnisse. Laut einer Umfrage im Oktober 2023 würde die PdA 21 der 150 Sitze im belgischen Abgeordnetenhaus erobern und sich hinter den Sozialdemokraten den zweiten Platz mit den Liberalen und den Rechtspopulisten teilen. Im Unterschied zu Deutschland hat Belgien eine allgemeine Wahlpflicht, was zu hoher Wahlbeteiligung (2019: 90,01 Prozent), aber auch zu einer hohen Anzahl ungültiger Stimmen (2019: 6,07 Prozent vgl. Bundestagswahl 2021: 0,9 Prozent) führt.

Was macht die „Partei der Arbeit“ also richtig? Alice Bernard, Mitglied des Parteivorstands der PdA und Abgeordnete im Wallonischen Parlament, erklärt es mit der hohen Anbindung der Arbeiter:innenschaft. Was erstmal nach einer Floskel klingt, wird durch die belgische Linkspartei mit konkreten Maßnahmen unterlegt. Zum einen macht die PdA regelmäßig Befragungen. Sowohl online als auch analog fühlen ihre Orts- und Bundesstrukturen systematisch ihrer Wähler:innenschaft auf den Zahn, um auf aktuelle Probleme aufmerksam zu werden und die eigene Programmatik auf Relevanz und Aktualität zu überprüfen. Die Befragungen dienen nicht nur der Beschaffung von Informationen und Daten, sondern auch einer konstanten Präsenz der Partei in den Nachbarschaften der Ortsverbände.

Weiterhin legt die PdA großen Wert darauf, dass ihre angesprochene Wähler:innenschaft sich auch in der parlamentarischen Vertretung abbildet. So gelten für ihre Wahllisten Quoten für Arbeiter:innen. Um der Gefahr der Blasenbildung und politischen Entkopplung entgegenzutreten, behalten die Parlamentsmitglieder der PdA von ihren Diäten zudem nur einen Anteil, der sich an den Einkommens von Arbeiter:innenhaushalten orientiert. Zum einen soll dadurch sichergestellt werden, dass die Abgeordneten

der PdA die Lebensrealitäten in Belgien nicht nur aus Erzählungen von Dritten kennen, zum anderen begrenzen sie, dass Karrierist:innen und Glücksritter in die Mandate der PdA drängen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Interessen und Motivation von Nichtwähler:innen vielfältig und wandlungsfähig sind. Eine zielgerichtete Erfassung der Interessen dieser im Grunde nur statistischen Erfassung dürfte fast unmöglich sein. Was jedoch nicht unmöglich ist, ist eine klassenorientierte Politik, die authentisch die Interessen derer vertritt, die sich auch zu relevanten Teilen im Lager der Nichtwähler:innen wiederfinden.

Tupac Orellana ist Mitglied des Parteivorstands und Co-Vorsitzender der Stadtfraktion in Mainz. Er arbeitet als ver.di-Gewerkschaftssekretär im Bereich Sozial- und Erziehungsdienste.

„Wir wollen, dass die Arbeiter:innenklasse eine führende Rolle in der Partei einnimmt“

INTERVIEW MIT ALICE BERNARD

- Lange galt DIE LINKE europaweit als Vorbild für andere
- Linksparteien, nun ist es umgekehrt und in der Krise
- verweisen viele gerne auf andere Leuchttürme am Himmel,
- allen voran die österreichische KPÖ oder die PTB (Partei
- der Arbeit) in Belgien. Doch was steckt eigentlich genau
- hinter dem Erfolg der PTB? Darüber sprachen wir mit
- Alice Bernard, Mitglied im Vorstand und Abgeordnete im
- Wallonischen Landtag.

Ein Beispiel: Wir haben immer gesagt, dass wir die Kapitalisten enteignen müssen. Ab sofort haben wir es anders ausgedrückt, nämlich dass die Arbeiter:innenklasse den Reichtum produziert, der ihr dann weggenommen wird und dass wir diese Enteignung stoppen müssen. Unsere Entwicklung war dann wieder erfolgreich, weil wir alles von den Interessen und Sorgen der Arbeiter:innen ausgehend gedacht haben. Statt eine Kampagne gegen eine industrielle Müllverbrennungsanlage zu führen, haben wir die hohen Kosten der Müllbeseitigung thematisiert. Das war für die Leute wichtiger.

DIE PTB BEFAND SICH ANFANG DER 2000ER IN EINER KRISE. WAS WAREN DIE GRÜNDE UND WIE KONNTE DIE KRISE ÜBERWUNDEN WERDEN?

Wir hatten damals eine falsche Analyse der Weltsituation und der Klassenwidersprüche. Vereinfacht gesagt: Wegen des Kriegs im Irak sind wir davon ausgegangen, dass alle Kräfte gegen den US-Imperialismus sich vereinigen und unsere Hauptzielgruppen Jugendliche mit Migrationshintergrund in Europa sein müssten. Wir sind also Wahlallianzen mit arabischen Vereinigungen eingegangen. Die Folge war 1999 das schlechteste Wahlergebnis unserer Geschichte, Arbeiter:innen haben uns schlicht nicht mehr gewählt und noch schlimmer, sie haben vor allem die Nationalisten und die Faschisten gewählt.

Wir haben daraus zwei Schlussfolgerungen gezogen. Erstens, dass unsere Analyse falsch war und der Hauptwiderspruch nach wie vor der von Kapital und Arbeit ist. Und dass wir zweitens unser Programm besser oder anders kommunizieren müssen.

WELCHER SOZIALER HERKUNFT SIND DIE MITGLIEDER DER PTB UND WELCHE ROLLE SPIELEN ARBEITER:INNEN IN DER AKTIVEN MITGLIEDSCHAFT?

Die Mehrheit unserer Mitglieder sind Arbeiter:innen, wo für uns aber zum Beispiel auch Lehrer:innen und Krankenpfleger:innen dazu gehören. Auch die Aktiven sind es mehrheitlich, da aber schon deutlich weniger stark aus dem produktiven Gewerbe. In der Parteiführung ist das Verhältnis jedoch noch nicht so, dort sitzen mehr Intellektuelle, also Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen. Das versuchen wir seit 10 Jahren zu ändern, weil wir wollen, dass die Arbeiter:innenklasse eine führende Rolle einnimmt. Wir hatten dazu eine Debatte im Vorstand, die nicht leicht war, nachdem vier Vorstandsmitglieder – die Arbeiter:innen – einen entsprechenden Text geschrieben haben. Darin haben sie aus ihrer Sicht geschildert, warum sie sich unwohl fühlen und welche Mechanismen es sind, die dazu führen.

In der Folge wurden auf Basis dieses Textes konkrete Maßnahmen beschlossen. Erstens eine Quote von 20 Prozent Arbeiter:innen für die Leitungsgremien. Zweitens eine Kaderschulung nur für Arbeiter:innen, die hohe Priorität für unser Bildungsteam hat. Drittens haben wir ganz bewusst Arbeiter:innen für die Parlamente kandidieren lassen. Diese drei Maßnahmen zusammen führen zu mehr Einfluss von Arbeiter:innen auf die Führung der Partei.

WIE MACHT IHR KLASSENPOLITIK GEGEN DIE RECHTE? UND WIE GEHT IHR MIT RASSISMUS IN DER ARBEITER:INNENKLASSE UM?

Unsere Grundannahme ist, dass nur Klassenkämpfe die Welt verändern und Arbeiter:innen aus eigenem Interesse führend dabei sein müssen. Davon ausgehend unterstützen wir Gewerkschaften – alle unsere Mitglieder sind auch Gewerkschaftsmitglieder und viele spielen dort eine wichtige Rolle. Wir unterstützen die Tarifrunden und Streiks, Arbeiter:innen nehmen uns als Partei an ihrer Seite wahr. Und wir versuchen, dabei die echten Verantwortlichen für Missstände anzuklagen: die Reichen, die Geschäftsführer:innen, die CEOs. Dass nicht Arbeiter:innen mit anderer Herkunft die Schuld daran haben. Wir versuchen auch eine politische Gesellschaftsalternative, die auf Gleichheit, Respekt und Solidarität beruht, anzubieten: den Sozialismus.

Ein Weg, um dazu noch Solidarität zu entwickeln sind außerdem positive Vorbilder, die wir sichtbar machen müssen. Vor etwa 2-3 Jahren hatten wir einen großen Streik am Flughafen Brüssel, wo ein Hauptgewerkschafter marokkanischer Herkunft war. Wir haben ihn in unseren Publikationen vorgestellt und zu Wort kommen lassen. Nicht zuletzt unterstützen wir Initiativen der Flüchtlingshilfe und machen Veranstaltungen mit Menschen, die in diesem Bereich angestellt sind. Das ist nicht immer einfach und konfliktfrei. Aber es ist deutlich besser als abstrakt darüber zu streiten.

WELCHE ROLLE SPIELT DIE KLIMAKRISE IN DER POLITIK DER PTB?

Vor etwa 15 Jahren haben wir angefangen, uns inhaltlich damit auseinanderzusetzen und uns weiterzubilden. Wir haben dann ein Programm entwickelt, einerseits gegen die sogenannten Klima-Elitisten, zum Beispiel die Grünen, die die Kosten für Klimaschutz auf die Arbeiter:innenklasse abwälzen wollen. Andererseits aber auch gegen sogenannte Klimaskeptiker wie die Faschisten, die behaupten, das sei alles kein Problem, sondern nur ein Komplott gegen Arbeiter:innen. Für unsere eigene Linie haben wir Vorschläge für positive Maßnahmen entwickelt: mehr öffentlicher Verkehr, mehr öffentliche industrielle Initiativen für erneuerbare Energien usw. Klimaschutz ist zu wichtig, um es dem Markt zu überlassen, also braucht

es staatliche Eingriffe. Zusammen mit dem Jugendverband nehmen wir an allen Klimaprotesten teil. Phänomene wie die „Klimakleber“ bei euch gibt es bei uns nicht und fänden wir auch falsch, weil es negative Auswirkungen auf die Arbeiter:innen hat.

GIBT ES RELEVANTE MINDERHEITENPOSITIONEN IN DER PTB ZUM KURS DER PARTEIFÜHRUNG?

Unser Prinzip ist der demokratische Zentralismus. Jeder kann seine Meinung mitteilen und verteidigen, aber wenn wir zu einem Ergebnis kommen, dann wird das von allen Mitgliedern nach außen vertreten. Es gibt also keine verschiedenen Positionen, die aus der Führung heraus nach außen vertreten werden. Das macht uns stark. Wenn sich damit jemand wirklich nicht mehr arrangieren kann, tritt er womöglich aus – aber das passiert ehrlich gesagt nicht oft, eben weil wir uns vorher viel Zeit für innerparteiliche Debatte genommen haben.



Plan to win.

DIE LINKE zu einem Zuhause der Vielen machen.

INVA HALILI

Wir können kämpfen und wir können gewinnen. Wir können die Zukunft der LINKEN noch bestimmen. Voraussetzung dafür ist die kollektive Umsetzung eines gemeinsamen Plans, der ein politischer Kompass ist und an den sich alle wichtigen Akteure der Partei halten. Dabei werden drei Faktoren entscheidend sein: ein echter Erneuerungsprozess als Interaktion mit wichtigen gesellschaftlichen Playern, der systematische Aufbau als Mitgliederpartei und die Kampagnisierung der Wendepunkte als Kampffelder für ein gutes Leben. 2025 wird die Partei dann eine andere sein.

RAUS AUS DER BLASE: ERNEUERUNG BEGINNT DRAUSSEN

Da draußen gibt es Hunderttausende Menschen, die ein ehrliches Interesse an einer Partei links von SPD und Grüne haben und denen nicht egal ist und auch nicht egal sein kann, ob es 2025 noch eine linke Partei im Bundestag gibt. Sie haben aber aus unterschiedlichen Gründen bisher kein aktives Verhältnis zur LINKEN. Mit den bestehenden Strukturen allein werden wir den Aufbruch, den wir dringend brauchen, nicht schaffen. Wir brauchen eine Interaktion mit Kräften von außen, einen Beteiligungsprozess aus der Gesellschaft, der uns Kraft und den Menschen Hoffnung gibt. DIE LINKE muss in den nächsten Monaten ein „place to be“ werden, für Menschen, die eine gesellschaftliche Funktion haben. Wir brauchen sie und sie brauchen uns.

Konkret bedeutet das in den Kreis- und Stadtverbänden - falls noch nicht geschehen - ein Mapping mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren vor Ort zu machen, die wir ansprechen, um sie in die Partei einzuladen. Wir sollten mit ihnen gemeinsame Projekte planen oder gesellschaftliche Konflikte führen, auch ohne dass sie sofort Mitglied werden. Darüber hinaus brauchen wir neue authentische Gesichter für unsere Wahllisten: Pfleger, Erzieherinnen, Lehrerinnen, Köche etc. Ohne eine systematische Öffnung in die Gesellschaft, ohne eine Verständigung mit den gesellschaftlichen Akteuren darüber, wie kommende Auseinandersetzungen zu bewältigen sind, werden wir nicht erfolgreich sein.

Unsere Partei muss sich nicht nur programmatisch updaten, sie muss sich personell verändern und wachsen. Wir müssen deutlich und einheitlich unsere Visionen einer sozialistischen Gesellschaft und unseren wie Weg dahin beschreiben. Warum der Mensch im Mittelpunkt unserer Politik steht und nicht der Profit.

Es geht darum, breite Teile der Gesellschaft dafür zu gewinnen, mit uns für Vergesellschaftung, Umverteilung, eine transformatorische und ökologische Klassenpolitik und umfassende Rechte für alle Menschen zu kämpfen. Im besten Fall dienen diese Menschen in ihrem Aktionsradius als Multiplikator:innen einer linken Politik. Nur so haben wir eine Chance, gesellschaftlich zu wachsen.



STRATEGISCHE MITGLIEDERENTWICKLUNG AKA MITGLIEDERPARTEI

Wir brauchen einen Mitgliederentwicklungsplan, der nachhaltig, beteiligungsorientiert und überall – sowohl in der Fläche als auch in großen Städten – umsetzbar ist. Mitglieder zu gewinnen ist keine Utopie, sondern eine Frage der Haltung und Methode. Mitglieder zu halten und zu aktivieren ebenso. Es muss der Kern unserer Kommunikation und Ansprache sein und Teil unserer DNA werden. Stärker als jetzt und vor allem selbstbewusster als wir es oft am Infostand sind. Unsere Mitglieder sind unsere wichtigste Ressource. Was sie machen, ob sie bleiben, wie aktiv, zufrieden und motiviert sie sind, das hängt auch von uns ab.

Wir können die Streiks für besseren Nahverkehr im Rahmen der Kampagne #wirfahrenzusammen und die Europa- und Kommunalwahlen als zwei Ereignisse nutzen, um unsere Mitgliederarbeit in den nächsten 12 Monaten in den Kreisverbänden zu intensivieren. In zwei Etappen überlegen wir in unseren Kreisverbänden, welche Ziele wir uns bei der Mitgliedergewinnung stecken wollen: Können wir in größeren Kreisverbänden im Rahmen des TVN-Streiks 1000 qualitative Gespräche führen und 25 Neumitglieder gewinnen? Wir haben über 300 Kreisverbände. Wenn 50 Kreisverbände das ernstnehmen und schaffen, wären das 1250 neue Mitglieder. 2500 Neue sind es, wenn 100 Kreisverbände mitmachen. Während der Europa- und Kommunalwahlkämpfe werden wir selbstverständlich auch

an Türen klopfen und Gespräche führen. Wenn wir bei jedem 20. Gespräch einen Kollegen im Betrieb oder eine Nachbarin an der Haustür gewinnen, gewinnen wir mit 500 Gesprächen im Kreisverband schon 25 neue Mitglieder im Wahlkampf. Wenn das 150 Kreisverbände machen, können wir darüber 3750 neue Mitstreiter:innen gewinnen.

Die Zahlen können und müssen natürlich auf die Kreisverbände individuell angepasst werden. Wichtig ist, dass wir begreifen, dass Mitgliedergewinnung machbar ist. Dafür haben wir die Mapping-Liste gemacht, die euch diese Arbeit erleichtert und die ihr gern in eurer Planung nutzen könnt.

Damit DIE LINKE wieder in den Bundestag einziehen kann, braucht sie neue und vor allem aktive Mitglieder. Nicht als Selbstzweck, sondern als logische Bedingung, um Kampagnen und Wahlkämpfe auf viele Schultern zu verteilen. Das braucht Beteiligungsorte, und zwar auf Bundes- wie auf lokaler Ebene. Wie kann eine ehrenamtliche Struktur aussehen, in der möglichst viele Mitglieder an der Ausrichtung und Gestaltung der Bundestagswahlkampagne beteiligt werden? Man stelle sich vor, im Karl-Liebknecht-Haus gäbe es Teams, wo Mitglieder unkompliziert mitmachen können: Team Social Media, Team Phone Banking, Team Demovorbereitung, Team Kampagnenarbeit, Team Haustürgespräche etc. Wir brauchen eine Arbeitsstruktur, in der Hauptamtliche durch aktive Mitglieder in der Umsetzung ihrer Arbeit unterstützt werden und in der Wahlkampf und Parteaufbau Hand in Hand gehen. Auf lokaler Ebene bieten

sich die in verschiedenen Städten bereits bestehenden Aktiventreffen an, wo Mitglieder eine Schlüsselrolle in der Organisation und Umsetzung von Kampagnen, Haustürgesprächen oder Wahlkämpfen spielen können. Dort wo nichts ist, weil Parteistrukturen eingeschlafen sind, sind Kreisvorstände angehalten, eine aktive Einladungspolitik zu betreiben und zwar mit allen Mitteln: Email, persönlicher Brief, SMS, Anruf, Hausbesuch. Jedes einzelne Mitglied sollte kontaktiert werden. Wir müssen den Wahlkampf und/oder laufende Kampagnen nutzen, um unsere Mitgliederstrukturen zu aktivieren und zu vergrößern.

WENDEPUNKTE ALS IDEOLOGISCHE KERNPUNKTE

Wir werden die Partei nicht durch Programmdebatten in die Offensive bringen, brauchen aber eine programmatische Rahmung unserer Aktivitäten. Notwendig ist zugleich, sich angesichts unseres programmatischen Blumenstraußes auf zwei bis maximal drei Themen zu fokussieren, die gesellschaftliche Sprengkraft haben und mit denen Gremien, Gliederungen und Mitglieder der Partei wirksam handeln können. Der Ko-Kreis der Bewegungslinken spricht von sogenannten Wendepunkten und hat dazu mehrere Diskussionsbeiträge veröffentlicht. Die Bereitschaft zur thematischen Fokussierung ermöglicht auch die bewusste Entscheidung zur Kampagnenführung. Einer guten Kampagne liegt ein verständlicher und plausibler Plan zugrunde, der ein realistisches Ziel definiert, das zur Beteiligung motiviert. Dadurch erhält die eigene politische Arbeit in der Partei einen unmittelbaren gesellschaftspolitischen Mehrwert.

Wenn die LINKE den Umfragen zufolge nach wie vor das größte Vertrauen in ihrer sozialpolitischen Arbeit genießt, bietet sich eine populäre und realistische Kampagne für „Umverteilung“ oder „Vergesellschaftung“ an. Es geht um „heiße Themen“, die unsere Zielgruppen alltäglich beschäftigen oder wütend machen. Themen, die gewinnbar und emotionalisierbar sind und sehr konkrete Ansatzpunkte haben. Themen, die legitime Erwartungen und Ansprüche auf ein glückliches und gesundes Leben formulieren. In einem Beteiligungsprozess sollten diese Wendepunkte identifiziert und ausgewählt werden.

Unsere Partei muss mit jeder Pore ausstrahlen, dass sie es ernst meint und mit und für die Leute, die aktuell noch nicht Mitglied sind, zu einem Zuhause der Hoffnung werden will. Unsere Partei braucht einen Bruch mit eingefahrenen Strukturen. Die Bereitschaft zur Erneuerung bedeutet auch, für neue Ansätze und Praktiken der Organisation und Beteiligung offen zu sein. Unsere Gegner sind sehr gut organisiert. Wir müssen das auch sein: mit neuen Mitstreiter:innen innerhalb und außerhalb der Partei, mit

neuen Gesichtern für unsere Wahllisten und mit gezielten Beteiligungsprozessen. Wir sagen so oft: Wir haben eine Welt zu gewinnen. Es wird uns gelingen, wenn wir alle dafür in der Partei Verantwortung übernehmen.

Inva Halili ist Mitglied im Ko-Kreis der Bewegungslinken. Sie ist Bildungsarbeiterin und im Vorstand der LINKEN Berlin-Mitte aktiv.

Der Streik ist zurück! Gewerkschaftlicher Aufbruch und die Rolle der LINKEN

FANNY ZEISE

Im Supertarifjahr 2023 haben beeindruckende Streiks unter anderem bei der Post, im öffentlichen Dienst und im öffentlichen Nahverkehr stattgefunden. Zu diesen Auseinandersetzungen, ihren Besonderheiten und was die Gewerkschaften daraus lernen können, hielten drei aktive Gewerkschafter:innen Inputs und berichteten zugleich, welche Rolle DIE LINKE in diesen Auseinandersetzungen gespielt hat. Sie legten damit einen Grundstein für die gemeinsame Debatte über eine neue Stufe linker Solidaritätsarbeit im Streik.

Isabell Senff, Betriebsrätin bei der Post, schilderte die erste große, offensive Auseinandersetzung des Jahres 2023. Die Höhe der Forderung von 15 Prozent habe nicht nur bei der Arbeitgeberseite für „Aufsehen“ gesorgt, sondern auch innerhalb der Schwestergewerkschaften. Anders als IG Metall und IG BCE stand ver.di den Ergebnissen der konzertierten Aktion der Bundesregierung kritisch gegenüber. Ver.di habe die nicht tabellenwirksame sowie steuer- und abgabefreie „Inflationsausgleichs Sonderzahlung“ als Forderung nicht aufgeworfen, weil sie den Fokus auf hohe Tabellenerhöhungen gelegt habe.

Tatsächlich sind die Tarifergebnisse bei der Post wie auch im öffentlichen Dienst deutlich höher als diejenigen, die die Industriegewerkschaften Ende 2022 abgeschlossen hatten. Dennoch wurde der Postabschluss von einer starken Minderheit als enttäuschend empfunden: So sprach sich mit 61,7 Prozent nur eine eher schmale Mehrheit der Befragten für das Verhandlungsergebnis aus.

Die Frage, wie sich DIE LINKE zu diesem Abschluss, aber auch zu anderen Entscheidungen der Gewerkschaften, die man kritisch sieht, positionieren sollte, wurde intensiv debattiert. So würden Pressemitteilungen von Politiker:innen, die Tarifergebnisse bewerten oder Gewerkschaften frontal kritisieren, als Einmischung und Besserwisserie empfunden. Andererseits seien kritische öffentliche Äußerungen, beispielsweise angesichts schwieriger Positionen der Gewerkschaften zum Krieg in der Ukraine, zu E-Mobilität und angesichts der weiterhin stark verankerten Praxis der Sozialpartnerschaft, wichtig. Grundsätzlich müsse es für aktive Gewerkschafter:innen und LINKE-Mitglieder eine Selbstverständlichkeit sein, sich einzumischen, Kritik zu üben, aber vor allem die Gewerkschaft in einem positiven Sinne zu treiben.

David Wetzel, Krankenpfleger an der Charité, legte in seinem Bericht den Fokus auf die konstruktive Erneuerung der Gewerkschaften und würdigte neue, erfolgreiche Formen der Beteiligung in der Tarifrunde im öffentlichen Dienst. So habe die neue Praxis der Arbeitsstreiks es den Aktiven im Betrieb ermöglicht, die Warnstreiks gemeinsam vorzubereiten und damit zu stärken. In Berlin suchten die Pflegekräfte dabei den engen Schulterschluss mit den Kolleg:innen der Berliner Stadtreinigung und konnten so eine besondere Streikdynamik erreichen. Möglich sei dies aber nur gewesen, weil in der vorangegangenen Tarifrunde für Entlastung im Krankenhaus viele Kolleg:innen der großen Kliniken Charité und Vivantes aktiv geworden waren. Über die Wahl von Delegierten in den Teams, die sowohl an der Forderungsaufstellung als auch an den Verhandlungen beteiligt waren, seien starke und selbstbewusste Gewerkschaftsstrukturen



entstanden, die maßgeblich die Tarifrunde prägten. Einige von ihnen seien mittlerweile in der LINKEN aktiv. Um die Profitlogik im Krankenhaus tariflich und politisch anzugreifen und dafür eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, seien Vernetzungstreffen linker Gesundheitsarbeiter:innen in der LINKEN notwendig.

Von dem historischen Bündnis von ver.di und der Klimabewegung zur Unterstützung der Tarifrunde im öffentlichen Nahverkehr berichtete Lucas Zahn, ver.di-Gewerkschaftssekretär in Halle und Leipzig. Aktive von Students for Future hätten in der Tarifrunde Nahverkehr 2020 und in den Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst gute Kontakte zu den Beschäftigten aufgebaut und auch die innerbetriebliche Mobilisierung unterstützt. Zudem seien auf Initiative der Klimaaktiven, von denen viele aus dem SDS kommen, Soliaktionen unter Einbezug der Bevölkerung entstanden. Trotz der Einschränkungen durch den Streik im öffentlichen Dienst war eine Fotoaktion mit dem Slogan „Ich bin nicht sauer, sondern solidarisch“ in Leipzig sehr erfolgreich. In dieser Stadt finde - wegen der vielen Studierenden in der LINKEN mit mehr zeitlichen Ressourcen - Solidaritätsarbeit auf einem hohen Niveau statt. Und auch durch die starke Stimme der LINKEN im Stadtrat ergäben sich immer wieder Möglichkeiten, Druck und Öffentlichkeit für streikende Beschäftigte zu organisieren.

So oder so: Es lohnt sich, länger an einer Auseinandersetzung oder an einem Betrieb dranzubleiben. Nur für ein Foto vorbeizukommen und dann wieder zu gehen, kommt weniger gut an als das ernsthafte Bemühen, Kontakte zu knüpfen und Wege der Unterstützung auszuloten.

Insbesondere Auseinandersetzungen um öffentliche Daseinsvorsorge wie in den Krankenhäusern oder im öffentlichen Nahverkehr eignen sich für längerfristige Kooperationen. Die LINKE kann diese Auseinandersetzungen politisieren und auf Forderungen hinsichtlich einer funktionierenden öffentlichen Infrastruktur und einer dafür notwendigen Umverteilungspolitik zuspitzen.

Hinsichtlich der politischen Einordnung von tariflichen Konflikten wurde auch die Forderung nach einer Verstaatlichung der Post gewürdigt, mit dem Ziel zuverlässiger und kostengünstiger Postdienstleistungen für die Bevölkerung sowie gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Wichtige Punkte, die durch das geplante Postgesetz der Bundesregierung gefährdet sind und den Widerstand der Kolleg:innen provozieren.

Aber bringen diese neue Formen der Solidaritätsarbeit wirklich die notwendige Verbindung zu den Gewerkschaft-



ten und der Arbeiter:innenklasse? Die Erfahrungen aus den Kreisverbänden klangen positiv. Viele erzählten von engeren Kontakten zu Beschäftigten, besserer Kenntnis gewerkschaftlicher Positionen bei Aktiven der LINKEN und vereinzelt Eintritten in die Partei. Soliarbeit sei allerdings kein Game-Changer, der die LINKE automatisch bei Arbeiter:innen attraktiv mache, sondern ein langfristiger Weg, um Schritt für Schritt Anerkennung in Belegschaften zu gewinnen. Zwei wichtige ehrenamtliche Gewerkschafterinnen aus der Krankenhausbewegung im Parteivorstand zeugten jedoch davon, dass die gezielte Solidaritätsarbeit und die Krankenhauskampagne der LINKEN eine Verankerung im Gesundheitsbereich nach sich zogen.

Nicht abschließend geklärt werden konnte die Strategie der LINKEN in Bezug auf die Industriegewerkschaften und die dortigen Beschäftigten, angesichts des deutlich geringeren Grads an Auseinandersetzungen in diesen Bereichen. In jedem Fall sei es eine Zukunftsaufgabe, sich mit dem Umbruch in der fossilen Industrie auseinanderzusetzen und dabei den Dialog mit den Belegschaften zu suchen und ihre Interessen ernstzunehmen.

Nur angerissen wurde die Frage, in welchen Strukturen die Gewerkschaftsarbeit der LINKEN diskutiert und vorangetrieben werden sollte und welche Orte der Vernetzung

hilfreich genutzt werden können. Neben den Strukturen der AG Betrieb & Gewerkschaft, dem Gewerkschaftsrat des Parteivorstands und der Verankerung von Gewerkschaftsarbeit im Kreisverband wurde auch die Einrichtung von Betriebsgruppen genannt.

Abschließend wurde an die selbstauferlegte Verpflichtung der Teilnehmer:innen der Zukunftskonferenz erinnert, etwa 27.000 Unterschriften für die Petition #wirfahrenzusammen im Rahmen der Tarifrunde im Nahverkehr zu sammeln. Sie fordert massive Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie bessere Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung für die dortigen Beschäftigten und soll die Tarifrunde in eine größere gesellschaftliche Auseinandersetzung überführen. Ein weites Feld also, um die neue Stufe der Solidaritätsarbeit der LINKEN auszutesten.

Fanny Zeise ist Referentin für Gewerkschaftliche Erneuerung bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und organisiert die Streikkonferenzen mit.

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es

KATHARINA DAHME & MORITZ WARNKE

- Schon 2022 war der Wunsch nach strukturellen
- Veränderungen groß, der Bundesparteitag beschloss
- daraufhin eine Strukturkommission, die verschiedene
- Vorschläge prüfen sollte. Passiert ist seitdem: zu wenig.

Wir sind nicht Mitglieder der Strukturkommission und kennen die dortigen Debatten und Ergebnisse nicht. Es gibt womöglich gute Gründe, dass bislang keine Vorschläge aus der Kommission in die Partei kommuniziert wurden oder gar zur Abstimmung stehen. Gleichwohl haben wir den Eindruck, dass nun Folgendes passiert: Auf der einen Seite kommen neue Mitglieder zu uns, teils mit langjährigem Bewegungsbackground und mit weitgehenden Vorstellungen, was anders sein müsste, damit DIE LINKE ein attraktiver Ort für sie wird oder bleibt. Auf der anderen Seite langjährige Aktive, die aufgrund ihrer Erfahrungen zu jedem Vorschlag mindestens einen Einwand kennen, warum das in der Umsetzung schwierig ist.

Wir sind überzeugt, dass es die Erfahrungen braucht, um praktikable Lösungen für das, was dringend strukturell angepackt werden muss, zu finden. Aber eben auch, dass es dringend dieser Veränderungen bedarf. Die aktuelle Krise der Partei ist auch Mahnung einer Parteiform, die bestimmten Grundsätzen einer sozialistischen Mitgliederpartei entgegensteht. Das muss anders werden. Sonst wird das, was sich für manche gerade wie die Chance eines Aufbruchs anfühlt, schnell einer großen Enttäuschung weichen. Viele Ideen kursieren auch schon länger, denn anders als die

etwas vereinfachte Gegenüberstellung weiter oben suggeriert, gibt es natürlich auch viele Mitglieder, die schon lange dabei sein und gerade deswegen überzeugt sind, dass es den Bruch mit eingespielten Mechanismen braucht.

MANDATE SIND KEINE PRIVATSACHE

Apropos. Eine der Vorstellungen, mit denen unbedingt aufgeräumt werden muss, ist die, dass Mandatsträger nur ihrem eigenen Gewissen verpflichtet sind. Das mag vorm Gesetz so sein, der Anspruch in einer sozialistischen Partei ist aber ein anderer. Linke Abgeordnete, die einen guten Job machen, reiben sich auf. Es geht nicht darum, ihnen das zu neiden oder anzunehmen, dass sie sich durch die Bundestagskuppel die Sonne auf Bauch scheinen lassen. Und trotzdem darf selbst bei bspw. 60-Stunden-Wochen nicht vergessen werden, dass es ein Privileg ist, hauptamtlich Politik machen und davon leben zu können. Das gilt natürlich ebenso für die europäische wie die Ebene der Landtage. Die übergroße Mehrheit der Mitglieder muss ihr Engagement zusätzlich zum Job unterbringen, eben ehrenamtlich. Entsprechend sollten Abgeordnete nicht wie Ich-AGs agieren, wo die Zeit und Ressourcen vor allem der Profilierung der eigenen Marke dienen, sondern als „kollektive Mandate“ für die Partei verstanden werden. Mandatsträger:innen sind demnach Dienstleister für DIE LINKE und den Parteaufbau. Es gibt sie, die ganz düsteren Beispiele, wo über Ressourcen, insbesondere Stellen, Abhängigkeiten sowohl einzelner Mitglieder, aber auch ganzer Kreisverbände geschaffen wurden. Das ist verlockend und

findet teilweise vielleicht sogar ohne Intention statt. Natürlich hat ein Kreisverband ein Interesse an einem Büro vor Ort und wird die Delegierten anhalten, die/den Abgeordnete/n bei der nächsten Listenaufstellung zu unterstützen. Und ja, auch die Abgeordneten selbst halten sich und ihren Politikansatz in der Regel für unersetzlich für die lokale Parteigliederung.

Es braucht sie also unbedingt, die Instrumente, die uns vor solchen Entwicklungen bewahren. Verschiedenes ist dazu in der Diskussion: die Mandatszeitbegrenzung nach zwei oder drei Legislaturen oder eine Erneuerungsquote, wonach ein Mindestanteil der Listenplätze an neue Kandidat:innen vergeben wird. Ebenso eine Begrenzung der Diäten, durch die ein relevanter Teil des Geldes in einen Sozialfonds fließen könnte, indem auch Nebeneinkünfte unserer Abgeordneten gesammelt würden. Auch die Herausforderung, mehr Arbeiter:innen in Mandate für DIE LINKE bringen, müssen wir diskutieren, wofür es mit der umstrittenen Quote ebenfalls eine Idee gibt. Am Ende ist das alles nicht nur über Regularien zu klären (aber auch nicht ohne!), sondern auch:

EINE FRAGE DER PARTEIKULTUR

Sie muss von unten gelebt und eingefordert werden. Darin liegt ihre Stärke und Schwäche zugleich. Sie ist das, was wir jenseits der Satzung aus unseren Zusammentreffen, aus unserer Zeit und unseren Verbindungen machen – letztlich wieviel „soziale Energie“ wir in unsere gemeinsame Praxis stecken. Wer neu dabei ist und gleich mit einem Lächeln und ernstem Interesse begrüßt wird, kommt vermutlich eher zu einem zweiten Treffen. Jenseits von Warmherzigkeit hat es natürlich auch ganz handfeste Dimensionen: Wer Vollzeit arbeitet und vielleicht noch Familie zu Hause hat, kann sich keine ausufernden Plena leisten, bei denen wenig rumkommt. Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Viele unserer Treffen, zu denen wir einladen, haben eine Anfangszeit, schweigen aber zum Endpunkt. Gute Faustregel: Ein Treffen soll nicht länger als 90min sein. Die Wertschätzung der gegenseitigen Zeit ist auch eine Frage von Parteikultur.

Parteikultur heißt auch, die Partei mit Kultur zu leben. Gemeinsame Koch- und Essenskultur (beispielsweise für den TOP 0 „gemeinsames Essen zum Ankommen“) kann Teil davon sein. Man merkt es einem Treffen stimmungsmäßig an, wenn jemand im Sommer für kalte Getränke sorgt. Es sind diese kleinen Dinge, die dazu führen, ob wir in Vorfreude sind oder dem Parteitermin angestrengt entgegensehen. Es geht also immer auch darum, was wir bestimmten Tendenzen des Politikbetriebs kollektiv entgegenzusetzen haben.

Eine Partei, in der man stolz ist, dabei zu sein, in der Partei als kulturelle Form der Organisierung bewusst gelebt wird, kann sich selbstverständlich auch kompliziertere Fragen für die Parteikultur vornehmen. Wenn es etwa heißt, eine Mandatszeitbegrenzung sei juristisch nicht regelbar, weil nach dem Gesetz jedes Parteimitglied das Recht habe zu kandidieren, dann wollen wir entgegen: Wenn wir uns als Partei darauf verabreden, dass es sich nicht gehört, nach drei Legislaturen noch einmal für das gleiche Mandat zu kandidieren, wenn nicht sehr wichtige und triftige Ausnahmegründe für alle offensichtlich sind, dann würde es entsprechend im Wahlverhalten berücksichtigt. Das Recht der „uneinsichtigen“ Parteimitglieder auf ihre Kandidatur würde gewahrt und fände dennoch an der gelebten, kollektiven Parteikultur eine Schranke.

Eine neue Parteikultur kann auch heißen, Angebote der solidarischen Alltagshilfe als systematischen Bestandteil der eigenen politischen Praxis zu begreifen. Dabei geht es um mehr als eine monatlich stattfindende Sozialrechtsberatung eines befreundeten Anwalts, sondern ein umfassenderes Netz an Beratungsangeboten, im Idealfall untersetzt mit einem Sozialfonds für soziale Notfälle. Manche Fälle lassen sich zusammen mit den Betroffenen auch durch Pressearbeit unserer Abgeordneten öffentlich thematisieren. Angesichts des aktuellen Zustands vieler Kreisverbände, nach Jahren lähmender (und zerstörender) Auseinandersetzungen mag eine solche Arbeit, bei der Zuverlässigkeit und Kontinuität wichtig sind, schwer vorstellbar sein. Aber lasst uns darüber nachdenken, was nötig wäre und wie wir da hinkommen können. DIE LINKE muss ihren Gebrauchswert unter Beweis stellen und vor Ort (wieder stärker) erlebbar und erfahrbar werden.

Katharina Dahme ist Mitglied im Ko-Kreis der Bewegungslinken und im Kreisverband Göttingen/Osterode aktiv. Nebenher ist sie ehrenamtliche Vorsitzende des Fußball-Regionalligisten SV Babelsberg 03.

Moritz Warnke ist Bezirksvorsitzender in Berlin Treptow-Köpenick. Er arbeitet im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Bruch mit den Geschlechterhierarchien

KATHI GEBEL

Auf einer Parteiveranstaltung im Jahr 2017 wurde ich von einem regional hochrangigen Genossen am Po begrapscht. Die einzige Reaktion, zu der ich mich durchringen konnte, war ein irritierter bis anklagender Blick. Diese Erfahrung war nicht erschütternd, sie war nicht prägend oder gar traumatisierend – weil sie Teil des Alltags von Millionen Frauen ist. Nie wäre mir in den Sinn gekommen, dass die Partei darauf irgendeinen Einfluss nehmen kann, oder sogar eine Pflicht dazu haben könnte. Inmitten von kapitalistischer Krise, Leben im Patriarchat und ausgespuckt aus einem kaputten Bildungssystem machte sich bei mir Resignation breit. Mehrere Betroffene von sexistischer Gewalt in unserer Partei waren da schon weiter und haben sich Gehör verschafft. Sie sind nicht resigniert und finden sich mit den geltenden Machtverhältnissen nicht einfach ab. Durch ihre Schilderungen wurde klar: Sexistische Gewalt findet auch in unseren Reihen statt.

Seitdem haben wir uns gemeinsam aufgemacht, über eine feministische Erneuerung hin zu einer feministischen Partei. Wir haben in fast allen Landesverbänden Vertrauensgruppen gegründet und ausgebildet, wir haben Bildungsveranstaltungen und Seminare abgehalten, uns mit Genoss:innen aus Europa und darüber hinaus vernetzt, und nicht zuletzt an einem Leitfaden gearbeitet, der unseren Umgang mit sexistischer Gewalt regeln soll. Dieser Leitfaden ist einerseits Reaktion auf den #Linkemetoo Komplex

und soll verhindern, dass wir erneut planlos und überfordert auf Fälle reagieren. Andererseits ist er aber auch der erste Schritt eines langwierigen Prozesses hin zu einer Partei, die sich stolz und authentisch feministisch nennen kann.

Beim Begriff sexistischer Gewalt denken dabei viele erstmal an sehr aggressives Verhalten, insbesondere an die Anwendung körperlicher Gewalt, um jemanden zu etwas zu zwingen. Es gibt daneben aber auch deutlich subtilere Handlungen, die viele Betroffene als alltäglich erleben, wie Abwertungen oder nicht ernst genommen zu werden. Diese auf den ersten Blick sehr unterschiedlichen Verhaltensweisen haben eine gemeinsame Motivation: Egal ob leise und subtil oder laut und aggressiv dienen sie dazu, Dominanz herzustellen oder eine schon bestehende Machtposition zu festigen. Somit ist Gewalt, die von Männern ausgeht mit Geschlechterrollen verknüpft, denn es ist nicht nur eine spezifisch-individuelle, sondern auch eine gesellschaftliche Machtposition, die zementiert werden soll. Deshalb richtet sich sexistische Gewalt nicht nur gegen Frauen, sondern auch gegen Menschen, die sich nicht einem der beiden gängigen Geschlechter zuordnen lassen wollen oder die sich den Geschlechterrollen zugewiesenen Verhaltensweisen widersetzen und damit gegen patriarchale Prinzipien verstoßen.



Für den Kapitalismus ist es ziemlich vorteilhaft, wenn wir Geschlechterrollen aufrechterhalten. Nicht nur, weil wir Arbeit in produktive und reproduktive Arbeit aufteilen, sondern auch, weil diese reproduktive Arbeit nicht wertgeschätzt wird und somit entweder gar nicht oder zu mickrig bezahlt wird. Für uns Sozialist:innen sollte der Bruch mit Geschlechterhierarchien also ein zentraler Bestandteil des antikapitalistischen Kampfes sein.

Nun gut, aber wie wollen wir das angehen? Auf dem Bundesparteitag 2022 haben wir uns dem Ansatz der kollektiven Verantwortungsübernahme verschrieben. Dieser Ansatz wurde geprägt von INCITE!, einem im Jahr 2000 gegründeten Netzwerk radikaler Feminist:innen of Color aus den USA. In der von der Partei dann einberufenen Feministischen Kommission kamen Feminist:innen aus allen Ecken der Partei zusammen: ob Ost oder West, jung oder alt, Funktionär:in oder Basismitglied oder auch aus unterschiedlichen feministischen Traditionen. Externe Expertise aus RLS, Linksjugend und SDS, sowie von Aktivist:innen und Berater:innen von verschiedenen Beratungsstellen oder anderen professionellen Kontexten hat uns maßgeblich dabei geholfen, das Konzept auf unsere Partei anzupassen.

Konkret setzen wir an vier Stellschrauben an: 1) Arbeit mit der betroffenen Person, um sie zu unterstützen und ihre Selbstbestimmung zu fördern; 2) Arbeit mit der gewaltausübenden Person, um bei ihrer Verantwortungsübernahme und eine Verhaltensänderung zu erwirken; 3) Arbeit mit der betroffenen Struktur, um dort eine Kultur zu etablieren, die Gewalt verhindert und 4) Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse (auch bekannt als „Smash the patriarchy!“ und „Smash Capitalism!“).

Kollektive Verantwortung heißt nicht, dass wir einmal ein tolles Dokument beschließen, sondern aktiven und dauerhaften Kulturwandel in unseren Strukturen. Nur so können wir nach außen authentisch eine Politik vertreten, die die gleichberechtigte Teilhabe von allen stärkt. Wir machen uns auf einen langsamen und schwierigen Weg, der es wert ist. Mit Fehlertoleranz, mit Geduld, aber auch mit Entschlossenheit werden wir es schaffen. Gehen wir's gemeinsam an!

Kathi Gebel ist Mitglied des Parteivorstands und vertritt dort insbesondere die Interessen der Linksjugend [solid]. Sie arbeitet außerdem in der Feministischen Kommission mit.



Sozialismus oder Kellyfan!

Warum Utopien einer gerechteren Welt unerlässlich sind

KERSTIN WOLTER

Für die meisten Menschen ist gerade nicht die Zeit für Utopien, weil es ihnen an den Kragen geht. Menschen, die jeden Tag hart arbeiten und trotzdem zu wenig auf dem Konto haben, haben angesichts von explodierenden Preisen gerade mehr zu verlieren als zu gewinnen. Wenn es dann in der Welt um einen herum immer düsterer wird, die Folgen von Kriegen und Klimawandel große Unsicherheiten mit sich bringen, dann scheint der Rückzug ins Private um einiges kuscheliger als der Schritt in eine unbekannte Zukunft. Ergo: Sozialistinnen und Sozialisten haben es nicht leicht in diesen Tagen mit Visionen von einer gerechteren

Gesellschaft zu punkten, um die man sich im Zweifel auch noch selbst bemühen muss.

Auf der anderen Seite gibt es gerade unter jungen Menschen zunehmende Zweifel an der Funktionsfähigkeit des Kapitalismus. Nicht zuletzt die, unschwer erkennbar, mit seiner Produktionsweise zusammenhängende Klimakatastrophe, hat bei der von der Klimabewegung geprägten Jugend den Blick für Alternativen geöffnet. „System Change, not Climate Change“ haben wir auf vielen Schildern der Schulstreiks von Fridays for Future gelesen.

Nun sind viele heutige Marxistinnen und Marxisten in diesem Land ganz ausgezeichnet darin, die Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, zu analysieren. Sie allerdings umzuwerfen, damit tun sie sich deutlich schwerer. Die Analyse sollten wir jedoch nicht verschmähen, denn in den Verhältnissen, wie wir sie vorfinden und erleben, steckt bereits der Ausgangspunkt für die Utopie einer besseren Welt. Indem wir die Ursachen für unsere oft schmerzhaften Unterdrückungs- und Erniedrigungserfahrungen erkennen, schaffen wir die Voraussetzungen dafür, Widerstand zu leisten und wir schaffen erst den Möglichkeitsraum, Alternativen zu den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen zu entwickeln.

Marxistische Feministinnen stellen die Forderungen nach der ganzen Bäckerei (statt des einzelnen Kuchenstücks) grundsätzlicher als Marxistinnen, da sie sich nicht nur die Bäckerei sichern wollen, und somit das Eigentum an den Produktionsmitteln, sondern die Bäcker:innen auch gleichzeitig zur gerechten Aufteilung der Sorgearbeit verpflichtet. Es geht darum, die Sphäre der Produktion nicht zu überhöhen und gleichzeitig die Sphäre der Reproduktion nicht zu vernachlässigen. Es ist die Voraussetzung für die Revolution aller Lebensbereiche und damit des Lebens selbst.

Wenn ich an Revolution und Utopie denke, dann denke ich als erstes an die Verteilung von Zeit. Eine neue, eine gerechtere Verteilung von Zeit hat einen entscheidenden Einfluss auf die Art wie wir arbeiten, wie wir unsere Familien organisieren, wie wir Beziehungen führen, wie wir unser Sozialsystem ausgestalten oder wie groß unser Ressourcenverbrauch ist. Marx schreibt in den Grundrissen zur Zeitfrage: „Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, [...] um zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller und geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparnis ab. Ökonomie der Zeit, darein löst sich schließlich alle Ökonomie auf.“

Eine der konkretesten Utopien um die Zeit ist die 4in1-Perspektive der Soziologin Frigga Haug. Sie schlägt ein Zeitmodell vor, nach dem wir unsere Zeit vierteln, damit gleich viel Zeit bleibt für Arbeit, Sorgearbeit, politische Einmischung und Muße bzw. Arbeit an uns selbst. Das Modell lässt sich nicht mit der Stechuhr in der Hand vorstellen, nach der man nach 4 Stunden das Kind fallen lässt, um zum Nachbarschaftsplenum zu rennen. Es dient viel mehr als Kompass, um uns überhaupt wieder vorstellen zu können, dass unsere Leben auch anders organisiert sein könnten. Und der Wunsch nach einer anderen Organisation unserer Leben ist enorm. Nach einer Studie der Hans-Bö-

ckler-Stiftung wünschen sich 81 Prozent der Vollzeitbeschäftigten eine 4-Tage-Woche. Als Hauptgrund wird dabei genannt, mehr Zeit für sich selbst und für die Familie haben zu wollen. Aber auch mehr Zeit für Hobbies, Sport und Ehrenamt spielt bei den Befragten eine große Rolle.

Die 40-Tage-Woche als Normalarbeitszeit ist heute nicht nur ökonomisch überholt, sie geht auch an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei. Viele Beschäftigte arbeiten bereits heute in Teilzeit – die allermeisten von ihnen sind Frauen – oder wünschen sich ein Leben, das sich nicht permanent um die Erwerbsarbeit dreht. Es ist kein Wunder, dass die 4-Tage-Woche aktuell wieder an diskursivem Aufwand gewinnt. In Podcasts, Zeitungen und den Mitgliederblättern von Gewerkschaften wird über die 4-Tage-Woche diskutiert. Ab 2024 wird in 50 Unternehmen in Deutschland die 4-Tage-Woche für ein halbes Jahr als Modell geprobt. Vor kurzem ist die IG Metall mit der 4-Tage-Woche in die Tarifverhandlungen für die nordwestdeutsche Eisen- und Stahlindustrie gegangen. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist längst in der Mitte der gesellschaftlichen Debatte angekommen und gleichzeitig traut sich keine Partei, sie prominent nach vorn zu stellen.

Die Forderung nach einer 4-Tage-Woche könnte DIE utopische Forderung der LINKEN sein. In Zeiten von zunehmenden Verteilungskämpfen geht es darum, Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen von der Arbeiter:innenklasse abzuwenden und sich gegen Angriffe von oben zu wehren. Jedoch: Ohne Utopie, und sei sie noch so abwegig, lässt sich keine Politik machen. Wir wissen, dass die Arbeitskämpfe hart sind, gleichzeitig könnten über die Forderung nach einer 4-Tage-Woche sowohl politische als auch gewerkschaftliche Kämpfe gleichzeitig entstehen. Die Einführung der 4-Tage-Woche könnte, verbunden mit der Wiederaneignung privatisierten Eigentums, der Einstieg in die Transformation in eine sozialistische Gesellschaft sein. Und wer möchte da nicht dabei sein?

Kerstin Wolter ist Bezirksvorsitzende in Friedrichshain-Kreuzberg und als Mitglied des Kollektivs MF3000 Co-Autorin von „Ändern wir die Welt, sie braucht es!“

Aus der Ohnmacht zu Hoffnung kommen:

Die Verantwortung der LINKEN und der Klimagerechtigkeitsbewegung

FELICITAS HEINISCH

Seit Herbst letzten Jahres habe ich die Kampagne #WirFahrenZusammen mit aufgebaut, in der sich ÖPNV-Beschäftigte und Klimaaktivist:innen verbünden, um gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen, eine sozial gerechte Verkehrswende und gegen das weitere Kaputtsparen des ÖPNV zu kämpfen. Die Arbeitsbedingungen im Nahverkehr sind desaströs und der Personalmangel so gravierend, dass für den Erhalt des ÖPNVs die letzten Jahre vor allem die Beschäftigten gezahlt haben. Mit ihrem Verzicht und

ihren Einbußen. Gleichzeitig zahlen wir alle den Nichtausbau von öffentlicher Infrastruktur durch Einbuße unserer Lebensqualität. Und da setzen wir an.

WORUM GEHT'S BEI #WIRFAHRENZUSAMMEN?

Wir sind angetreten, um Unterstützung für ökologische Anliegen zu erschließen, jenseits der Bereiche der Ge-



sellschaft, die bereits auf unserer Seite sind. Wir sind angetreten, um uns mit denjenigen zusammenzuschließen, die in von rechts erzeugten Narrativen Gegner statt Verbündete sind. Wir sind angetreten, um konkret zu entwickeln, wie das, was man ökologische Klassenpolitik nennt, in der Praxis aussehen kann. Wir begreifen dieses Projekt als Bestandteil eines umfassenden climate-labour-turns, einer Klimagerechtigkeitsbewegung, die auf die Arbeiter:innenklasse als entscheidendes Subjekt von Veränderung orientiert.

Beim Klimastreik im März 2023 haben wir geschafft, was vor wenigen Jahren noch unvorstellbar gewesen ist: ein gemeinsamer Streiktag. In über 30 Städten haben Klimaaktivist:innen Streikposten von ÖPNV-Beschäftigten besucht oder gemeinsame Streiks ausgerichtet. Das alles war kein Selbstläufer und es war mitnichten einfach, ganz im Gegenteil. In den allermeisten Fällen sind wir in den Betriebshöfen zunächst auf sehr viel Skepsis und Ablehnung gestoßen. Erste Herausforderung war, diese Skepsis zu durchbrechen und Vertrauen aufzubauen. Entscheidend dafür waren konkrete, ganz praktische Solidaritätserfahrungen, das Rausarbeiten der 90 Prozent Gemeinsamkeiten, die uns verbinden, statt der 10 Prozent, die uns trennen.

Ein Beispiel: In Köln wollten die Beschäftigten nach den Protesten von Lützerath nicht mehr mit der Klimagerechtigkeitsbewegung zusammenarbeiten. Gerade deshalb haben die Aktivist:innen angefangen, Gespräche in der Stadtgesellschaft zu führen und hunderte Unterschriften zu sammeln, um zu zeigen, dass die Zivilgesellschaft sich hinter die Forderungen der Beschäftigten stellt. Diese Unterschriften haben sie den Beschäftigten überreicht und damit bewirkt, dass sich in einer Abstimmung einstimmig dazu entschlossen wurde, wieder gemeinsam zu agieren. Im März 2023 sind dann 300 Beschäftigte der Kölner Verkehrsbetriebe beim Globalen Klimastreik ganz vorne – nicht in irgendeinem Block, sondern im Lützerath-Block – mitgelaufen.

Ich selbst war an dem Tag in Berlin mit Matze unterwegs, ein Busfahrer, den ich erst am Morgen des Klimastreiks kennengelernt hatte. Gemeinsam sind wir in der ersten Reihe mitgelaufen, 20.000 Menschen hinter uns und Matze meinte: „Ich war noch nie auf einem Klimastreik, aber ich bin total beeindruckt. Ich bin ehrlich stolz darauf, Teil dieser Bewegung zu sein und ich glaube, wir brauchen einander.“

In Leipzig ist die Zusammenarbeit mittlerweile so intensiv, dass Klimagerechtigkeitsbewegung und Betriebsgruppe alle zwei Wochen gemeinsam Plenum haben. In Göttingen, wo es zunächst noch keinen Kontakt gab, haben Aktivist:innen vier Monate nach Kontaktaufnahme eine Stadtversammlung organisiert, um in der Bevölkerung für Solidarität mit den Beschäftigten zu werben. In der Folge gab es im Betrieb eine Abstimmung, bei der sich die Mehrheit der Beschäftigten hinter die Zusammenarbeit gestellt hat. So wurde ausgehend von einem kleinen aktiven Kern von Kolleg:innen und Aktivist:innen im Betrieb eine Hegemonie für eine gerechte Klimapolitik aufgebaut. Und als die Mehrheit stand, meinte Dennis, ein Busfahrer aus Göttingen: „Sowas habe ich noch nie erlebt, ich hab noch nie so sehr das Gefühl gehabt, dass der Betrieb meine politische Sphäre sein kann und der Ausgangspunkt von dem, was ich politisch bewirken kann.“

Das sind nur ein paar der Geschichten, die wir bei #WirFahrenZusammen aktuell erleben: Kolleg:innen, die sich ohnmächtig fühlen, die uns skeptisch gegenüber sind oder sogar in Abwehrhaltung treten, die sich aber im Laufe der Zeit bewegen, Vertrauen zu uns aufbauen, sich öffnen und politisieren.

Natürlich geht es nach Jahrzehnten der Verschlechterung darum, ein politisches Umsteuern im Verkehrssektor zu bewirken. Natürlich geht es darum, materielle Verbesserungen durchzusetzen. Natürlich geht es für uns als Klimagerechtigkeitsbewegung darum, aus der Defensive heraus Machtressourcen aufzubauen. Aber viel mehr geht es doch darum, aus Ohnmacht Hoffnung zu machen, aus Resignation Wut, aus Vereinzelung Solidarität und Gemeinschaftsgefühl. Und das ist nicht nur unsere Aufgabe als Klimagerechtigkeitsbewegung, sondern wenn wir das ernsthaft verstetigen wollen, dann ist es doch das, was auch eine LINKE kultivieren und sammeln muss an Erfahrungen, was sie lernen, erzeugen und fördern muss.

Bei der Verantwortung der LINKEN gegenüber der Klimagerechtigkeitsbewegung geht es nicht darum, den Aktivist:innen zu gefallen. Die Klimakrise ist die größte Klassenfrage unserer Zeit. Deshalb braucht es keine LINKE, die die ein bisschen besseren Positionen hat oder das reine Klimaprogramm vertritt. Es braucht keine Kommentatorin vom Spielfeldrand oder Gehilfin, um Bewegungsanliegen einfach nur ins Parlament zu tragen, sondern es braucht eine LINKE, die kämpft. Eine LINKE, die mit uns auf dem Platz steht und mitmacht, eine LINKE, die Teil der Bewegung ist.

Natürlich braucht es weiterhin eine LINKE, die das richtige sagt, aber vor allem braucht es eine LINKE, die mit uns als Bewegung entwickelt, wie eigentlich Wege dahin aussehen, dass wir nicht nur Klimaschutz von oben haben, sondern

dass wir Klimaschutz durchsetzen, der die Interessen der überwältigenden Mehrheit vertritt. Natürlich braucht es eine LINKE, die weiterhin sagt: „Wenn du der Überzeugung bist, dass... , dann mach mit“, aber vor allem braucht es doch auch eine Linke, die sich selbst auf die Suche macht, die um Lösungen ringt, neugierig ist und sich nicht zufrieden gibt.

Und dann, und nur dann kann die LINKE zu einem Ort werden, an dem sich Busfahrer:innen und Klimaaktivist:innen weiter politisch organisieren und Strategien entwickeln wollen. Ein Ort, an dem sie auf Krankenhausbeschäftigte treffen, die ihre nächsten Arbeitskämpfe planen und auf kämpferische Mieter:innen, die sich zusammengeschlossen haben, um sich gegen immer höhere Mieten zu wehren.

In so düsteren Zeiten braucht es umso mehr einen Akteur, der es schafft, Bewegungen und Klassenpolitik zuzudenken, einen Ort an dem sich die Armen, Ausgebeuteten und Unterdrückten zusammenfinden, um sich das nicht länger gefallen zu lassen und einen Ort, der nicht abschreckt, sondern an dem man Lust hat zusammenzukommen, mit Menschen, die die gleichen Interessen haben wie man selbst. Und auch wenn es im Gesamten manchmal ein ganz schön trüber Zustand ist, gibt es Beispiele, wo die LINKE genau das ist und wo deutlich wird, warum es sich lohnt, gemeinsam darum zu kämpfen.

Es gibt einige Aktivist:innen, die sich gerade ernsthaft darum Gedanken machen, und ich weiß von ersten, die sich in den letzten Wochen dazu entschieden haben mitanzupacken. Ich selbst habe beschlossen: Ich bin dabei. Jetzt braucht's nächste Schritte, einen guten Plan, richtig viel stolpern, hinfallen und wieder aufstehen. Also gehen wir's an. Die Zeit ist jetzt.

Felicitas Heinisch ist aktiv bei #wirfahrezusammen - der gemeinsamen Kampagne von Fridays for Future und verdi für Klimaschutz und bessere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr.

Thesen zur Zukunft der Partei DIE LINKE

BERND RIEXINGER

Die Partei DIE LINKE steht vor großen Herausforderungen. Es ist erfreulich, dass sich viele innerhalb und außerhalb der Partei an einer Debatte über die richtige Strategie beteiligen. Meine Annahmen zu einer Strategie für die Zukunft der Partei:

1. Wir leben in einer historischen Phase der multiplen Krisen des Kapitalismus. Das ist inzwischen schon Vokabular in bürgerlich-liberalen Medien. Konkret erleben wir schon seit Jahrzehnten eine massive Gerechtigkeitskrise, die sich u.a. in einer wachsenden Kluft zwischen Löhnen und Gewinnen und einer enormen Anhäufung von Vermögen in wenigen Händen ausdrückt, bei wachsender Armut auf der anderen Seite. Wir erleben zugleich eine Krise des Öffentlichen und der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur, die sich längst in die Erfahrungswelt eines großen Teils der Bevölkerung in Form fehlender Kindertagesplätze, Bildungsnotstand, Unpünktlichkeit und Ausfälle der Bahn, Pflegenotstand, fehlenden bezahlbaren Wohnungen, usw. ausdrückt. Aktuell erleben wir eine ökonomische Krisen- oder zumindest Stagnationsphase. Die Illusion einer grünen Transformation mit neuem Wachstumsschub und Wettbewerbsfähigkeit platzt gerade. Wir sehen uns wachsender Kriegsgefahr gegenüber, u.a. Ausdruck einer hegemonialen Krise mit der Gefahr einer neuen Blockkonfrontation. Und als größte Krise rückt die Klimakatastrophe näher heran und kann nicht mehr in die Zukunft verschoben werden. Diese Krisen

verschränken und verschärfen sich gegenseitig und wachsen sich zu systemischen Krisen aus, auch wenn es derzeit keine politische Klassenbewegung gibt, die für einen sozialistischen Ausweg steht.

2. DIE LINKE muss und wird weiterhin einen starken Bezug zu den Lohnabhängigen und der Interessensvertretung im politischen Raum herstellen. Jedoch nicht mit dem verkürzten Begriff Arbeiter, sondern auf dem heutigen Stand der Klassenzusammensetzung. Die Arbeiter:innenklasse ist weiblicher, migrantischer, gebildeter, überwiegend im Dienstleistungssektor beschäftigt und prekärer. DIE LINKE hat die Aufgabe, der vorhandenen Spaltung, besonders in tarifgebundene, regulierte Vollzeitbeschäftigte und prekär Beschäftigte, im Sinne verbindender Klassenpolitik gemeinsame Interessen, Forderungen und Kampfformen entgegenzusetzen. Ebenso im Sinne der Ausübung des politischen Mandats der Gewerkschaften politische Forderungen zu verankern und im Sinne einer verbindenden Partei Bündnisse im gesellschaftlichen Bereich zu schaffen.
3. Klimagerechtigkeit, Löhne, Arbeitsbedingungen und Ausbau des Sozialstaates sind zwei Seiten der gleichen Medaille und gehören zusammengedacht. Man dürfe nicht grüner als Grüne werden, ist eine Quatschposition. Klima ist eine Klassen- und eine Generationenfrage, vor allem ist sie eine Systemfrage. Der Kapitalismus mit einem systemischen Wachstumszwang und Externalisierung der ökologischen Kosten kann die

größte Bedrohung für die Menschheit, die Klimakrise, nicht lösen. Es ist Aufgabe der LINKEN, die Klimabewegung zu stärken, Bündnisse zwischen Gewerkschaften und Klimaakteuren zu bestärken und zugleich politische Einstiege in eine systemische Transformation zu initiieren. Geeignet ist die dringend anstehende Mobilitätswende in Verbindung mit der Transformation der Automobilindustrie in eine klimafreundliche Mobilitätsindustrie. Verschiedene Akteure der Klimabewegung haben das zwischenzeitlich auch zum Schwerpunkt erklärt. DIE LINKE will sowohl ein anderes Wirtschaftssystem als auch ein anderes Lebensmodell, indem wir eine anderen Begriff von Wohlstand entwickeln.

4. Es ist kein Zufall, dass die radikale Rechte weltweit nicht nur die menschlich gemachte Erderwärmung leugnet, sondern die Klimabewegung und die grün/linken Kommunisten und Klimaideologen zum Hauptfeind erklärt und zugleich mit ihrer rassistischen und antifeministischen Ideologie verbindet. Am Agieren der Rechten wird übrigens überdeutlich, dass Klimafragen soziale Fragen sind, denn sie befördern einen radikalen Sozialdarwinismus – es muss ja nicht für alle, sondern nur für uns reichen. Deswegen Mauern und Stacheldraht, Bewaffnung bis an die Zähne, um die Verteilungskämpfe der Zukunft um Ressourcen schon heute zu führen. Dieser Sozialdarwinismus greift durchaus bei vielen Industriearbeitern und den Teilen der Mittelschicht, die ihre materielle Stellung bedroht sehen. Der Kampf gegen die Rechten und gegen Rassismus ist für DIE LINKE nicht nur zentral, sondern auch Bestandteil eines inklusiven Klassenbegriffs, der Geflüchtete und Migrant:innen ebenso einschließt, wie auch einen Begriff von internationaler Solidarität gegenüber den Menschen des globalen Südens. Ein exklusiver Klassenansatz befördert rechtes und sozialdarwinistisches Denken, inklusiv geführte Klassenauseinandersetzungen befördern Solidarität und stellt dem Nationalismus einen Begriff von internationaler Solidarität entgegen.
5. Verteilungskämpfe sind dann Klassenkämpfe, wenn sie nicht die Verteilung innerhalb der Klasse in den Vordergrund stellen, sondern das Verhältnis zwischen den Lohnabhängigen und der Kapital besitzenden Klasse. Sie finden in direkten Lohnkämpfen statt. Hier unterstützt DIE LINKE die Lohnabhängigen und wendet sich entschlossen gegen die Einschränkung des Streikrechts, kämpft für das Recht auf politischen Streik. Die zweite Ebene der Verteilungskämpfe ist die staatliche Verteilung, also Steuern und Sozialabgaben. Es gibt derzeit eine nachhaltige Erfahrung großer Teile der Bevölkerung mit der Verwüstung des Öffentlichen durch die neoliberale Politik der letzten 40 Jahre. Misere im Bildungssystem, Pflegenotstand, Wuchermieten, ver-

zweifelte Suche nach einem Kitaplatz, Schlange stehen beim Bürgeramt, die Bahn kommt kaum noch pünktlich oder gar nicht, und und und. Der Politik des privaten Reichtums und wachsender öffentlicher Armut setzen wir den Begriff des Infrastruktursozialismus entgegen. Wir unterstützen deshalb die gesellschaftlichen Kämpfe gegen den Pflegenotstand, für bezahlbare Wohnungen und Vergesellschaftung der Wohnungskonzerne, für mehr Lehrer und Erzieher:innen, für eine funktionierende Bahn und einen ausgebauten ÖPNV und verbinden diese Kämpfe mit klaren Umverteilungsforderungen, also Einführung einer Vermögensteuer, Krisengewinne abschöpfen, Mehrheit entlasten durch ein gerechteres Lohn- und Einkommensteuersystem.

6. Wir müssen den Kampf um soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz mit einer Demokratisierung verbinden. Sozialismus heißt immer, Aneignung der Gesellschaft durch die Akteur:innen, durch die Lohnabhängigen und einer Mehrheit der Bevölkerung.
7. Den Krieg müssen wir als Klassenfrage begreifen. Es war immer Ausdruck sozialistischer Arbeiterbewegungen, dass „Arbeiter nicht auf andere Arbeiter schießen“. Deswegen verbinden wir uns nicht mit staatlichen Akteuren und Herrschenden, sondern die führen die Lohnabhängigen im Krieg gegen den Krieg zusammen.

Bernd Riexinger ist verkehrspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag. Als langjähriger Gewerkschaftssekretär bei ver.di wurde er 2012 Parteivorsitzender und war das bis 2020.



Macht als Common Good der gesellschaft- lichen Linken

KALLE KUNKEL

„Wenn mich einer fragte: In welcher Zeit hättest du gern gelebt? – ich würde ihm antworten: in unserer. Denn noch nie, glaube ich, gab es eine Zeit mit so raschen, so tief einschneidenden Veränderungen, mit enormen Widersprüchen, so fürchterlichen Verstrickungen und Verteufelungen des Menschen; nie aber auch eine Zeit in der der Mensch so sehr über sich hinauswächst und mit solcher Kühnheit eine neue kaum erahnte Welt schafft.“ So schrieb Stefan Heym im Juni 1966, quasi am Vorabend des anti-autoritären Aufstands 1968.

Wir wissen mit Marx, dass sich geschichtliche Ereignisse nur als Farce wiederholen. Geschichtliche Konstellationen wiederholen sich jedoch durchaus. Wir stehen in einer Zeit der Widersprüche, die gewaltige gesellschaftliche Leidenschaften mobilisiert. Wir schauen aktuell zwar wie gebannt auf die Wucht der rechten Mobilmachung. Das verstellt uns jedoch häufig den Blick für die enorme Dynamik emanzipatorischer Mobilisierungen, die ich als jemand, der in den bleiern 90er und frühen 2000er Jahren politisch geprägt wurde und aktiv geworden ist, lange nicht für möglich gehalten habe.

Es gibt jedoch eine Kehrseite dieser Dynamik: die Widerstandskraft der etablierten politischen Strukturen, die

verhindert, dass aus den enormen Mobilisierungen auch gesellschaftliche und politische Veränderungen folgen.

Trotz der beeindruckenden antirassistischen Mobilisierungen der letzten Jahre, wird das Grenzregime immer brutaler.

Trotz der Mobilisierung von Millionen durch die Klimabewegung in den letzten Jahren, wird Lützerath abgebaggert.

Trotz beeindruckender feministischer Mobilisierungen erleben wir an vielen Orten einen geschlechterpolitischen Backlash.

Und obwohl über 1 Million Berliner:innen für die Enteignung großer Wohnungskonzerne gestimmt haben, flüchtet sich die SPD-Spitze lieber in eine Koalition mit der CDU, als dieses deutliche Wähler:innenvotum umzusetzen.

Die Konfrontation mit diesen politisch verriegelten Verhältnissen zwingt uns als außerparlamentarische Linke und als soziale Bewegungen, intensiver über unsere Machtressourcen nachzudenken. Wo liegen unsere Potentiale der Störung und der Unterbrechung der gesellschaftlichen Normalität? Welche Formen der eigenmächtigen Aneignung

können wir entwickeln, die über die Appelle an die Politik hinaus gehen?

Gleichzeitig drängt sich damit aber auch die Frage auf, welche Rolle eine linke Partei, bei dem Aufbrechen der politisch verriegelten Verhältnisse spielen kann. Ich sehe in diesem Zusammenhang drei wesentliche Baustellen im Verhältnis von Partei und außerparlamentarischer Linke.: 1. Repräsentation; 2. gemeinsame Mobilisierung; 3. das Agieren im Staat. Dazu in aller Kürze:


1. Repräsentation: Als Bewegungen können wir, wie z.B. DWE, konkrete transformative Forderungen auf die Agenda setzen und wir können auch konkrete Erfolge erzielen. Ob es uns gefällt oder nicht: Als Partei DIE LINKE habt ihr aber einen maßgeblichen Einfluss auf das, was gesellschaftlich als links und damit potentiell gesellschaftsverändernd wahrgenommen wird. Mit der Verantwortung, die damit einhergeht, seid ihr in den letzten Jahren nicht sehr pfleglich umgegangen, um es diplomatisch zu formulieren. Wenn eure interne Beziehungskrise hoffentlich bald beendet ist, erhoffe ich mir, dass ein wirklich strategischer Dialog darüber möglich ist, wie ihr eure immer noch vorhandene Kommunikationsmacht einsetzt.
2. Über die Notwendigkeit, dass die Partei ihre Ressourcen auch für außerparlamentarische Organisation und Mobilisierung zur Verfügung stellt, muss ich nicht so viele Worte verlieren. Spannend wird dies eher im Zusammenhang mit dem dritten Punkt, das Agieren im Staat.
3. Ich will es konkret machen: Die meisten werden irgendwie verfolgt haben, wie es weiter ging, nachdem wir DWE gewonnen hatten. Wir hatten uns bewusst entschieden, den Ball in Richtung Senat und Parlament zu spielen. Sehr früh wurden auf dieser Ebene dann durch die LINKE Kompromisse mit der SPD im weiteren Umgang mit den Votum gemacht – und zwar zum Teil in direktem Widerspruch zu Absprachen, die mit uns getroffen wurden. Den Konflikt mit der SPD hat man dann den uns nahestehenden Abgeordneten überlassen, während sich insbesondere die Senatsmitglieder der LINKEN sehr zurückgehalten haben, den Konflikt sowohl nach außen als auch nach innen zu eskalieren. In dieser Situation begannen dann führende Senatsmitglieder über die Möglichkeit eines zweiten Volksentscheids zu sinnieren, falls sich die SPD einer Umsetzung versperrt.

Eine wichtige Funktion der LINKEN als Partei ist es, die Konflikte in die staatlichen Institutionen zu tragen. Ich erlebe es in den letzten Jahren aber immer wieder, dass

die „Unterstützung der Bewegungen“ eine Ersatzhandlung dafür ist, auf dem ureigensten Terrain konfliktorientiert zu agieren und Entscheidungen zuzuspitzen. Damit einher geht, dass die Hoheit über die Entscheidung, welche Kompromisse eingegangen werden, bei Partei, Fraktion, oder den Regierungsmitgliedern liegt. Eine LINKE, die sich als Teil eines Mosaiks versteht, muss jedoch bereit sein, die Macht, die ihr aus ihrer herausgehobenen Position erwächst, ernsthaft zu teilen und sie zu einem common good der gesellschaftlichen Linken zu machen.

Ich verbinde mit der aktuellen Krise der LINKEN nicht die Hoffnung, dass die LINKE zu einer Bewegungspartei wird. Ich wünsche mir einen Akteur im Mosaik, der für die Bewegungen zu einem strategischen Partner werden kann und der ernsthaft bereit ist, die widersprüchlichen Rollen auszuhandeln. Die frohe Botschaft und zugleich die Verantwortung, die ich euch mitgeben will ist: Ihr habt es in der Hand.

Kalle Kunkel ist Gewerkschafter und aktiv in der Mietenbewegung. Er arbeitet als Pressesprecher bei ver.di Berlin-Brandenburg.



Von der Krankenhaus- bewegung lernen

SILVIA HABEKOST

Seit ziemlich genau 35 Jahren arbeite ich als Pflegekraft im Krankenhaus. Fast genauso lang bin ich Gewerkschaftsmitglied. Das absolute Highlight aus dieser ganzen Zeit ist die Berliner Krankenhausbewegung.

2021 – noch unter Corona – haben wir eine Kampagne geführt, die zu zwei Tarifverträgen Entlastung und zum Entgelttarifvertrag bei den Vivantes Töchtern geführt hat.

Wie wir das geschafft haben? Wir hatten einen Plan. Führten Stärketests durch, beginnend mit einer Mehrheitspetition, einem 100-Tage-Ultimatum, mit dem Aufbau einer Teamdelegiertenstruktur, mit drei Tarifkommissionen, mit Warnstreiks, mit einer Urabstimmung und einem daraus folgenden Streik, der mehr als 30 Tage dauerte.

Was hat zum Erfolg geführt? Dass wir Mehrheiten organisierten und somit Stärke aufbauten, über die Einbindung der Kolleginnen und Kollegen – kurzum: durch reden, reden, reden. Gleichzeitig gab es wertvolle Organizingunterstützung!

Wichtig waren dabei die offenen Verhandlungen: So saßen nicht ein paar wenige mit den Arbeitgebern im stillen Kämmerlein. Nein, die gesamte Tarifkommission hat verhandelt. Und der Verhandlungsstand wurde direkt mit Teamdelegierten kommuniziert und abgestimmt. Damit haben wir den Anspruch untermauert, dass wir die Expert:innen sind, wenn es um unsere Arbeitsbedingungen und damit um eine gute Patient:innenversorgung geht. Kolleginnen und

Kollegen wurden direkt in die Verhandlungen eingebunden. Das hat den Streik noch stärker gemacht, weil deutlich wurde, dass wir nur mit dem Druckmittel des Streiks mehr erreichen können.

DIE ZIVILGESELLSCHAFT EINBEZIEHEN

Wir konnten der Stadtöffentlichkeit und letztendlich auch der Politik die Botschaft überbringen, dass das, was in unserem Arbeitsalltag tagtäglich passiert, Patient:innen in Gefahr bringt. „Nicht der Streik, sondern der Normalzustand gefährdet die Patient:innen“ – das beschreibt die Realität in den Krankenhäusern sehr gut. So wurde z.B. in den Verhandlungen um Notdienstvereinbarungen deutlich: Die Arbeitgeber wollten Personalbesetzungen sicherstellen, die schon im normalen Arbeitsalltag nie eingehalten werden. Da hat sich auch gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir als Beschäftigte mit an solchen Verhandlungen teilnehmen.

WAS HABEN WIR ERREICHT?

Die Tarifverträge Entlastung bei Vivantes und bei der Charité legen Besetzungsregeln, sogenannte Personal Patienten Ratios, für fast alle Bereiche im Krankenhaus fest. Bei Unterschreitung dieser Ratios und noch anderen Tatbeständen werden sogenannte Belastungspunkte generiert. Ab einer gewissen Anzahl von Punkten gibt es einen freien Tag.

WAS HABEN WIR GELERNT?

Mit dem Abschluss eines Tarifvertrages ist der Kampf nicht zu Ende. Auch die Durchsetzung muss erkämpft werden – dann aber ohne Streik. Das gilt insbesondere für die Tochterunternehmen, in denen es nach wie vor viel Streit um Eingruppierungen gibt. Wir generieren viele freie Tage – und das war eigentlich nicht das Ziel, sondern das Druckmittel, um Personalbesetzungen einzuhalten. Aber so allmählich kommt der Druck bei den Arbeitgebern an. Und wichtig ist, dass sich die Sanktionen bei Nichteinhaltung positiv für die Beschäftigten auswirkt.

So oder so: Die gemeinsame Kampf- und Streikerfahrung kann uns niemand mehr nehmen. Die Kämpfe, die wir in den Krankenhäusern führen – Berlin 2021, die Unikliniken NRW 2022 mit 70 Tagen Streik, der erfolgreiche Tarifvertrag Entlastung an der einzigen privaten Uniklinik Gießen Marburg 2023 – sind etwas Besonderes. Es waren keine Stellvertreterkämpfe, sondern es hat ein wirklicher Macht-aufbau stattgefunden. Wir haben mit Mehrheiten und dem damit einhergehenden Strukturaufbau gewonnen. Und wir als Kolleginnen und Kollegen waren an allen Facetten der Auseinandersetzung direkt beteiligt. Das hat nicht nur uns verändert, sondern auch die Gewerkschaft. Das hieß aber auch, dass wir uns nicht nur gegenüber unseren Arbeitgebern durchsetzen mussten, sondern auch innerhalb der Gewerkschaftsstrukturen. Das geht weg von der üblichen gewerkschaftlichen Stellvertreterpolitik hin zur Aneignung durch basisdemokratische Beteiligung.

Und wir machen weiter: Wir erzählen gerne über unsere Erfahrungen und rufen zur Nachahmung auf. Ich habe auch in diesem Jahr – im Rahmen der TVöD Runde – bereits wieder 10 Tage insgesamt gestreikt. Wir haben in Berlin eine Streikbewegung aufgebaut, die es so im Rahmen einer Flächentarifrunde lange nicht mehr gegeben hat. Und wir hoffen auf Nachahmung in der Verhandlungsrunde Tarifgemeinschaft der Länder (TDL). Ver.di und alle Gewerkschaften müssen lernen, dass wir mit Stellvertreterpolitik nicht mehr viel gewinnen können. Offene Verhandlungen in der Fläche sind das große Ziel. Wir wollen nicht mehr, dass über uns geredet wird, sondern mit uns! Dafür werden auch viele bereit sein, in Gewerkschaften einzutreten und sich zu engagieren.

Gewerkschaftliche Erneuerung muss zu gesellschaftlicher Erneuerung und Veränderung führen und zwar unter den Vorzeichen von Solidarität, Umverteilung und nochmal Solidarität.

Ich komme aus den Kämpfen im Gesundheitswesen. Das ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge und -fürsorge. Das ist auch ein Bereich, in dem schon viel zu lange das neoliberale Weltbild Einzug gehalten hat. Ich arbeite bereits so lange in meinem Beruf, dass ich noch andere Zeiten erlebt habe. Da war auch nicht alles perfekt, aber ich hatte wenigstens genug Zeit für meine Patient:innen. Die Einführung der Fallpauschalen als Krankenhausfinanzierung und der Einzug der Prämisse – „der Markt wird es schon richten“ – haben zu der Situation geführt, in der wir heute sind.

Wir brauchen eine Revolution – und zwar nicht die von Gesundheitsminister Lauterbach, der zudem Versprechen macht, die nicht eingehalten werden. Statt Fallpauschalen abzuschaffen, werden weitere Pauschalen eingeführt – die sogenannten Vorhaltepauschalen. Eine bedarfsgerechte, kostendeckende Finanzierung der Krankenhäuser ist nicht in Sicht. Und das ist nur ein Beispiel aus dem Gesundheitswesen, wo die Interessen von Finanzinvestoren eine größere Rolle spielen als die der Patient:innen. Und da war doch noch was – Corona? Wenn es keine Übergangsfinanzierung gibt, werden viele Krankenhäuser schließen müssen. Weil sie pleite gehen, nicht, weil sie nicht mehr gebraucht werden. Bedarfsplanung? Findet nicht statt.

Die Linke ist die einzige Partei, die schon immer diese Art von Finanzierung und neoliberale Politik abgelehnt hat.

Die Streikkonferenz im Mai 2023 in Bochum hat mir Hoffnung gemacht. Hoffnung, dass eine Transformation und zwar eine sozial-ökologische Transformation möglich ist. Dort waren über 1500 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen versammelt, die sich für Veränderung einsetzen.

Es zeigt sich doch jeden Tag, dass der Status Quo nicht mehr haltbar ist. Aber in die Zukunft müssen wir alle mitnehmen, es darf niemand zurückgelassen werden.

Konkret heißt das: Wir brauchen die Linke als Partei, die genau diese Vision einer sozialen, solidarischen und ökologischen Transformation – und damit einer Revolution vorantreibt. In den sozialen und ökologischen Bewegungen, in den Gewerkschaften und in den Betrieben.

Wir müssen Mehrheiten und Stärke organisieren – in allen Bereichen. Flügelkämpfe und Zersplitterung helfen da nicht weiter – vor allem nicht, wenn das das Einzige ist, was in der Öffentlichkeit ankommt.

Morgens um 5 mit Kaffee am Streikposten auftauchen, unterstützen, wenn Ansprache stattfindet, wenn an Haustüren geklopft wird, wenn Soli-Bündnisse entstehen. Auf der Straße bei Protesten sichtbar sein – das muss ankommen, das schafft eine Öffentlichkeit, die DIE LINKE als Partei braucht.

In Berlin macht sich gerade das Jüdische Krankenhaus auf den Weg in die betriebliche Auseinandersetzung um bessere Arbeitsbedingungen, das Sana Klinikum Lichtenberg wird folgen. Die Rückführung der Töchter von Vivantes und Charité müssen weiter erkämpft werden. Es gibt viel zu tun.

Silvia Habekost ist Krankenpflegerin und bei ver.di sowie in der Krankenhausbewegung aktiv.



Für eine feministische LINKE

MARGARITA TSOMOU

Ich möchte eines vorab klarmachen: Feminismus ist kein Add-On, kein „nice-to-have“, um irgendwelche marginalisierte Identitäten zu empowern. Ich möchte vielmehr aufzeigen, warum die „Frauenfrage“, in der Tradition der sozialistischen Frauenbewegung, im Kern der Klassenfrage liegt und Schlüsselthema ist, sowohl für die gegenwärtige Krise des Kapitalismus, als auch die der Partei. Für diese Tradition ist Feminismus kein Identitätsthema, kein Diversitätsthema und nicht mal mehr etwas, was Frauen – also allein das Geschlecht betrifft. Linker Feminismus möchte keine Gleichheit im Sinne eines gleichen Anteils am toxischen Kuchen, sondern kocht mit einem anderen Rezept. Dieses Rezept hat handfeste Strategien parat für eine antagonistische Klassenpolitik, für den ökologischen Umbau von Produktion/Reproduktion, für einen Bruch mit den bestehenden Eigentumsverhältnissen und für Demokratisierung des Alltags für die lohnabhängige Klasse.

Mein Vorschlag ist, die Probleme der Partei DIE LINKE, wie ich sie von außen sehe, durch Feminismus als Methodik – oder als sozialistische Methodik, anzugehen.

Aus meiner Sicht ist das zentrale Problem ein Glaubwürdigkeitsproblem – der LINKEN fehlt der glaubhafte Zukunftshorizont: das betrifft das gesellschaftliche Projekt, das vorgeschlagen wird; die Parteiform und ihr Verhältnis zum Parlamentarismus; und daraus auch das Unvermögen, den explodierenden gesellschaftlichen Unmut zu organisieren, um eine wirkliche Alternative zur Krisenlösung des Faschismus anbieten zu können.

DIE UNKLARHEIT DES POLITISCHEN PROJEKTS UND PROFILS

Als Feminist:in und Nicht-Deutsche hätte ich gerne bis 2025 eine Partei, die ein gesellschaftliches Projekt vorschlägt, das aus der momentan von Rot-Grün vorgeführten Sackgasse der reformistischen Verwaltung des Kapitalismus hinausführt.

Warum: Die historisch auf Feminisierte abgewälzte Arbeitssphäre der sozialen Reproduktion – ob die privatisiert-vereinzelt Formen von Arbeit im Haushalt oder die öffentlich organisierten Reproduktionsformen (Gesundheit, Bildung, Nahrung) – ist einer der am härtesten vom Kapital ausgebeuteten Sektoren überhaupt. Da findet Klassenkampf von oben statt und der betrifft nicht nur Frauen oder Queers als Zielgruppe von Parteimarketing, sondern alle: die Kinder in der Kita und ihre Eltern, deren Omas in den Pflegeheimen, die Schüler:innen und Erzieher:innen, alle ohne private Krankenkasse, die Arbeitenden im Gesundheitssektor, die im Bildungssektor und die Arbeit der Kommunen und damit auch Wohnen, Nahrung und Energieversorgung.

Die feministische Forderung wäre hier, die reproduktive Arbeit für Aufrechterhaltung von Körpern und Leben zum Primat der Politik zu machen. Dafür müsste man die Akkumulationslogik des Kapitals überwinden, die auf lineares Wachstum setzt, statt auf kreislaufwirtschaftliche Reproduktion und Regeneration – denn Körper und Ökologien wachsen



nun mal nicht – wie Zahlen auf den Märkten – grenzenlos nach oben, sondern funktionieren zyklisch. Feministische Forderung ist demnach auch, dass diese Sektoren nach dem Gemeinwohl organisiert und demokratisiert werden.

Das wäre ein post-kapitalistisches Projekt, das ein Bruch zum Bestehenden voraussetzt, mit dem man sich jenseits der rot-grünen Sachzwang-Sackgasse profilieren kann und wofür man den Klassenkonflikt mit den sehr aktiven Arbeiter:innenklassen dieser Felder organisieren müsste. Konkrete politische Schritte wären da z.B.: Ausbau öffentlicher, kostenfreier Infrastrukturen (Kitas, Ambulante Pflege, Jugendhilfe – Stichwort Infrastruktursozialismus) und Re-kommunalisierung (also Enteignung) und Vergesellschaftung (also Wirtschaftsdemokratie), hin zur gesellschaftlichen Verfügung und Förderung von Selbstverwaltung von kollektiven Sorgestrukturen. Das ist schon längst praktizierte revolutionäre Realpolitik: Die ärmsten Teile des weiblichen Proletariats organisieren bereits reproduktive Commons für Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft und Stadtplanung. Übrigens in Deutschland wird solch linker Feminismus von migrantisierten Communities vertreten, wo die Linke noch eine Funktion zu übernehmen hat.

Nicht zuletzt, wird es angesichts von Krieg, Umweltkatastrophen, Ernährungsknappheit, oder Massmigration keine Alternative dazu geben, die Aufrechterhaltung von Leben

zum Primat der Politik zu machen: Die letzte Instanz von Politik entscheidet sich an der Erschöpfung von Körpern und planetarischen Kräften und damit an der Organisation von Infrastrukturen der Reproduktion und Regenerationsarbeit. This is what it comes down to, wenn unsere Städte geflutet und unsere Ernten vertrocknet sind.

Und diese Organisation von Reproduktion von Leben und Gesellschaft muss auch im engen Sinne (Partei-)Arbeit werden. Womit ich beim zweiten Punkt wäre.

DIE FRAGE DER FORM, DER PRAXIS UND DES NUTZWERTES, JA DES ZWECKS DER PARTEI

Für viele enttäuschte Wähler:innen entsteht der Eindruck, dass sich die LINKE im parlamentarischen Alltagsgeschäft einer bürgerlichen Partei gemächlich gemacht und damit geschwächt hat. In der heutigen Krisensituation ist eine linksradikale Partei nicht glaubwürdig, wenn sie nur auf Wahlerfolge und Parlament orientiert und das gleiche verspricht wie alle anderen auch: Wählt uns und wir machen es für euch.

Last time I checked Rosa Luxemburg, ging es um ein taktisches Verhältnis zum Parlament, das nicht das einzige Terrain der Partei ist. Pragmatisch gesehen müsse man

eine Balance finden zwischen der Aufmerksamkeit für einen professionalisierten Funktionsapparat und einer neuen Energie hin zum Aufbau einer organisierenden Kraft im Alltag der Menschen. Wir sehen die Erfolge bei der KPÖ: Man muss an die Leute ran und an was sie beschäftigt.

Und das wäre feministische Parteipolitik, weil es dabei um die Organisation der zivilen, also der gesellschaftlichen Ebene geht – also der Erkämpfung der Daseinsversorgung von Leben, in den Nachbarschaften, den Schulen, den Krankenhäusern.

Schließlich wird Parteiarbeit als Sorgepolitik im Alltag notwendig werden. In der Geschichte der linken Parteien, ob die griechischen Partisanen oder die Black Panthers Party, gehört die solidarische Versorgung der Bevölkerung in der Krise zum Ein-Mal-Eins des Parteiaufbaus und des Gebrauchswertes. Lasst doch wagen, den Parteiapparat zu einem Apparat der Kämpfe und einen Apparat der Sorge zu machen, denn so entsteht Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Wahlerfolge.

ANTIFASCHISMUS, WUT UND SYSTEMOPPOSITION

Nur mit einer klaren Orientierung für einen post-kapitalistischen Bruch mit dem Bestehenden und der entsprechenden Parteipraxis zur Organisation der Konfrontation mit Institutionen des Kapitals, wird DIE LINKE einen politischen Gegenvorschlag zur AfD entwickeln können und mit einem Profil als Protestpartei Glaubwürdigkeit gewinnen können.

Der beste Antifaschismus ist die Formulierung einer anderen Alternative zur Krise des Kapitalismus: doch der Protestjargon, die Wut und die Enttäuschung auch gegenüber der Ampel, werden momentan noch von anderen und der AfD organisiert. Ohne ein klares systemoppositionelles Distinktionsprofil wird DIE LINKE als Teil des rot-grünen Mainstreams wahrgenommen. Man müsste sich trauen, einen Größenwahn zu entwickeln, auch wenn die bürgerliche Presse einen nicht loben wird:

Feministischer antikapitalistischer ökologischer Umbau der Gesellschaft würde heißen, reproduktive Aufrechterhaltung von Körpern, Ökologien und Leben zum Primat zu machen. Daraus können wir die Enteignung und Vergesellschaftung von Pharmakonzernen, der Energiebranche, der Immobilienwirtschaft, der Nahrungsmittelindustrie, des Mobilitätssektors erkämpfen.

Der Feminismus steht dabei als immens populäres, massentaugliches hegemoniefähiges Vehikel bereit, mit dem man große Teile der Arbeiter:innenklasse für ein sozialistisches Projekt gewinnen könnte. Wir sehen wie in Lateinamerika, Iran oder auch Kurdistan ganze Massenbewegungen entstehen, die aus einer feministischen Perspektive heraus über Austerität, Autoritarismus, Extraktivismus und Kapitalismus sprechen. Wie die ökologische Frage ist auch der Feminismus im 21. Jahrhundert historisch zum ersten Mal zu einem gesellschaftsverändernden Motor geworden. Seine Themen nicht als Luxus, sondern als dringlich zu begreifen und sozialistisch zu re-claimen, wird grundlegend sein, um einen affirmativen Gegenvorschlag zu den faschistischen Lösungen für die Krise des Kapitalismus zu formulieren.

Margarita Tsomou ist Kuratorin am Theater HAU Hebbel am Ufer und Mit-Gründerin des feministischen Missy Magazins.

LINKE 2025

JARY KOCH

Wenn ich mir DIE LINKE im Jahr 2025 erträume, weiß ich natürlich, dass ich angesichts der Krise der Partei kein „Wünsch-Dir-Was“ spielen sollte. Deshalb versuche ich, weniger über irgendwann oder übermorgen zu sprechen, sondern vor allem über morgen und über Dinge, die wir tatsächlich bis 2025 erreichen können. Drei Aspekte sind mir dabei besonders wichtig: 1. unser Auftritt, 2. unsere Zusammensetzung, 3. unsere Vision.

UNSER AUFTRITT

Zu zentralen gesellschaftlichen Fragen haben wir Positionen und Veränderungsvorschläge, die nicht nur sinnvoll, sondern auch durchaus anschlussfähig für breite Teile der Gesellschaft sind. Das Problem: Wir kommunizieren sie nicht gut. Und zwar in mehrfacher Hinsicht.

Ihr alle kennt diese Slogans: „Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land“, „Mit Euch mach ich das“, „Wir machen das“. Ich würde sagen: Die Krise unserer Partei hängt unter anderem mit der Frage der Glaubwürdigkeit und des Gebrauchswerts zusammen. LINKE-Politiker:innen und Kandidat:innen 2025 müssen daher ausstrahlen: „Not me, us“ („Nicht ich, sondern wir“) und sich darauf einlassen, ehrlich über einen Plan To Win zu diskutieren und diesen zu kommunizieren. Was macht DIE LINKE, um die Kampagne

„Deutsche Wohnen & Co enteignen“ zum Sieg zu führen? Wie genau unterstützt sie die Kolleginnen und Kollegen im Nahverkehr? Aber auch: Was ist nötig, um die Bundesrepublik grundlegend zu verändern?

Die belgische Partei der Arbeit verfolgt den Anspruch, im Parlament immer nach außen, zur Gesellschaft, zur Welt zu sprechen. Denn dort werden die Kräfteverhältnisse verändert. Machen wir das? Ich würde sagen nein. Wir gehen viel zu häufig im Universum zwischen Bundestag, Talkshow, Spiegel und Twitter verloren.

Natürlich machen wir einen großen Schritt, wenn wir bald endlich aufhören, zu den Schlüsselfragen unserer Zeit verschiedene Antworten zu geben. Aber auch das wird nicht ausreichen. Gesellschaftlicher Unmut äußert sich in der demobilisierten Klassengesellschaft weniger in klaren politischen Aktionen oder hohen Zustimmungswerten zu Programmen und Weltanschauungen. Häufig ist er viel unscheinbarer, diffuser, und vor allem im Wandel. Linus Westheuser und Linda Beck sprechen in ihrer Forschung von „verletzten Ansprüchen“ und einem Unrechtsbewusstsein bei vielen Arbeiter:innen, das politisch offen sei – also Anknüpfungspunkte von rechts wie von links bietet. Einer erneuerten LINKEN muss es gelingen, diesen verborgenen Anliegen mehr Raum zu geben, jene Gefühle der fehlenden

Anerkennung und Missachtung besser zu adressieren und sie muss versuchen, diese politisch zu kanalisieren.

Wie aber kann das gelingen? Ein wichtiger Schritt wäre es, jene Menschen in den Mittelpunkt unserer Öffentlichkeits- aber auch unserer Parteiarbeit insgesamt zu stellen, für die und vor allem mit denen wir als LINKE Politik machen wollen: Arbeiter:innen, einfache Angestellte, jene lohnabhängigen Klassen, die die Mehrheit der Gesellschaft ausmachen und doch im politischen und öffentlichen Raum viel zu wenig stattfinden.

UNSERE ZUSAMMENSETZUNG

Die Linke muss sich öffnen, wenn sie 2025 erfolgreich sein will. Sie muss den Weg, der mit Caro Rackete und Gerhard Trabert so hoffnungsvoll begonnen hat, unbedingt weitergehen und sich dabei auch öffnen für Klassenmilieus, die bisher keine Heimat in der Partei hatten. Wir müssen die organisierende Arbeit weiter ausbauen – finanziell, personell, aber auch kulturell. Und wir könnten schon jetzt einführen, dass auf unseren Listen für Landtags- und Bundestagswahlen – am besten schon für die Europawahl – immer eine bestimmte Anzahl von Menschen sein müssen, die jenseits der Politikbranche arbeiten. Eine „Arbeiter:innenquote“, wenn ihr so wollt. Die kann man jetzt genauso gut auf den Weg bringen wie eine Mandatszeitbegrenzung und Abgaberegulungen.

Ich bin überzeugt: Wir müssen die Leute nach vorne und in den Mittelpunkt stellen, die stolz darauf sind, die Rettungsstelle im Krankenhaus am Laufen zu halten, Kindern etwas beizubringen, jung und alt von A nach B zu fahren, den Müll abzuholen, wenn die meisten noch schlafen. Leute, die gleichzeitig stolz darauf sind, dass sie die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, nicht einfach akzeptieren, sondern sich gemeinsam auf den Weg machen, sie zu verändern.

Dabei geht es nicht nur darum, eine Repräsentationslücke in der Öffentlichkeit zu schließen. Es geht darum, diejenigen, für die DIE LINKE seit jeher beansprucht, Politik zu machen, als handelnde Subjekte ernst zu nehmen anstatt sie mehr schlecht als recht zu vertreten. Das bedeutet, ihre Anliegen in den Vordergrund und sich selbst der Herausforderung stellen, mit neuen und vielleicht anderen Meinungen konfrontiert zu werden. Das bedeutet, einen Umgang damit zu finden, dass manche Arbeiter:innen einen sozialen Abstieg durch Klimaschutz fürchten, viele andere aber

wiederum für radikale Maßnahmen sind. Das bedeutet zu verstehen, dass Sexismus und Rassismus genauso zentrale Themen der Arbeits- und Lebenswelt der lohnabhängigen Klassen sein können wie die Lohnhöhe oder die Arbeitszeit. Vor allem aber bedeutet das, die eigenen Mitglieder und Unterstützer:innen in Verantwortung zu nehmen, Veränderung voranzubringen.

UNSERE VISION

Meiner Generation wird nachgesagt, sie könne sich eher das Ende der Welt als das Ende des Kapitalismus vorstellen. Dieser kapitalistische Realismus, wie Mark Fisher das Phänomen genannt hat, stand vor ein paar Jahren noch für ein Gefühl des „rasenden Stillstands“ (Hartmut Rosa), in dem viel passiert, sich aber eigentlich nichts ändert.

Kein Wunder. Meine Generation ist geboren worden in einer Zeit, in der auch Linke sich nicht sicher waren, ob nach dem Zusammenbruch der Regime des Ostblocks „Sozialismus“ jemals wieder eine reale Option werden würde. In einem Essay über Fukuyamas These vom Ende der Geschichte diskutierte Perry Anderson damals die möglichen Zukünfte des Sozialismus. Entlang historischer Beispiele führte er aus, dieser könne entweder ganz in „Vergessenheit“ geraten, von einem Äquivalent „umgedeutet“ werden, durch eine neue gesellschaftliche Bewegung zur „Mutation“ bewegt oder aber tatsächlich „rehabilitiert“ werden. Überleben, da war sich Anderson sicher, könne der Sozialismus in alter oder neuer Form nur, wenn er zu den zentralen Problemen seiner Zeit Lösungen anbiete, die sonst niemand hat.

Gut 30 Jahre später hat mit dem Einbruch des Klimawandels und seiner Katastrophen auch in den bundesdeutschen Alltag das „Ende der Geschichte“ genauso wie das „Ende der Welt“ eine deutlich bedrohlichere Bedeutung bekommen. Die Produktions- und Lebensweisen des Kapitalozän haben so stark auf den Planeten eingewirkt, dass die außermenschliche Natur in gewisser Weise die Kontrolle über unser Überleben zurückerobert. Wir leben in einer Zivilisationskrise, sagt Birgit Mahnkopf deshalb zurecht. Und das stellt uns vor Fragen und Probleme von einem derart riesigen Ausmaß, dass nur große Zusammenschlüsse von Menschen sich überhaupt dazu aufmachen können, Lösungen für diese zu finden.

In diesem Sinne muss DIE LINKE 2025 ein solcher Zusammenschluss sein, der in seinen eigenen Reihen, in seinem Umfeld aber auch in der Öffentlichkeit die Frage stellt, wie ein Leben nach dem Kapitalismus aber mit den Klimafolgen des Kapitalozän aussehen kann und wie man dahin kommt - am besten auf einem Kongress mit Tausenden an einem Ort und mindestens mit Bernie Sanders und Greta Thunberg zu Gast. Ob wir diese Vision dann „Degrowth Kommunismus“ nennen wie Kohei Saito, oder grünen Sozialismus wie Raul Zelik, oder vielleicht ja auch „Reparatursozialismus“, wie wir vergangenes Jahr im SDS, ist erstmal nicht entscheidend. Wichtig ist, dass wir bei allem Fokus auf einen Gebrauchswert und die penible Vorbereitung auf echte Siege im Alltag, auch unsere kollektive Vorstellungskraft für eine andere Welt wieder in Bewegung bringen, weil auch das Verhältnisse in Bewegung bringen kann.

Bis zur Bundestagswahl sind es jetzt noch 2 Jahre. Das heißt, bereits in einem Jahr müssen wir Tausende neue Unterstützer:innen kennengelernt und gewonnen haben, um mit ihnen gemeinsam die erneuerte LINKE für die entscheidende Wahl aufzustellen. Dieser Prozess muss jetzt durch einen schwierigen Herbst hindurch aufgebaut werden und im nächsten Jahr richtig abheben. Wir alle sind verantwortlich dafür.

Politik nimmt häufig die Form einer Wette an, hat Daniel Bensaid einmal geschrieben. Und ich glaube mit Blick auf die Zukunft der LINKEN 2025 versteht jede:r, was damit gemeint ist: Wir wissen nicht, ob die Erneuerung zu neuer Stärke gelingt, aber sie ist eine reale Option unter mehreren. Doch glücklicherweise gibt es einen zentralen Unterschied zwischen der politischen Wette und dem Tipp-spiel in der Bundesliga. Denn während Du bei letzterem nur hoffen kannst, dass Deine Mannschaft gut spielt, kommt es in der Politik auch darauf an, was jede:r bereit ist zu tun.

Jary Koch studiert Zeitgeschichte und ist Mitglied im Bezirksverband Berlin-Neukölln. Zuvor war er Geschäftsführer des Studierendenverbandes Linke.SDS.



